

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

136 · Februar 2002

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	99
Essay	
RAINER RILLING Verirrt im Amerika-Diskurs?	101
Internationale Politik	
INGOMAR KLEIN, WOLFGANG TRIEBEL Terrorismus und die internationalen Beziehungen	107
WOLFRAM ADOLPHI 16. November 2001	120
Ökologie und Ökonomie	
NORBERT REUTER Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie	131
JOACHIM H. SPANGENBERG Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum	145
Menschenrechte und Globalisierung	
YASH TANDON Globale Herrschaft und Gerechtigkeit	156
Lesenswert	
HANSGÜNTER MEYER Reform oder Revolte?	170
Festplatte	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	180

Bücher & Zeitschriften

Franz J. Hinkelammert: Der Schrei des Subjekts. Vom Welttheater des Johannesevangeliums zu den Hundejahren der Globalisierung (MICHAEL BRIE)	182
Josef Morgenthal: Staat und digitale Revolution, Libri books on demand Olaf Klenke: Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft – Das Beispiel Mikroelektronik Günter Heismann: Überholen ohne einzuholen. Neue Hochtechnologien zwischen Ostsee und Thüringer Wald (HARRY NICK)	184
Klaus Rainer Röhl: Linke Lebenslügen oder Der lange Marsch durch die Illusionen (JÜRGEN MEIER)	187
Kemal Bozay: Exil Türkei – Ein Forschungsbeitrag zur deutschsprachigen Emigration in die Türkei (1933-1945), Band 15 in der Reihe »Fremde Nähe – Beiträge zur interkulturellen Diskussion«, (SIGRID PFEIFFER)	188
Summaries	190
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	192

VorSatz

Die kapitalistische Weltwirtschaft – jenes inzwischen in die Jahrhunderte gekommene, zugleich fragile wie unglaublich rabiate System, von dem Yash Tandon in diesem Heft meint, daß es krankhafte Züge trägt und seinem Wesen nach ungerecht sei – ist offenbar noch immer ein Mysterium, an dem sich die Geister scheiden. Manche, wie Karl Marx und Thomas Robert Malthus, waren davon überzeugt, daß eine Gesellschaft, die das Leben aller durch die Sicherung der Grundbedürfnisse nicht garantiert, unmöglich von Dauer sein kann. Andere, wie Friedrich August von Hayek und Karl Popper, glaubten, im marktwirtschaftlichen System jene Gesellschaftsform gefunden zu haben, die als einzige in der Lage sei, in der langen Frist Freiheit und Wohlstand zu garantieren. Für Milliarden von Menschen ist diese eher akademische Kontroverse freilich weitgehend bedeutungslos. In die herrschenden Verhältnisse hineingeboren, nimmt sie das tägliche Ringen um das Existenznotwendige derart in Anspruch, daß darüber hinaus kaum Zeit und Kraft bleiben, das in vieler Hinsicht zweifellos lebensbedrohliche System permanent zu ATTACKieren.

Fast genauso alt wie die Weltmarktwirtschaft selbst sind auch die Bemühungen, ihre Funktionsweise zu analysieren und möglichst vorteilhaft zu beeinflussen. Und doch hat dieses überaus komplexe Gebilde mit seinen Erfolgen wie auch mit den seine Entwicklung begleitenden Katastrophen immer wieder überrascht. Da ist zum Beispiel die Schweiz – ein kleines, von Gebirgsketten durchzogenes, rohstoffarmes Binnenland, das eigentlich zum sozialen Notstandsgebiet prädestiniert schien. Und doch ist die Schweiz heute ein Industrieland mit einem der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Oder die beeindruckende Entwicklung jenes Landes, von dem in einem einschlägigen Expertenbericht noch 1947 festgestellt wurde, daß es überbevölkert sei, die Arbeitskräfte schwere Arbeit in der Produktion mieden und handelsnahe Tätigkeiten bevorzugten und es zudem einer ernsthaften Bedrohung durch die Konkurrenz der angehenden Industrieländer China und Indien ausgesetzt sei – Japan. Während in manchen Regionen der Wohlstand großer Bevölkerungsgruppen tatsächlich beachtlich gewachsen ist, werden zur gleichen Zeit mitunter sogar große bevölkerungs- und rohstoffreiche Länder zunehmend chaotisiert und in die Reihen jener ›gescheiterten‹ Staaten geschleudert, die als internationale Sozialfälle bestenfalls auf humanitären Beistand rechnen dürfen. In einer Reihe von Ländern – wie im ehemaligen Zaire oder am Horn von Afrika, aber auch in andern Teilen der Welt – sind die ökonomisch-sozialen

Strukturen inzwischen soweit zusammengebrochen, daß ihre staatlich-politische Einheit faktisch nicht mehr existiert. Eine Vielzahl von Staaten werden immer wieder von schweren weltmarktvermittelten (Finanz)Krisen in ihren Entwicklungsanstrengungen erschüttert und zurückgeworfen.

Bei soviel offensichtlicher Unberechenbarkeit scheint gegenüber einem solchen Wirtschaftssystem zuerst und vor allem Vorsicht geboten. Derartige Rücksichtsnahmen sind den Aposteln neoliberaler Wirtschaftskonzepte, die heute allenthalben die Szenerie beherrschen, jedoch völlig fremd. Ausgerüstet mit einem spartanischen Minimum an ›dünnen‹, abstrakten wirtschaftspolitischen Glaubenssätzen, die sich samt und sonders in Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung zusammenfassen lassen, wird das Entwicklungsproblem innerhalb höchst komplexer weltwirtschaftlicher Entwicklungszusammenhänge scheinbar mühelos geschultert und bedenkenlos an lebendigen Gesellschaften – an lebenden Menschen – vorzugshalber mittels von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank aufgeherrschten ›Strukturanpassungsmaßnahmen‹ oder ›Stabilisierungsprogrammen‹ herumexperimentiert.

Eines dieser ökonomisch-sozialen Großexperimente ist nun kürzlich in Argentinien mit dem Staatsbankrott spektakulär gescheitert – und zwar so gründlich, daß eine Reorganisation der argentinischen Wirtschaft wahrscheinlich ein ganzes Jahrzehnt an sozialen Entbehrenungen erfordern wird. Dabei war die Idee, die dem argentinischen Modell Anfang der neunziger Jahre zugrunde lag, denkbar simpel. Mit der Kopplung des Peso an den US-Dollar im Verhältnis 1 : 1 wurde nicht nur die Hyperinflation gestoppt, die argentinische Wirtschaft wurde faktisch dollarisiert. Als dann schließlich das Strohfeuer aus den Erlösen der Privatisierung von Staatsbetrieben verraucht war, blieben die Schulden – und zwar nicht etwa in Peso, sondern in US-Dollar – zurück. Und um diese zu bedienen, standen nun allerdings keine Deviseneinnahmen aus den Exporterlösen staatlicher Firmen mehr zur Verfügung, so daß allein weitere IWF-Kredite den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit (freilich nur zeitlich begrenzt) aufschieben konnten. Das Ende war voraussehbar und seine Folgen auch. Jetzt sucht die Notstandsregierung in Buenos Aires nach einem »neuen sozialen Modell«, von dem der IWF – um den es während der Hoch-Zeit der Krise verdächtig still war – nun etwas kleinlaut fordert, daß es sich dabei doch wohl bitte nicht um eine Abkehr von den hehren und so erfolgreichen ›marktwirtschaftlichen Prinzipien‹ handeln solle.

Die Lehren aus diesem erneuten Fehlschlag einer einfältigen Wirtschaftsdoktrin, die offensichtlich nicht geeignet ist, komplexe ökonomisch Zusammenhänge ohne Gefahr für Leib und Leben wie auch für Hab und Gut der darin Gefangenen zu gestalten, sind genauso einfach wie grundsätzlich. Im Interesse der Wahrung elementarer Menschenrechte muß von Experimenten Abstand genommen werden, deren potentiell Scheitern kaum rückholbare Folgen zeitigen kann. »Kapitalismus ist eben eine viel zu ernste Angelegenheit, als daß man ihn der Wirtschaftspolitik überlassen darf« (Hajo Riese).

ARNDT HOPFMANN

RAINER RILLING

Verirrt im Amerika-Diskurs?

Unter der Überschrift »VorSatz« handelt Jörn Schütrumpf in *UTOPIE kreativ* 135 (Januar 2002) vom Antiamerikanismus. Dort ist zu lesen, daß nach 1945 – eine genauere Zeitangabe bleibt offen, vermutlich sind die fünfziger und sechziger Jahre gemeint – »auch Teile der europäischen Linken amerikafeindlich« geworden seien. Sie seien es, Frankreich ist da wohl nur drastisches Exempel, »bis heute« geblieben. Weiter heißt es: »Unfähig zu differenzierter Kritik warfen sie jegliche amerikanische Außenpolitik in einen Topf – vergaßen sogar den Krieg gegen Hitler – und vermittelten das Bild von genetisch ausschließlich zu Imperialismus und Krieg fähigen US-Amerikanern. Antiamerikanismus kam plötzlich als linker Nationalismus daher.« Amerika stand »bei Linken für zu verwerfenden Imperialismus ... linke Antiamerikaner, die sich an der Moderne Amerikas begeisterten, (waren) eine Seltenheit.« Diese »Zumutung« verrührte, so heißt es später, im Realsozialismus Herr *Shdanow* zum doppelt ungenießbaren Gebräu eines linken und rechten Antiamerikanismus, das dann irgendwie ein halbes Jahrhundert später »der Islamismus« beerbte, ein kühner Zeitsprung nebenbei. Im folgenden ist zum Umgehen der DDR-Macht mit US-Masenkultur noch manches zu lesen, das irgendwie damit zusammenhängt.

Mit der Sicht des »VorSatzes« auf die DDR will ich hier nicht handeln, zumal ich nicht weiß, inwieweit *Ina Merckels* differenzierter Beitrag¹ oder die Analysen von *Uta G. Poiger*² fortgeführt wurden. Überhaupt nicht einverstanden bin ich mit *Jörn Schütrumpfs* Sicht auf die linke Tradition, vor allem die »westlinke« in Sachen Amerikanismus und Antiamerikanismus. Hier existieren offenbar sehr unterschiedliche Erfahrungen und Beurteilungen.

Da habe ich zunächst ein Wirklichkeitsproblem. Auf welche real einst oder jetzt existierenden Texte, Autorinnen sowie Autoren und linke Menschen bezieht sich eigentlich konkret diese Rede vom »linken Antiamerikanismus«? Das ist ja ein äußerst gängiger Topos, der durch die neue Akzeptanz der Rede von den beiden deutschen Diktaturen oder Totalitarismen gerade auch bei manchen Linken mächtig befeuert wird. Ich frage mich immer, wo ich in meiner knapp 35 Jahresgeschichte in dieser Westlinken einer solchen Person begegnet bin, welche die vier Buchstaben ihrer DNA permanent antiamerikanisch kombinierte und kodierte? Im Ernst: gibt es Beispiele? Konkret (ich meine nicht die Zeitschrift! – die auch in den 68er-Zeiten kein Beleg ist!) mit Namen und Adresse und Zitat und nebenbei auch hegemonialer Relevanz? Es würde mich wirklich interessieren. Mich haben zuweilen irrelevante *fellow travellers* à la *Rolf Winter*³ genervt, die aber



Rainer Rilling – Jg. 1945; Dr. rer. pol. habil., Projektgruppe Wissenschaft und Politik der RLS, Privatdozent für Soziologie an der Universität Marburg. Aktueller Arbeitsschwerpunkt: Politische Soziologie der Kommunikation. Schrieb in *UTOPIE kreativ* zuletzt im Heft 121/122 (2000) S. 1080-1090 zum Thema Internet und politische Bildung. Letzte Publikation: Virale Eigentumsmuster, in: Ingrid Lohmann, Rainer Rilling (Hg.): Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft, Opladen 2001, S.303-314. Homepage: www.rainer-rilling.de Foto privat

1 Ina Merkel: Eine andere Welt. Vorstellungen von Nordamerika in der DDR der fünfziger Jahre, in: Alf Lüdtko, Inge MarBolek, Adelheid von Saldern (Hg.): Amerikanisierung. Traum und Albtraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 245-254.

2 Jazz, Rock, and Rebels, Berkeley 2000.

3 Ami go home, Goldmann, München 1989.

4 Quadriga, Weinheim/Berlin, 1987-1989.

eigentlich STERN-Autoren oder ähnliches waren – und mit der linken Tradition nichts zu tun hatten, sondern schlicht Liberale waren. Aber auch von diesen ließ sich ein bißchen lernen, manchmal, schließlich waren sie meistens entsetzt und sensibel über die US-Alltagsgewalt.

Welche relevanten und reflektierenden politischen Köpfe der bundesdeutschen Linken und welche Organisationen und Zeitschriften pflegten aber nun derlei hier angerufenen – linksnationalistischen, antimodernistischen und totalisierenden – Antiamerikanismus? Die »Marxistischen Blätter«, um mit dem naheliegendsten anzufangen? Das »Institut für marxistische Studien und Forschungen«, e. g. *Jupp Schleifstein* oder *Heinz Jung*? Das »Argument«? Die »Probleme des Klassenkampfes«? Wo sind die anti-amerikanischen Artikel in den vier Jahrgangsjahrzehnten der »Blätter für deutsche und internationale Politik«? In den »Frankfurter Heften« oder der »Neuen Gesellschaft«? Im vergessenen SDS-Blatt »neue kritik«? In den verblichenen »Kürbis-kern«, »Sozialistische Politik« (SOPO) und »Düsseldorfer Debatte«? Im munteren SOST-»Sozialismus«, der wackeren »SPW«, der theoriepolitischen »Z« oder der schneidenden »1999«? Bei *Oskar Negt* oder *Erhard Eppler* oder *Frank Deppe* oder *Frigga Haug* oder *Johannes Agnoli* oder, sagen wir, *Ulrike Meinhof*? *Margarete Mitscherlich*? *Klaus Holzkamp*? Sind die Texte von *Hans-Jürgen Krysmanski* seit 1958 bis hin zu seiner Analyse des amerikanischen Planetarismus auf der rls-Tagung »Out of this world 1« in 2001 anti-amerikanisch? Wie steht es mit den Analysen zur US-Geschichte, die *Bernd Greiner* seit Jahrzehnten immer neu vorlegt? Ist die Trilogie von *Gert Raethel* zur »Geschichte der amerikanischen Kultur«⁴ anti-amerikanisch? Welche Beiträge in der einzigen linken Fachzeitschrift in Europa zu USA / Amerika / Europa-Amerika – nämlich die »Englisch-Amerikanischen-Studien – EAST« (Münster), herausgegeben von einem langjährigen DKP-Mitglied und späteren akademischen Rat einer westdeutschen Hochschule – waren eigentlich anti-amerikanisch? Waren dies Angriffstexte gegen die Moderne? Gegen welche Moderne? Die von Watergate? Henry Ford? Die der NASA oder des Pentagons? Die der Wallstreet oder der Madison Avenue? Die von *James Madison*, *Martin Luther King* oder *Miles Davis*? Oder ging es gegen die größte zeichenproduzierende Maschinerie der Welt – also das *Empire of Fun* Hollywood mit seiner soft power über das kulturelle Kapital? Waren die Proteste gegen die US-Massenmordmaschinerie in Vietnam anti-amerikanisch? Warum tauchten dann immer irgendwelche US-Amerikaner auf den linken »anti-amerikanischen« Kongressen der Zeit der Bewegungen gegen den Vietnamkrieg auf, wo doch deren Organisatoren eigentlich »das Bild von genetisch ausschließlich zu Imperialismus und Krieg fähigen US-Amerikanern« in sich trugen? Hatten diese Amerikaner einen Gendefekt oder waren sie bloß politisch korrekte Pets, die sich die 68er im Vorgriff auf die Quotenwelt des Multikulturalismus so hielten? Sind die berühmten Kaufhausflugblätter der »Kommune 1« gemeint? Oder geht es um deutschtümelnde »Linke« des Zuschnitts *Mahler* oder *Oberlercher* und wie die vorwiegend westberliner Gewächse und prärechten maoistischen Kurzzeitumtriebe denn alle hießen? Und ach ja: was waren denn die bekannten »un-amerikanischen Umtriebe« der Herren *Brecht & co*? Handelte es sich hier um linken Antiamerikanismus? Schließlich, was Frankreich angeht: Ist

Jospin gemeint? Ist »Espace Marx« antiamerikanisch? Wie steht es um die Projekte *Pierre Bourdieus*? Was ist mit der radikalen »Le Monde Diplomatique«, die in fast jeder Ausgabe besonders heftigen US-Bürgern Platz gibt? Oder war nicht die Zeit der Dominanz der Rechten, die gaullistische Zeit des Kampfes um die Hegemonie in Europa die Zeit der schärfsten Frontstellung zwischen den USA und Frankreich? Natürlich will ich auch die völlig umgekehrt gelagerten scharfen Konflikte der Gegenwart nicht leugnen – wie zum Beispiel die in »Lettre« 53 (2001) ganz wunderbar genußvoll skizzierte subversive Untergrabung der globalen Herrschaft des französischen Weinkapitals durch den US-Weinkritiker *Robert Parker*.

So ist das ein luftiges Konstrukt. Ein Papiertiger ist das, dieser (west)linke Antiamerikanismus, er kann nicht einmal auf seine eigenen Füße fallen.

Irritiert nicht, daß auf Betreiben und im Verlag des oben erwähnten DKP-Mitglieds 1985 ein einflußreicher und viel gelesener Text von *Umberto Eco* und anderen über das Modell Amerika erschien⁵, der nachdrücklich und exzellent zeigte, wie sehr einzelne enorm attraktive *popular cultures* »Amerikas« den gegen- und subkulturellen rebellischen Dissens (*»I had a dream«!*) zum Faschismus beförderten (die Untergrundkultur der elektronischen Emigration: Jazz!) und als Topos der (kulturellen) Freiheit später auch in die Tradition der internationalen Linken eingingen (*»The sound of freedom«* – *»We shall overcome«*) – eben solche Kulturen der Emanzipation, die von den zeitgenössischen Kultureliten der USA selbst als »unamerikanisch« angesehen und jahrzehntelang subtil und vor allem brutal bekämpft wurden – nicht zuletzt, weil sie die Kulturen der Unterdrückten und Benachteiligten und Ausgebeuteten waren, also vor allem: der Schwarzen? *Kaspar Maase* hat dies später aufgegriffen⁶, auch *Axel Schildt* hat darauf im Blick auf die Fünfziger und Sechziger diese kulturelle Verflechtung gezeigt und am besten hat das mittlerweile *Rudolf Wagnerleitner* analysiert⁸. Die Gespräche mit deutschen Schriftstellern von *Engelmann* bis *Walser*, die *Heinz D. Osterle* in »Bilder von Amerika«⁹ gesammelt hat, reflektieren dies von seiten linker Literaten der Siebziger und Achtziger. In keiner Phase der bundesdeutschen Geschichte gab es einen vergleichbaren konsumkapitalistischen Amerikanisierungsschub wie in den langen Sechzigern, die mit der Ölkrise 1973/74 endeten – und die Linke, allen voran ihre 68er Jugendintelligenzabteilung, war geradezu seine (nicht nur protest-)kulturelle, wissenschaftlich-theoretische und grass-roots-politische Avantgarde! Linker Antiamerikanismus? Jene, die da auf den Straßen von Frankfurt am Main im Ho-Chi-Minh-Schritt »USA-SA-SS« skandierten, dokumentierten eher (und sich diesen Tatbestands in keiner Weise bewußt) einen bemerkenswerten Fall erfolgreicher Selbstausrüstung mit dem, was man mit weit mehr historischer Berechtigung *Amerikanisierung der Linken* oder *linken Amerikanismus* nennen könnte (ungeachtet des folgenden deutschen Staatsableitungsakademismus und anderer germanischer »unernster Diskurse« (Bohrer) die es dann doch auch gab). Insofern war dieser kulturelle Durchbruch zur politischen Kritik der imperialistischen Kriegspolitik der USA und ihren politischen wie wissenschaftlichen Rechtfertigungen ebenso amerikanisiert – »modern« wie eine äußerst erfolgreiche Inszenierung politischer Distinktion gegen-

5 Gian Paolo Ceserani, Umberto Eco, Beniamino Placido: Modell Amerika, Münster: Englisch-Amerikanische Studien, 1985. La riscoperta dell' America ISBN 88-420-2462-7.

6 BRAVO Amerika, Hamburg 1992.

7 Moderne Zeiten, Hamburg 1995.

8 Coca-Colonization and the Cold War: The Cultural Mission of the United States in Austria after the Second World War, Chapel Hill: The University of North Carolina Press, 1994.

9 Auch EAST, Münster 1987.

über vorherigen Generationen (nicht nur der »Väter«) und dem damals herrschenden wie konkurrierenden politischen Milieu. In diesem Doppelbezug – *Amerikanismus* und Aufgreifen der im CDU-Staat radikal zerstörten *linken* Traditionen – liegt die zweifache politisch-kulturelle Differenz zwischen dieser bundesdeutschen linken 68er Mittelklassenintelligenz und dissidentierenden DDR-Linken auf der einen, den USA-Oppositionsbewegungen auf der anderen Seite. Ein erster Augenschein spricht dafür, daß es in den folgenden Jahrzehnten keine ähnlich distinkte bundesdeutsche Amerikanisierungsavantgarde gegeben hat – es gab auch keinen Bedarf mehr dafür. In keiner hochentwickelten westlichen Industriegesellschaft konnte der Amerikanismus vergleichbar stark Fuß fassen.

Daß die akademische westdeutsche Linke zwar ihre theoretische und politische Kritik des Kapitalismus und Imperialismus über »Amerika« codierte, gleichwohl aber die konkrete Analyse des US-Herrschaftssystems kaum betrieben hat, ist ihr vorzuwerfen. Ebenso fand sie übrigens die wissenschaftliche Befassung mit der Sowjetunion oder der DDR ziemlich abseitig; wenn sie über ihr Desinteresse hinauskam, wurde sie meistens apologetisch. Das aber ist weder Antisozialismus noch Antiamerikanismus gewesen, sondern theoriestrategische Dummheit – bis zum heutigen Tag. Nicht einmal das freilich war »linker Nationalismus«, sondern politische Borniertheit, Provinzlerium und Überpolitisierung. Da Dummheit kein Gendefekt ist, wäre darüber nachzudenken.

Was ist Antiamerikanismus? Es ist Antimodernismus von links und rechts, so wird das im »VorSatz« definiert. Das Problem mit einer solchen »Moderne« ist – sie ist so groß, daß alle antimodernen Katzen von links wie rechts völlig grau werden, um es etwas mißglückt auszudrücken. Was ist, um zugleich das nächste Problem zu benennen, eigentlich der »Amerikanismus«? In der linken Tradition verband sich der Begriff rasch mit der Kapitalismusanalyse und Fordismusdiagnose (remember Antonio Gramsci: 22. Gefängnisheft über »*Amerikanismus und Fordismus*« von 1934). Das in den USA-Eliten selbst im 19. Jahrhundert entstandene sprachpolitische Anliegen der Rede vom »Amerikanismus« war einfach: es ging integrationspolitisch um die kulturelle Vereinheitlichung der größten Einwanderernation der Geschichte. Im folgenden »amerikanischen Jahrhundert« dann meinte der Begriff wohl den asymmetrischen, globalen Transfer und die lokale Umcodierung amerikanischer Kultur und Lebensweise (»*American Way of Life*«) und, vor allem, eines Konsumkapitalismus (Coca Cola & McDonald) als, wie *Wagnleitner* es formuliert, Modus der »*pursuit of happiness in its most updated version: as the pursuit of consumption.*« »Amerikanismus« wird hier zum kulturellen Repertoire, dessen Zeichenstücke als Verbindungsknoten und Übersetzungshilfen einer global werdenden Kultur fungieren – im Newspeak des Internets: die imperial ausreichenden Backbones des Netzwerks einer sich globalisierenden Kulturökonomie. Möglich wurde dies durch das qualitativ neue Wechselverhältnis von Kultur und Ökonomie, das vielleicht als das Spezifikum der »Amerikanisierung« oder der amerikanischen Phase in der langen Geschichte der »Verwestlichung« angesehen werden kann: nur durch die Kommodifizierung der Kultur und die Kulturalisierung der kapitalistischen Warenwelt

wurden die neuen Weltmärkte zugleich Märkte globaler Visiotypen (Pörskens) und vor allem politischer Zeichen. Trademarks (von Coca-Cola bis zu Levi's) – galten als Signifikanten von »individueller Freiheit«, »Teilhabe«, »Berechtigung« und »Inwertsetzung«. Dieser warenweltlich vermittelten Politisierung des Alltags hatte das zentrale Medium des konkurrierenden Realsozialismus (die Politik) nichts vergleichbar Durchdringendes entgegenzusetzen. »Anti-Amerikanismus« endlich ist daher funktionell ein Kampfbegriff der Subjekte des »Amerikanismus«, der Widerstände gegen derlei hegemonialen (oder hegemonial werden wollenden) Transfer und die Praxis der Globalisierung eines Formtypus kapitalistischer Entwicklung aus dem Wege räumen soll. Als Formel politischer Kampfrhetorik macht er sich zugeute, daß die Übernahmen und Adaptionen solcher Formen und Muster bei der Durchsetzung einer liberalen »Hegemony by invitation« (Wagnleitner) natürlich immer selektiv, partiell und unvollkommen sind. Es gibt immer auch Ablehnung und Ignoranz – als Abwehr (»Antiamerikanismus«). Hier entsteht dann das weite Spektrum der Ambivalenzen und Entgegensetzungen, die sich danach unterscheiden, wogegen auf welche Weise konkret Position bezogen wird. Der »Amerikanismus« hat daher immer Wirklichkeitsmaterial, das er zum Branding des Kontrahenten nutzen kann – wie trivial es denn auch sein mag. Im ideologiepolitischen Alltagsgeschäft einer Rhetorik der Abwertung des jeweiligen Kontrahenten kann man im übrigen meist davon ausgehen, daß jemand, dem erfolgreich das Label »anti« zugeschrieben werden kann, damit zugleich die Absicht einer undemokratischen Abwertungsabsicht unterstellt werden kann. Wenn es gelingt, den »Anti-Amerikanismus« in der lauten politischen Debatte zu halten, läßt sich der Amerikanismus still durchsetzen.

Es gab immer ein Traditionsmassiv der Linken, in dem eindeutig unterschieden wurde zwischen den *Americas* in Amerika, also zwischen dem Agieren der US-Eliten und dem, was die Linke Europas und Deutschlands von dem »anderen Amerika« lernen konnte. Diese Tradition, welche das Utopische in und an »Amerika«, seine Entstehung aus dem antikolonialen Kampf, die radikaldemokratischen Impulse und universalistischen Menschenrechtsideen seiner langen Gründungszeit aufgriff und für die es auch in der radikalen sozialistischen und kommunistischen Bewegung zahlreiche Beispiele gibt, wurde immer als »linker« Antiamerikanismus gelabelt. Gegenüber der Orientierung auf die Sowjetunion und ihrem politischen sowie zunächst auch kulturellem Modell verlor er seit den zwanziger Jahren natürlich kraß an politischer Bedeutung. Diese Tradition des linken utopischen Amerikanismus war deutlich unterschieden von einer nicht zu unterschätzenden Tradition des Pro-Amerikanismus in der deutschen politischen Kultur, die eine politisch-ideologische und kulturelle Integrationsklammer der bekannten neuindustriellen (modernen, jeweils hochtechnikorientierten) Fraktion des deutschen Kapitals lieferte, welche zur Einbindung des Sozialliberalismus (insonderheit eines großen Teils der SPD) in Weimar, in der Zeit des Faschismus und in den Fünfzigern taugte (so früh natürlich *Kurt Gossweiler* und *Reinhard Opitz*, neuerdings etwa *Alexander Schmidt*¹⁰, oder *Mary Nolan*¹¹ oder *Howard P. Segal*¹² zu dem kulturellen Vokabular). »Antiamerikanismus« in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung nach 1945

10 Reisen in die Moderne. Der Amerika-Diskurs des deutschen Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg im europäischen Vergleich, Berlin 1997.

11 Visions of Modernity: American Business and the Modernisation of Germany, New York 1994.

12 Technological Utopianism in American Culture, Chicago – London 1985.

oder der SPD war daher kein relevanter politischer Faktor. Mit dem Konservativ- beziehungsweise Nationalliberalismus gab es hier weitläufige weltanschauliche Überlappungen (»deutscher Sonderweg«), übrigens ebenso mit dem völkischen Antiamerikanismus, der zwar in kultureller Hinsicht (allerdings auch nicht ausnahmslos) als »antimodernistisch« (im Sinne eines radikalisierten, zu gewaltsamer »Ordnungsbereitschaft« terroristisch zugespitzten »Kulturpessimismus«) gelten kann, zugleich aber genau wie die von ihm beiseite geschafften großen konkurrierenden politisch-ideologischen Strömungen massiv die Formate und Muster der Produktivkraftentwicklung, Produktions-, Industrie-, Büro- oder Raumorganisation der amerikanischen Moderne adaptierte. Diese ökonomisch-technische Entwicklungsdifferenz zwischen »Amerika« und dem Rest der Welt markierte für alle politischen Richtungen eine ideologiepolitisch positiv konnotierte Referenz, die unumstritten war wie vielleicht keine andere im 20. Jahrhundert, ganz im Unterschied zu den politischen (Republikanismus) und soziokulturellen (Chancengleichheit) Dimensionen des Amerikanismus, die immer kontrovers oder ambivalent aufgenommen wurden. Nur dann, wenn eine Linke diese ökonomisch-technische Differenz kapitalismuskritisch relativierte oder attackierte, zeigten sich Bruchstellen. Das war sehr selten der Fall – gerade in der nachholenden UdSSR oder auch der DDR. Erst die Einführung der Ökologie in den globalen Diskurs über Gesellschaftsmodelle und -zukünfte hat diese positive Referenz (mitsamt ihres Lobes des Wachstums und der Beschleunigung) nachhaltiger erschüttert. Sie war gleichwohl ein Jahrhundert lang und mehr das Massiv, auf dem der sich schrittweise globalisierende Amerikanismus beruhte. Ein Amerikanismus im übrigen, dessen Verallgemeinerung in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts dazu führte, daß heute erstmals in fast allen entwickelten westlichen Industriestaaten (sowie in einer Großzahl Länder der Dritten Welt) politische und wirtschaftliche Eliten an der Macht sind, deren Angehörige weitgehend in der selbstverständlichen Kultur des Amerikanismus sozialisiert wurden. Das könnte auch eine gute Voraussetzung internationaler, verständigungsorientierter und dialogischer Kooperation sein – vorausgesetzt, es gibt jenseits dieser Kultur auch eine Fähigkeit zu Entwicklung und Durchsetzung eigener besonderer Interessen.

Wenn es einen »linken« im Unterschied zu einem »rechten« Anti-amerikanismus gab und gibt, dann läßt sich die Differenz zum Beispiel den Reden und Texten amerikanischer Linker wie *Noam Chomsky* oder *Doug Henwood* ablesen. Der fundierte »linke« Anti-Amerikanismus zielt auf die Abschaffung der Machtakteure einer globalen kapitalistischen Hegemoniestruktur (»Empire«) und wendet sich gegen eine Globalisierung, die nichts als eine Planetarisierung des Blicks amerikanischer Eliten ist (Jameson). Er vollzieht die Gleichsetzung der Interessen dieser Akteure mit den allgemeinen Menschheitsinteressen nicht mit. Der fundamentalistisch-ethnisierende »rechte« Antiamerikanismus dagegen will diese Machtakteure und ihre Struktur schlicht austauschen und ein neues Trademark (Deutschland^{Inc} oder EuropaTM) an ihre Stelle setzen. Das ist eigentlich alles. An dieser Basisdifferenz zwischen »links« und »rechts« ließe sich sogar festhalten – von links.

Eigentlich kann man deshalb ja überhaupt nicht amerikanisch genug sein.

INGOMAR KLEIN, WOLFGANG TRIEBEL

Terrorismus und die internationalen Beziehungen

Der 11. September 2001 – Beginn eines Zeitalters des Terrorismus?
 Der Terrorangriff auf das World Trade Center in New York vom 11. September 2001 und auf das Pentagon in Washington löste weltweit Entsetzen aus. Das ist verständlich, wurden doch durch diesen heimtückischen Anschlag Tausende ahnungsloser Bürger auf brutale Weise in den Tod gerissen. So furchtbar dieses Geschehen auch ist und auf allen Fernsehschirmen in West und Ost, Nord und Süd mit angesehen werden konnte – ist seine Grausamkeit aber der alleinige Grund für Aufschrei und Entsetzen? Gibt es nicht in unserer Zeit in anderen Regionen der Welt ähnliche, noch furchtbarere Ereignisse, bei denen in erklärten und unerklärten Kriegen, Unruhen und Guerillaaktionen blutige Massaker verübt werden, Familien und ganze Stammesverbände bestialisch ermordet sowie ihre Ortschaften verwüstet wurden und noch immer werden? Verhungern nicht täglich Tausende Menschen, werden infolge nicht enden wollender Kriege in weiten Teilen der Welt nicht täglich unzählige Kinder und Erwachsene durch Minen getötet, zerrissen und verstümmelt? Leiden nicht heute noch Menschen unter den Folgen einer grausamen Kriegführung mit chemischen Waffen, von denen auch ihre Nachkommen betroffen sind? Durch welche und wessen Willkür sind alle diese unschuldigen Opfer zu beklagen? Sind wir schon derart an Greuelthaten gewöhnt, daß wir über solche Verbrechen anderswo verhältnismäßig schnell hinweg zur »Tagesordnung« übergehen? Brauchte es tatsächlich erst eines solchen verbrecherischen Akts gegen Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika, das heißt der westlichen Welt, um das Weltgewissen aufzurütteln?

Uns dünkt, daß nicht primär die Dimension der Anzahl der Opfer den Ausschlag für das weltweite Entsetzen gab, sondern vielmehr die plötzliche Gewißheit, daß es morgen in jeder beliebigen Region der westlichen Welt ähnliche Terroranschläge geben und massenhaft Menschen treffen kann. Vorbei ist die Zeit, da nur »hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen« (Goethe: Faust).

Bundeskanzler *Schröder* sagte in seiner Regierungserklärung am 12. September 2001 vor dem Bundestag, der »11. September wird als ein schwarzer Tag für uns alle in die Geschichte eingehen«. Er nannte die Terroranschläge von New York und Washington eine »Kriegserklärung an die zivilisierte Völkergemeinschaft«.¹ In den Bundestagsdebatten am 12. und 19. September, 11. Oktober und 16. November vertraten verschiedene Abgeordnete zu den Terroranschlägen die Meinung, daß sich mit dem 11. September die interna-



Ingomar Klein – Jg. 1931, Ökonom, Agrarökonom, Prof. Dr. sc. oec. ab 1961 Dozent, 1967-1991 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1996 (mit Wolfgang Triebel »Helm ab zum Gebet! Militarismus und Militarisation – ein deutsches Schicksal?«; Mitglied der AG Friedenspolitik
 Foto: privat

1 Zitiert nach DAS PARLAMENT, Nr. 39 vom 21. September 2001, S. 11.



Wolfgang Triebel – Jg. 1930, Politikwissenschaftler, Historiker, Prof. Dr. sc. phil.; 1968-1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dozent, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Lehrgebiete Sozialismustheorie, Theorie internationaler Beziehungen. Ab 1991 Grotewohl-Forschung und politikwissenschaftliche Arbeit in der AG Friedenspolitik
Foto: privat

2 Zitiert nach Neues Deutschland vom 5. November 2001, S. 5. Heiner Halberstadt: Kontroverse Debatte über die Folgen der Terroranschläge.

3 Zitiert nach DAS PARLAMENT, Nr. 40 vom 28. September 2001, S. 11.

tionale Lage weltpolitisch völlig verändert hätte. Der Berater des USA-Präsidenten, *Bruce Hoffman*, ging im Römerberggespräch in Frankfurt/Main Anfang November sogar so weit zu formulieren, »ein neues Zeitalter des Terrorismus hat begonnen, das möglicherweise blutiger und verheerender sein wird als alles, was wir bislang erlebt haben.«² In der durch die Terroranschläge entstandenen neuen internationalen Situation versicherte der Bundeskanzler die USA mehrfach der »uneingeschränkten Solidarität« Deutschlands. Deutschland werde seiner »neuen Verantwortung gerecht werden«, denn es »steht«, so der Kanzler am 19. September, »zu Beginn dieses neuen Jahrhunderts auf der richtigen Seite – fast ist man versucht zu sagen: endlich – auf der Seite der unveräußerlichen Rechte der Menschen.«³ Wenn unveräußerliche Rechte der Menschen mit Krieg verwirklicht werden sollen, dann dürften Zweifel berechtigt sein, ob das ausgerechnet für Deutschland die richtige Seite sein kann. Terrorismus mit Bombenterror zu bekämpfen bedeutet, den Teufel mit Belzeub austreiben zu wollen. Dieser Weg würde in das von *Bruce Hoffman* befürchtete »Zeitalter des Terrorismus« führen.

Scheint es zunächst nur leichtfertig, von einem neuen Zeitalter des Terrorismus zu sprechen, so muß jedoch befürchtet werden, daß mit dieser Prophezeiung die Angst vor dem Terrorismus instrumentalisiert werden soll. Die USA, heißt es offiziell, stellen sich den Herausforderungen der Zeit. Sie wähten sich bisher als unverwundbar. Jetzt schwören sie nicht nur ihre NATO-Partner auf eine Anti-Terror-Koalition ein, sondern suchen weitere Verbündete in allen Regionen der Welt. Hochrangige Diplomaten der USA und selbst Regierungschefs der europäischen NATO-Staaten reisen in arabische und asiatische Länder, die bis vor kurzem zum Teil noch als »Schurkenstaaten« galten, um sie zur Mitwirkung am »Kreuzzug« gegen die »islamistischen« Terroristen zu gewinnen. Um den Sicherheitsrat und andere UNO-Mitglieder für diese Anti-Terror-Koalition zu gewinnen, beglichen die USA nach dem 11. Oktober einen Großteil ihrer Schulden gegenüber der UNO, was wiederum nicht ohne Einfluß auf die beiden UNO-Resolutionen 1368 vom 12. und 1373 vom 23. September 2001 gewesen sein dürfte.⁴ Mit China und Rußland beziehungsweise asiatischen GUS-Staaten sind zumindest Stillhaltevereinbarungen zustande gekommen, Militäraktionen der USA gegen Afghanistan keine Hemmnisse in den Weg zu legen. Rußland möchte seinen Einfluß auf die früheren sowjetischen Unionsrepubliken in Asien nicht verlieren, aber gleichzeitig seine Partnerschaft zu europäischen NATO-Staaten vertiefen. China ist am Abbau antichinesischer Aversionen in den USA und Intensivierung des Handels interessiert. Japan und Deutschland wollen die Einsatzmöglichkeiten ihrer Streitkräfte erweitern, was als Andeutung verstanden werden kann, bei länger andauerndem Krieg in Mittelasien aktiv sein zu können. Das Engagement der Bundesrepublik ist zudem darauf gerichtet, sich für einen ständigen Platz im Sicherheitsrat die Sporen zu verdienen, obgleich es für die internationale Entwicklung wesentlich sinnvoller wäre, den Staaten der sogenannten Dritten Welt eine ständige Stimme im Sicherheitsrat einzuräumen. Die selbsternannten »islamistischen Gotteskrieger« haben somit – sicher ungewollt – zur Bildung der Anti-Terror-Koalition beigetragen.

Mit dem Label des Kampfes gegen den Terrorismus versehen, setzen sich die USA an die Spitze der Anti-Terror-Koalition, um ihren Führungsanspruch bei der Gestaltung einer »Neuen Weltordnung« durchzusetzen. Bei diesem Etikettenschwindel werden die USA gegenwärtig von ihren Verbündeten, allen voran Deutschland und Bundeskanzler *Schröder*, unterstützt. NATO-General *Robertsons* Bemerkung, die Taleban um *Bin Laden* und seine Al Qaida könnten die Terroranschläge auf die USA nicht allein organisiert haben, deutet darauf hin, daß die Androhung von USA-Präsident *Bush* weiterhin gilt, wer Terroristen begünstigt, hat mit militärischen Vergeltungsschlägen der USA zu rechnen. Was aber als Begünstigung verstanden und wo, wie und wann gegen Terroristen vorgegangen wird, entscheiden sie selbst.

Blickt man in die Geschichte nur des 20. Jahrhunderts zurück, so waren nicht nur Aggressoren bemüht, ihre Kriegsziele auch mit terroristischen Mitteln gegenüber unbeteiligten Zivilisten durchzusetzen und dabei Zerstörung der Lebensgrundlagen, Vertreibungen, Vergewaltigungen, massenhafte Hinrichtungen, Bombenterror usw. anzuwenden. Auch autokratische und diktatorische Regime bedienten sich in Friedenszeiten des Terrors gegen die eigene Bevölkerung. Selbst sich demokratisch nennende Ordnungen waren und sind nicht frei von solchen Tendenzen. Wenn zum Beispiel während der Ost-West-Konfrontation ein »Gleichgewicht des Schreckens« durch Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen erzeugt wurde und die Existenz der gesamten Menschheit gefährdete, war eine solche Politik nicht fern von Terrorismus. Terrorismus setzt immer auf Angst, Schrecken und Panik unter den Menschen. Ähnlich fragwürdig ist das heutige Festhalten der USA und der NATO an der atomaren Erstschlag-Strategie. Da nützt es auch nichts, wenn man sich auf irgendein moralisches, historisches oder wie auch immer geartetes Recht beruft. Zu allen Zeiten war es üblich, daß sich gewaltbereite Kontrahenten gegenseitig verteufelten, allerlei Untaten und böser Absichten beschuldigten oder die Gegenseite als »Reich des Bösen« bezeichneten.

Vernunft und Selbsterhaltungswillen der Menschen verbieten, sich mit dem Vorhandensein von Massenvernichtungsmitteln, in wessen Händen auch immer, abzufinden. Nicht nur ihrer weiteren Proliferation zu wehren, ihre Beseitigung aus allen Waffenarsenalen ist eine unabdingbare Forderung im Kampf gegen jeden Terrorismus. Sonst könnte tatsächlich ein Zeitalter des Terrorismus anbrechen. Angesichts des ungeheuren Gefahrenpotentials der Massenvernichtungswaffen würde dieses Zeitalter sehr kurz sein und mit dem Untergang der Menschheit enden.

Das Bemühen der USA um die Schaffung einer Anti-Terror-Koalition bedeutet keineswegs einen Kurswechsel der USA zu einer neuen Weltordnung, die diese Bezeichnung wirklich verdiente. Die Auflösung von Sowjetunion und Warschauer Vertragssystem 1990/91 eröffnete für die USA und die NATO unerwartete Chancen, eine ihren Interessen besser entsprechende Weltordnung zu schaffen. Neu ist vielmehr, daß mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 überraschend eine Situation eingetreten ist, die sie blitzschnell und entschlossen zu intensiver Fortsetzung der seit 1990 von den

4 Unabhängig von denkbaren kritischen Anmerkungen zu beiden Resolutionen, weil sie einen Krieg gegen den Terrorismus nicht ausdrücklich ablehnen, ist die Verurteilung jeglichen Terrorismus' und die Aufforderung an alle Staaten eindeutig, geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen und den Sicherheitsrat darüber zu informieren. Ende Dezember 2001 soll der neu gegründete Ausschuß des Sicherheitsrates ein Arbeitsprogramm zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus vorlegen. Wortlaut beider Resolutionen in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2001, S. 1397 f. und 1400 ff.

USA und der NATO anvisierten Politik und zur Überwindung bestehender Widerstände dagegen zu nutzen verstanden.

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa steht für die weltweiten US-Hegemonialpläne »Eurasien«, das heißt der Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok, oder das Schachbrett, auf dem das »global play« ausgetragen wird, im Mittelpunkt strategischer Planungen. Nach Worten *Brzezinski* ist Eurasien »Amerikas geopolitischer Hauptgewinn.« Der Fortbestand der globalen Vormachtstellung Amerikas hängt unmittelbar davon ab, wie lange und wie effektiv es sich in Eurasien halten kann. Nach *Brzezinski* ist die Vorherrschaft der USA in diesem Raum angeblich sowohl für die Sicherheit der Amerikaner, als auch für die Zukunft von Freiheit, Demokratie, freier Marktwirtschaft und für die Weltordnung von zentraler Bedeutung. »Eine Macht«, so *Brzezinski*, »die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Erde gebieten.« Wer die Kontrolle über dieses Gebiet innehat, besitzt auch fast automatisch die Kontrolle über Afrika. Wörtlich führt *Brzezinski* aus: »Nahezu 75 % der Weltbevölkerung leben in Eurasien, und in seinem Boden wie auch Unternehmen steckt der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt. Eurasien stellt 60 % des globalen Bruttosozialprodukts und ungefähr drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen. Eurasien beherbergt auch die meisten der politisch maßgeblichen und dynamischen Staaten. Die nach den USA sechs größten Wirtschaftsnationen liegen in Europa und Asien. Mit einer Ausnahme sind sämtliche Atommächte und alle Staaten, die über heimliche Nuklearwaffenarsenale verfügen, in Eurasien zu Hause.«⁵

5 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Dieser Titel erschien 1997 im Beltz Quadriga Verlag, Weinheim und Berlin. Hier zitiert nach der 4. Auflage Fischer Taschenbuch Verlag, Berlin 2001, S. 54.

Die Weltmacht USA ist bisher nur in einer verhältnismäßig schmalen Zone an der westlichen Peripherie Eurasiens präsent. Im Fernen Osten unterhält sie lediglich einige Stützpunkte auf einer Inselkette und einem Teil der Koreanischen Halbinsel. Zwischen diesen beiden Endpunkten Eurasiens »dehnt sich ein gewaltiger, dünnbesiedelter, derzeit politisch instabiler und in organisatorischer Auflösung begriffener Raum... Südlich von diesem großen Zentraleurasischen Plateau liegt eine politisch anarchische, aber an Energievorräten reiche Region, die sowohl für europäische als auch für ostasiatische Staaten sehr wichtig werden könnte und die im äußersten Süden einen bevölkerungsreichen Staat aufweist, der regionale Hegemonie anstrebt.« Nach *Brzezinski* besteht auf diesem »Spielfeld Eurasiens« die reale Gefahr, daß Amerika hier »irgendwann ein potentieller Nebenbuhler um die Weltmacht erwachsen könnte«⁶, was es unbedingt zu verhindern gilt.

6 Ebenda, S. 57/58.

Aber selbst für die übriggebliebene »einzige Weltmacht« USA ist es trotz ihrer politischen und militärischen Potenzen nicht möglich, diesen gewaltigen Raum von Lissabon im Westen bis Wladiwostok im Osten unter Kontrolle zu halten. Am westlichsten Punkt dieses gewaltigen Raumes bindet die NATO die produktivsten und einflußreichsten Staaten an die USA und sichert ihnen zugleich erheblichen Einfluß auf Europa. Daher das außerordentliche Interesse der USA an einem einigen Europa. Komplizierter ist die Lage am östlichen Ende Eurasiens. Hier fehlt ein solches Bündnis, und noch ist keineswegs klar, welche Macht sich hier etablieren wird. Ambitio-

nen dazu hat eine Reihe Länder. Wer aber ist auf Dauer bereit, das Patronat der USA zu akzeptieren und bei welcher Kräftekonstellation könnte die Region Stabilität erhalten? Die Reichtümer Zentralasiens wecken natürlich nicht nur in den USA Begehrlichkeiten. Insofern prallen hier verschiedene Interessen aufeinander. Politisch besonders widerspenstig sind zur Zeit jene politischen Kräfte, die ihren Frust gegenüber der USA-Vorherrschaftspolitik zunehmend in einen religiös-islamistisch motivierten Terrorismus kanalisieren. Die USA stellen sich den Herausforderungen des Terrorismus auf ihre Art: mit Krieg und dem Bemühen, ihre Stellung als einzige Supermacht weiter auszubauen. Neu an der Lage ist, daß sie unter den gegenwärtigen Bedingungen Zugeständnisse machen, zu denen sie vor dem 11. September nicht bereit waren.

Im Gefolge des Zusammenbruchs des Kolonialsystems nach dem 2. Weltkrieg suchten die bis dahin kolonialen Länder nach Wegen der Modernisierung und des gesellschaftlichen Fortschritts. Von den ehemaligen »Mutterländern« hatten sie wenig Unterstützung zu erwarten, und die sogenannte Entwicklungshilfe erwies sich oft nur als Form neokolonialer Unterdrückung. Nachdem nationalistisch oder sozialistisch orientierte wirtschaftliche Entwicklungsversuche in der Regel scheiterten, setzten viele ihre Hoffnung auf das Reformpotential eigener Traditionen, um das schwere Erbe des Kolonialismus abzuwerfen. Das konnte in den meisten dieser Länder im Nahen und Mittleren Osten, aber auch Nordafrikas nur auf der Grundlage des hier vorherrschenden Islam erfolgen, weil nach dem Koran *Mohammed* als Gründer auch eines weltlichen Reiches angesehen wird.⁷ Die Besinnung auf Religion ist besonders im Islam ein wichtiges Moment für die grenzüberschreitende Wirksamkeit und den Zusammenhalt ganzer Regionen. In ihrem wirtschaftlichen Bemühen von den reichen Industriestaaten des Westens im Stich gelassen, weiterhin ausgebeutet und mit Arroganz begegnet, schlug in diesen Ländern die anfängliche Ablehnung gegenüber der Politik der westlichen Industrienationen zunehmend in Haß um und konzentrierte sich immer mehr auf die westliche Führungsmacht USA. Diese wachsende Unzufriedenheit einer steigenden Anzahl hungernder und in Elend lebender Menschen dieser Länder mißbrauchte eine zahlenmäßig kleine, in Luxus und Reichtum schwelgende Oberschicht, um von ihrer eigenen Gewaltherrschaft abzulenken und in Terrorakte gegen im Ausland sitzende »Schuldige« zu dirigieren. Das fällt ideologisch um so leichter, als große Teile der Bevölkerung vieler Länder dieser Region tatsächlich verelendet sind, keinen Ausweg aus ihrer Situation sehen und aus Ohnmacht gegenüber erdrückender Macht immer stärker Gewaltbereitschaft entwickeln. Auf die Sympathie und Unterstützung eines Teiles dieser Menschen bauen die Drahtzieher des internationalen Terrorismus. Dabei hat noch kein einziger der langen Kette von Terrorakten irgendeinem dieser Völker auch nur den geringsten Nutzen gebracht.

Den Hintermännern des Terrorismus, die den Islam mißbrauchen und zum »Heiligen Krieg« gegen die Ungläubigen aufrufen, geht es nicht um Religion. Religion wird hier tatsächlich als Opium für das eigene Volk mißbraucht. Mit ihrer Hilfe wird der Parasitismus ihrer herrschenden Oberschicht verdrängt. Aber auch jene Politiker des

7 Siehe Koran, 2. Sure u. a. in der Übersetzung von Lazarus Goldschmidt. Frechen 2000. Während in der christlichen Lehre das von Jesus geschaffene Reich »nicht von dieser Welt« ist, versteht sich der islamische »Gottesstaat« als weltlich ausgerichtet.

Westens und ihre Medien machen sich der Verschleierung der wahren Verhältnisse schuldig, indem sie immer wieder vom religiösen Fanatismus fundamentalistischer islamischer Terroristen sprechen und den Eindruck erwecken, der Terrorismus habe religiöse Wurzeln. Fragen nach Wurzeln und Ursachen sowie dem eigenen Anteil am Zustandekommen des Terrorismus werden dabei unter den Tisch gekehrt.

Zunächst hieß es, der Zweck des Krieges gegen Afghanistan sei, *Bin Laden* tot oder lebendig zu fangen. Gesetzt den Fall, es gelingt, so ist damit das Problem des Terrorismus nicht gelöst. Gewalt und Gegengewalt blieben bestehen, gleich einer Hydra wüchsen einem abgeschlagenen Terroristenkopf sofort einer oder sogar mehrere nach. *Bushs* Ankündigung, der Krieg gegen den Terrorismus werde längere Zeit, mindestens zwei Jahre beanspruchen, geht von der Prämisse aus, die USA werden Terrorismus auch in Zukunft mit militärischer Gewalt bekämpfen statt mit Diplomatie und anderen zivilen Mitteln, um die Ursachen des Terrorismus zu beseitigen. Der unter mißbräuchlicher Auslegung der UNO-Charta erklärte Fall der Selbstverteidigung soll also erweitert werden.

Internationaler Terrorismus – Herausforderung der Menschheit

Nach Überwindung der mit Kaltem Krieg und Ost-West-Konfrontation verbundenen Besorgnisse vor einer atomaren Konfrontation müssen die Völker im ersten Jahr des 21. Jahrhunderts anhaltenden Krieg und Terror befürchten. Diese Angst, von manchen Medien noch geschürt, verlangt von den Politikern, die von sich behaupten, die Sicherung der unveräußerlichen Rechte aller Völker zum Ziel zu haben, alle zivilen Möglichkeiten zur Verhinderung militärischer Aggressionen auszuschöpfen. Leider besteht der Eindruck, als wäre einigen Politikern diese Aufgabe und Verantwortung noch nicht bewußt geworden. Gegenwärtig scheint sich die Offenbarung des *Johannes*, die Apokalypse, in ungeheurer Weise zu erfüllen. Die heute die Menschheit bedrohenden apokalyptischen Reiter sind: 1. Die Gefahr der Anwendung von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen und in deren Gefolge die Vernichtung des menschlichen Lebens überhaupt. 2. Die erschreckend fortschreitende weltweite Umweltzerstörung. 3. Die enorme, alle bisherigen Wachstumsraten in den Schatten stellende Bevölkerungsexplosion bei weiter fortschreitender Polarisierung der Weltbevölkerung in Arme und Reiche. 4. Die wie ein Flächenbrand global um sich greifende Massenarbeitslosigkeit.

Bereits 1991 wurde im Vorwort zum Bericht des Club of Rome festgestellt: »Die heutige Weltproblematik umfaßt offensichtlich neue Elemente wie Veränderungen im menschlichen Verhalten, das Auftauchen anscheinend irrationaler Bewegungen wie des Terrorismus und die Entwicklung eines ausgeprägten individuellen und kollektiven Egoismus...«⁸ Diese Einschätzung wurde mit den Terrorakten vom 11. September bestätigt. Werden daraus jedoch die richtigen Schlußfolgerungen gezogen? Der Krieg gegen Afghanistan gibt Anlaß zu Zweifeln. Vielmehr bestätigen sich leider auch die folgenden Feststellungen aus dem eben genannten Bericht: »Regierungen bevorzugen Lösungen, die kurzfristig politischen Nutzen bringen, und

8 Die Globale Revolution. Bericht des Club of Rome 1991, in: Spiegel Spezial Nr. 2/1991, S. 8.

vernachlässigen systematisch die langfristige Perspektive... Regieren verkommt zur regelmäßig wiederkehrenden Krisenbewältigung, zum Taumeln von einem Notfall zum anderen... Regierungen bringen von sich aus selten Neuerungen hervor. Sie reagieren meist nur auf Druck... Doch auch dann...wirken sie...häufig als Bremse..., zeigen sie keine Neigung zur Selbstkritik... Verbesserungsvorschläge werden mit einem Achselzucken abgetan...«⁹ Entspricht das nicht der Handlungsweise der US-Administration? Handelt nicht auch die deutsche Regierung wie hier beschrieben, indem die Ablehnung dieses Krieges durch immer mehr Bürger unseres Landes nicht nur ignoriert, sondern ihre Protagonisten auch noch beschimpft werden?

9 Ebenda, S. 104/105.

Wenn es der Menschheit nicht gelingt, die apokalyptischen Reiter unserer Zeit mit den von ihnen ausgehenden ungeheuren Gefahren aufzuhalten, wenn ihnen ihre Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen nicht entrissen und Rüstung und Waffenhandel nicht als Anstiftung zu Krieg und Kriegsverbrechen geächtet werden, wenn die immer schneller fortschreitende Umweltzerstörung nicht energisch bekämpft und Duldung und Vertiefung von sozialer Ungerechtigkeit, Hunger und Massenelend nicht als unterlassene Hilfeleistung geahndet wird, dann ist das Ende der Existenz der Menschheit vorprogrammiert. Vor Jahren warnte der polnische Philosoph *Adam Schaff*: »Die plebejischen Länder oder aus ihnen stammende Terroristengruppen werden mit der atomaren Erpressung anfangen, und zwar in nicht allzu ferner Zukunft.«¹⁰

Die zunehmende Verbreitung von Nuklear- und anderen Massenvernichtungswaffen bestätigt einmal mehr, wie ernst die Bedrohung der Menschheit tatsächlich ist. Ohne Wende im Verhalten der Verantwortung tragenden Politiker gegenüber diesen vor der Menschheit stehenden ungeheuren Herausforderungen, deren Bewältigung tatsächlich eine globale Allianz und koordiniertes Handeln aller friedlichen Staaten und Völker verlangt, ist der Kampf gegen diese Gefahren zum Scheitern verurteilt. Gelänge es heute, die gegenwärtig so intensiv geschmiedete Anti-Terror-Koalition mit diesen Aufgaben zu verbinden, es könnte die beginnende Erlösung der Menschheit aus selbst verursachten Zwängen und Gefahren sein. Eine Einteilung der Staaten in »gute« und »böse« verbietet sich dabei freilich von selbst.

10 Adam Schaff: *Mein Jahrhundert. Glaubensbekenntnisse eines Marxisten*, Berlin 1997, S. 149.

Die hochentwickelten Industriestaaten und ihre politischen und wissenschaftlichen Eliten haben eine besondere Verantwortung für das künftige Geschick unseres Erdballs. Eine Wende der Politik von wahrhaft kosmischen Dimensionen ist dazu unerlässlich. Politik, welche sich in hegemonialem Patronat und weltweiter Vorherrschaft gefällt, muß ohne jedes Wenn und Aber kompromißlos überwunden werden. So wie sich die Menschheit – wenn auch noch zögerlich – vom Wahn befreit, der Natur ihren Willen aufzuzwingen, ohne daß sie sich dafür rächt, müssen sich alle Staaten und ihre Politiker von dem Wahn befreien, andere Staaten und die Bevölkerung anderer Länder beherrschen und ihnen ihre Lebensweise oktroyieren zu können. Der Mensch »will unter sich keinen Sklaven sehen und über sich keinen Herrn.«(Brecht) Das zu begreifen, ist höchste Eile geboten.

Herrschaftsstreben, Bedrohung mit überlegenem Waffenpotential, Diktat über Rohstoffquellen anderer Länder, Ignoranz gegenüber be-

11 Von den weltweit für das Militär ausgegebenen Mitteln entfielen 1995 fast 70 Prozent auf die NATO. Von den Militärausgaben der NATO wiederum entfallen rund 60 Prozent auf die USA. Vom überlegenen Ausstattungsgrad mit Waffen und Kriegsgerät der NATO-Armeen zeugen die Ausgaben pro Soldat. Sie betragen 93 000 US-Dollar im Jahr. In den anderen Armeen der Welt 16 000 bis 18 000 US-Dollar.

rechtigten Forderungen anderer Völker, über ihre Naturreichtümer und Lebensweise selbst bestimmen zu wollen, müssen notwendigerweise auf Widerstand und Ablehnung stoßen. Dieser Gewalt wird immer mehr mit Gegengewalt als vermeintlichem Ausweg begegnet. Wenn die USA und die NATO vorgeben, ein Bündnis zum eigenen Schutz und zur Sicherung des Friedens zu sein, dann müssen sie sich schon fragen lassen, warum ein so edlen Zielen verpflichtetes Bündnis die gewaltigste Militärmacht aller Zeiten sein muß?¹¹ Weshalb halten USA und NATO an der atomaren Erstschlagskonzeption und anderen Drohmitteln fest? Wozu unterhalten die USA ein weltweites Netz militärischer Stützpunkte? Mit welcher Absicht wurden in der NATO-Strategie und in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) für die deutsche Bundeswehr festgeschrieben, gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln Seewege und den Zugang zu Rohstoffquellen überall in der Welt zu erzwingen? Sind die so formulierten »vitalen deutschen Interessen« auch die der Völker in anderen NATO-Staaten? Welchen Nutzen hat es für die Gesellschaft, ständig Milliarden für neue und noch effektivere Waffensysteme auszugeben, wenn man doch nichts mehr als den Frieden in der Welt anstrebt? Es ist ein Irrglaube, dauerhaft auf der Grundlage überlegener ökonomischer und militärischer Macht alle strittigen Fragen und Probleme zum eigenen Vorteil lösen zu können.

Terror und Terrorismus unserer Zeit sind in diese geschilderte Situation eingebettet, sind Ausgeburten der apokalyptischen Gefahren. Ohne Zweifel ist der Terrorismus zu einer wuchernden Krebsgeschwulst der gefährlichsten Art geworden, die energisch entfernt werden muß. Jeder Operation geht eine genaue Diagnose voraus, in der Ursache der Krankheit und der Herd bestimmt werden, von dem alles ausgeht. Wichtig für den Erfolg ist die Art der Operation und was für den anschließenden Gesundungsprozeß getan werden muß. Es geht also nicht darum, schlechthin nur zu operieren, ohne vorher die möglichen Folgen einer Operation zu bedenken. Gegen terroristische Gewalt mit überlegener militärischer Gewalt zu »operieren«, bedeutet nichts anderes, als sich von Terroristen die Kampfmethoden aufzwingen zu lassen.

Die Strategen kriegerischer Rache spekulieren bei allen Kreisen der Bevölkerung nicht ohne Erfolg auf Akzeptanz ihrer Politik militärischer Machtdemonstration, zumal sie sorgsam darauf bedacht sind, ihren Krieg mit minimalsten eigenen Opfern und nicht auf eigenem Territorium zu führen. Sie werfen teuflische Bomben aus für die Gegner nicht erreichbaren Höhen. Vor dem Aufprall explodierend, vernichten sie im Umkreis hunderter Meter alles Leben, vermeldete ein Militärsprecher der USA vor Fernsehkameras. Tarnkappenbomber starten in den USA, laden ihre tödliche Fracht über dem Zielgebiet in Afghanistan ab und kehren im Nonstopflug auf ihre Startbasis zurück. In weniger als 48 Stunden können ihre Besatzungen wieder im Kreise ihrer Familie am Tisch sitzen oder mit ihren Kindern spielen. Es wird sogar daran gearbeitet, Maschinen zu entwickeln, welche die gleiche »Mission« ganz ohne fliegendes Personal bewältigen. Kriege könnten bald vom »Arbeitsplatz« in der Heimat aus geführt werden. Kein Wunder, daß diejenigen, die an Terrorakten völlig unbeteiligt sind, aber unter den Bombenschlägen der

Rächer »Kollateralschäden« erleiden, für die technische Perfektion der Mordmaschinen und deren Erfinder und Anwender keinen Beifall aufbringen.

Die Terroristen und ihre Handlanger wollen aus der berechtigten Empörung der unbeteiligten Bürger über die militante Kriegführung gegen den Terrorismus ideologisches Kapital schlagen, vor allem aber ihre politische und moralische Unterstützung erreichen. Zugleich gieren sie danach, selbst in den Besitz der »modernsten« Kriegstechnik bis hin zu Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Aus gegenseitigem Haß und Gewalt auf beiden Seiten erwachsen Krieg und Terrorismus, Zynismus und Menschenverachtung, denen Einhalt geboten werden muß.

Die Feststellung der indischen Schriftstellerin *Arundhati Roy*, USA-Präsident *Bush* und *Bin Laden* hätten gleiche Denkstrukturen,¹² hat in Regierungs- und Medienkreisen der Bundesrepublik heftige Proteste hervorgerufen. Warum eigentlich? Die Flugzeugmörder von New York und Washington haben an die Tausende unbeteiligte und unschuldige Menschen ermordet, um die Macht des Terrorismus zu demonstrieren. In nicht wenigen islamischen Ländern haben sie dafür Zustimmung erfahren. Der Krieg der Gegenmacht ist nicht weniger mörderisch.

Wir empfinden es für Deutschland, seine Politiker und die demokratischen Parteien, von denen sich einige gern Volksparteien nennen, als beschämend, daß nur eine einzige Partei, die PDS, ohne Wenn und Aber geschlossen gegen deutsche Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien und den USA-Krieg gegen Afghanistan auftrat. Dafür hat sie sich Verhöhnung und Haß der etablierten Parteien zugezogen und wird deshalb in Deutschlands Hauptstadt Berlin als nicht regierungsfähig angesehen! Der Kanzler hat in seiner Regierungserklärung zur Begründung der Teilnahme von 3900 deutschen Soldaten am Krieg gegen Afghanistan nicht nur das Argument der Sicherheit strapaziert, sondern auch von Bewahrung »unserer Werte« gesprochen. Schon aus historischen Gründen muß Teilnahme an Kriegen davon ausgeschlossen sein. Offensichtlich gehen zwischen Regierenden und Bevölkerung die Auffassungen über »unsere« Werte auseinander. Weiterhin hat er ziemlich unumwunden die Teilnahme an diesem Krieg mit deutschen Interessen begründet. Welche meinte er? Offensichtlich hatte er den Profit der Multis im Auge. Wie einer dpa-Meldung zu entnehmen ist, erklärte er, der Antiterror-Kampf sei gut für die Wirtschaft. Würde Deutschland keine Unterstützung für die USA angeboten (!) haben, hätte es sich nicht nur als Bündnispartner disqualifiziert, sondern das auch wirtschaftlich zu spüren bekommen. Derart unverfroren begründete er auf einer Betriebsrätevollversammlung des Energiekonzerns E.O.N. seine Kriegspolitik als Arbeitsbeschaffung und Arbeitsplatzsicherung!¹³

Manche Abgeordnete und Funktionäre der SPD greifen dumm dreist das längst von *Adam Smith*, *Karl Marx* und vielen nachfolgenden Wissenschaftlern widerlegte und dem gesunden Menschenverstand widersprechende »Argument« auf, Rüstungswirtschaft sei Arbeitsplatzbeschaffer. Mehr noch, in den Medien wird demagogisch verbreitet, Kriegsgerät wie Sanitätsflugzeuge und Spürpanzer Fuchs dienten auch der Zivilbevölkerung.¹⁴ Nach diesem eigenarti-

12 Laut Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. September 2001 hat sie formuliert: »Die Amerikaner sollten wissen, dass der Hass nicht ihnen gilt, sondern der Politik ihrer Regierung ... Was ist Usama bin Laden? Er ist der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten. Der brutale Zwilling alles angeblich Schönen und Zivilisierten. Er ist aus der Rippe einer Welt gemacht, die durch die amerikanische Außenpolitik verwüstet wurde, durch ihre Kanonenbootdiplomatie, ihr Atomwaffenarsenal, ihre unbekümmerte Politik der unumschränkten Vorherrschaft, ihre kühle Mißachtung aller nicht-amerikanischen Menschenleben, ihre barbarischen Militärinterventionen, ihre Unterstützung für despotische und diktatorische Regimes, ihre wirtschaftlichen Bestrebungen, die sich gnadenlos wie ein Heuschreckenschwarm durch die Wirtschaft armer Länder gefressen haben. Ihre marodierenden Multis, die sich die Luft aneignen, die wir atmen, die Erde, auf der wir stehen, das Wasser, das wir trinken, unsere Gedanken.«

13 Siehe: Neues Deutschland vom 9. Oktober 2001.

14 So in der Diskussionsrunde ›Berliner Platz‹ auf dem Fernsehsender B 1 am 20. November 2001.

15 ›Ohne uns läuft nichts, in: Der Spiegel Nr. 30 vom 26. Juli 1999.

16 Robert B. Reich bescheinigt den USA, mit ›unerschütterlichem Eifer... seine Außenpolitik in den Dienst der amerikanischen Kernunternehmen zu stellen‹. Weiter führt er aus: "Es war kein Zufall, dass die CIA gerade dort kommunistische Verschwörungen aufzudecken pflegte, wo Amerika größere Vorkommen an natürlichen Ressourcen besaßen oder besitzen wollten." Die neue Weltwirtschaft, Frankfurt/M, 1991, S. 76. Auch wenn mit dem Verweis auf kommunistische Verschwörungen kaum noch argumentiert werden kann, so wird den CIA-Spezialisten sicher etwas einfallen, um auch in Zukunft zu intervenieren, notfalls wird auf Menschenrechtsverletzungen verwiesen oder Terrorakte, die für militärisches Eingreifen in anderen Ländern instrumentalisiert werden.

gen Verständnis von Humanität kommen zuerst die Bomber und töten und verkrüppeln die Menschen. Wer danach noch zusammengeflickt werden kann, hat die Chance, in einer mit modernster Medizintechnik ausgerüsteten Militärmaschine versorgt und abtransportiert zu werden. Deutsche Arbeiter sollen sich freuen und der Bundesregierung dankbar sein, an dieser humanitären Aktion mitgeholfen und dadurch ihren Arbeitsplatz erhalten zu haben.

Gipfel der Heuchelei ist es, wenn verantwortliche Politiker vor die Öffentlichkeit treten und erklären, wie schwer sie mit ihrem Gewissen gerungen hätten, aber es sei keine andere Entscheidung als der Krieg möglich gewesen, eine Alternative wäre nicht vorhanden. Einem derartigen Schauspiel mußte die deutsche Bevölkerung seit 1999 nun schon das zweite Mal beiwohnen. Mußte sie das wirklich? Es ist ein Armutszeugnis, wenn der deutsche Außenminister *Josef Fischer* auf Einwände gegen eine Kriegsbeteiligung Deutschlands mit der rhetorischen Frage reagiert: »Mit welchen anderen Mitteln können wir der Terroristen habhaft werden?« Daß Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik überprüfenswert sein könnte, darauf sind bisher weder er noch Kanzler *Schröder* und schon gar nicht der Verteidigungsminister *Rudolf Scharping* gekommen. *Fischers* ehemalige Kollegin, Frau *Albright*, hatte im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg wenigstens noch die Frage gestellt, woher es wohl komme, daß die USA so gehaßt werden. Die Antwort fiel allerdings mehr als dürrig aus. Die USA hätten doch gar nicht die Rolle angestrebt, die ihnen in der Welt zugefallen sei, offensichtlich riefen Stärke und Reichtum der USA den Neid anderer Länder hervor.¹⁵ Frau *Albright* scheint vergessen zu haben, daß die USA ihre Begehrlichkeit nach Rohstoffquellen anderer Länder auf allen Kontinenten der Erde stets mit politischem, ökonomischem und militärischem Druck zu realisieren verstanden und sich dadurch Ablehnung und Haß zugezogen haben.¹⁶ Was die beherrschende Rolle der USA betrifft, so ist es einfach Lüge, Washington hätte eine solche Position nicht angestrebt. Spätestens mit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg und vor allem in der Nachkriegsära gaben sie Tendenzen des Isolationismus endgültig auf. Solange ein starker Widerpart in Gestalt der Sowjetunion existierte, mußten sie allerdings ihre Weltherrschaftsgelüste zügeln. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und des Ost-Blocks, mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten konnten sie alle bisherige Zurückhaltung fallen lassen. Eine wesentliche Bedingung für die USA-Zustimmung zur Vereinigung war die weitere Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der NATO, deren Existenz unbedingt erhalten bleiben sollte, obgleich sie angeblich nur der Abwehr der östlichen Bedrohung gedient hatte.

Mit dem zu Beginn der neunziger Jahren eröffneten USA-Krieg gegen den Irak wurden ungehemmter Globalismus und militärisches Abenteuerertum miteinander verbunden. Die NATO-Partner der USA, besonders England, Frankreich und Deutschland, unterstützen aktiv den von den USA vorgegebenen Kurs der neuen Hochrüstung und Herrschaftspolitik, um ihren Anteil bei der Neuaufteilung der Weltmärkte zu erhaschen. *Helmut Kohl* erklärte 1991 in seiner Antrittsrede als wieder gewählter Kanzler, Deutschland sei wieder wer und könnte sich nun offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen, die Zeit

einer wieder erlangten Normalität sei nun angebrochen. Der damalige Daimler-Benz-Chef *Reuter* sekundierte, die Welt werde jetzt neu aufgeteilt und Deutschland wolle dabei sein. In diesem Sinne wurde 1991 in den schon genannten VPR für die Bundeswehr unter anderem die Aufgabe gestellt, sie habe künftig für den freien Zugang zu Rohstoffquellen und für die Sicherheit der Seewege zu sorgen. Dementsprechend sollen deutsche Marineeinheiten im Auftrage der USA in Kürze am Horn von Afrika aktiv werden. Für Kanzler *Schröder* ist der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr außerhalb Europas ein historisches Datum für Deutschland!

Wir bezeichnen es schon heute als ein Datum der Schande. »Denn Krieg ist die falsche Antwort auf den Terror. Krieg fordert neue Opfer unter Unschuldigen, führt zu einer neuen Spirale der Gewalt, verschärft die existierenden Gegensätze, provoziert den neuen Ruf nach Rache und Vergeltung. Nur im Frieden wird es möglich sein, der komplexen Probleme weltweit gemeinsam Herr zu werden. Nur im Frieden wird man eine neue Globale Sicherheitsarchitektur schaffen können, nur im Frieden ist weltweit soziale Gerechtigkeit zu schaffen, nur im Frieden werden Wasser, Brot und Öl gerecht verteilt werden können, nur im Frieden ist eine gleichberechtigte Entwicklung der Kulturen möglich. Darum sind wir gegen den Krieg der USA in Afghanistan und eine Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg.«¹⁷

Recht statt Krieg gegen den internationalen Terrorismus.

In Auswertung der Erfahrungen der NATO mit dem Jugoslawien-Krieg verkündete seinerzeit General *Naumann*: »Der nächste Konflikt kommt bestimmt.... Es ist eine Illusion zu glauben, man könne einen Krieg ohne Tote führen.«¹⁸ Diese Äußerung *Naumanns* ist lediglich eine Variante der auch heute immer wieder auftauchenden Behauptung, wonach es Kriege immer gegeben habe und auch in Zukunft geben werde. Den Menschen soll eingeredet werden, daß sie sich mit der Existenz von Kriegen für alle Zeiten abfinden müssen. Im Kern geht es um den ersten Satz: »Der nächste Konflikt kommt bestimmt.« Woher weiß er, daß es nächste Konflikte geben wird, die militärisch ausgetragen werden müssen? Eine solche »Prognose« schließt ein, sich auch mit der Bereitstellung der materiellen und militärtechnischen Mittel und natürlich des erforderlichen »Menschenmaterials« abzufinden.

Um künftige Kriege vorherzusagen, bedarf es nicht der prophetischen Fähigkeit eines NATO-Generals. Bei Fortsetzung der bisherigen Politik der das Weltgeschehen dominierenden Mächte – und dazu scheinen sie entschlossen zu sein – muß es tatsächlich immer wieder zu Kriegen kommen, weil deren Ursachen, allen voran die aus der Profitgier der Multis erwachsenden Ungerechtigkeiten in der Weltwirtschaft, nicht beseitigt werden. Wo politisches Handeln von wirtschaftlichen Interessen diktiert ist und diese Interessen von wenigen großen Wirtschaftsgiganten, gestützt auf das militärische Potential der Industriemächte, nach ihrem Gutdünken auch mit Brachialgewalt gegen den Rest der Welt durchgesetzt werden, entstehen Rebellionen der betroffenen Völker und werden militärische Konflikte und Kriege heraufbeschworen. Das sind die eigentlichen Gründe, weshalb heute friedwillige Menschen politisch resignieren

17 Roland Claus, Vorsitzender der PDS-Bundtagsfraktion, in: Neues Deutschland vom 1. November 2001.

18 Klaus Naumann: Der nächste Konflikt wird kommen. Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 11/1999, S. 12 und 15.

und die scheinbare Unvermeidlichkeit von Kriegen hinnehmen. Wer aber ohnehin auf der Seite jener steht, die das Geschäft des Krieges betreiben oder ihnen sogar dient, für den ist der Krieg »natürlich« und »Kriegsdienst« gerechtfertigt. Den Krieg als Dauererscheinung der Menschheit zu akzeptieren, heißt aber auch, den Terror hinzunehmen. Terror und Krieg haben prinzipiell gleiche Wurzeln: Bereicherung und Machtgier. Terror ist der illegitime Bruder des Krieges.

Um des Terrors Herr zu werden, ist die Fahndung nach ihren Akteuren und Hintermännern und ihre Verurteilung ein erster unumgänglicher Schritt. Er wird aber langfristig gesehen scheitern, wenn nicht der Sumpf, in welchem Terrorismus gedeiht, trocken gelegt wird. Das jedoch verlangt eine solche Wende der Politik, die sich vom Handlanger der Wirtschaft und Zutreiber der Shareholder-Value-Strategen zum Diener der Lebensinteressen ihrer Völker wandeln muß. Sie verlangt Absage an jede wie auch immer geartete Form von Großmacht- und Hegemonialpolitik. Sie verlangt konsequenten Verzicht auf Gewaltandrohung und Krieg als Mittel der Politik und daher tatsächliche Abrüstung, beginnend mit der schrittweisen Vernichtung aller Massenvernichtungsmittel. Sie verlangt den Schutz des höchsten Gutes aller Menschen, des Lebens und der Lebensgrundlagen im weitesten Sinne. Sie verlangt politische, religiöse und kulturelle Toleranz und entschiedene Absage an Rassismus, Verherrlichung des Faschismus, des Krieges und der Gewalt. Sie verlangt nicht zuletzt eine solche Reorganisation der Vereinten Nationen, die, frei vom Diktat welcher Großmacht auch immer, zum realen Vertreter der Interessen aller Völker und Staaten werden muß. Nur flankiert von Schritten in die angegebene Richtung kann die auf der Grundlage des Rechts gestützte Verfolgung und Bestrafung krimineller terroristischer Elemente langfristig von Wirkung sein.

Seit Beginn des USA-Bombardements auf Afghanistan hat international bei vielen Bürgern, Künstlern und Wissenschaftlern unterschiedlichster Disziplinen und auch bei manchen Politikern ein tieferes Nachdenken über Ursachen, Hintergründe, Wesen, Gesichter, Ziele und andere Erscheinungsformen von Terror und internationalem Terrorismus begonnen. Sie befürchten, daß sich die Kriegführung der USA und Großbritanniens gegen Afghanistan zu einem Weltbrand ausweiten kann, wenn noch mehr arabisch-islamische Staaten - durch welche Umstände auch immer - in diesen Krieg einbezogen werden. Fragen nach den Mitteln der Bekämpfung des national und international wirkenden Terrorismus sind deshalb in den Mittelpunkt politischer und ideologischer Auseinandersetzungen gerückt. Nichts kann die Verurteilung von Terroristen relativieren, die unschuldige Männer, Frauen und Kinder mit in den Tod reißen. Solches Handeln ist kriminell und weder politisch, religiös und sozial noch mit Not oder Elend von Menschen oder Völkern zu rechtfertigen.

Die internationale Kritik an den amerikanisch-britischen Bombardements auf Afghanistan ist inzwischen weiter angewachsen. Immer mehr Völker, Staaten, internationale Organisationen, Kirchen usw. lehnen den Krieg als Mittel des Kampfes gegen *Bin Laden* und die Taleban in Afghanistan und den internationalen Terrorismus ab. Sie fordern adäquate, auch gewaltsame Mittel, die aber nicht unschuldige Menschen töten oder ihre Existenzgrundlagen zerstören. Das

Beharren der USA, Großbritanniens, auch Deutschlands und anderer Staaten auf Fortsetzung dieses Krieges ignoriert den Willen der vom Krieg Betroffenen und der Mehrheit der Menschen auf allen Kontinenten. Krieg ist als Geißel der Menschheit überall verhaßt. Die immer wiederkehrenden Behauptungen in der Regierungsverantwortung stehender Politiker, zum Krieg gegen den Terrorismus gäbe es keine Alternative, ist eine besonders üble Demagogie. Die Rabulistik in dieser Frage auf dem Parteitag der deutschen Bündnis-Grünen-Partei am 24./25. November 2001 bedeutet Verrat der Ideale, mit denen diese Partei einst mutig angetreten ist.

Die Alternative, in Abstimmung mit dem Sicherheitsrat der UNO eine militärisch organisierte Polizeiaktion zur Verhaftung von *bin Laden* auf der Grundlage eines internationalen Haftbefehls durchzuführen und ihn vor einem internationalen Gericht für die terroristischen Verbrechen vom 11. September zur Verantwortung zu ziehen, müßte als Methode des Kampfes gegen Terroristenführer doch wenigstens nachdenkenswert sein und sollte nicht lakonisch als politische Naivität oder ähnliches vom Tisch gewischt werden. Eine erfolgreiche Aktion dieser Art war zum Beispiel die Ergreifung des SS-Verbrechers *Eichmann*. Die USA müßten allerdings zunächst einen internationalen Gerichtshof anerkennen und zustimmen, daß vor diesem Tribunal Kriegsverbrechen ohne Ansehen von Person und Staat verhandelt werden. Ihre Weigerung, einen solchen Gerichtshof gutzuheißen, ist um so befremdlicher, als sie gleichzeitig das 1974 vom damaligen US-Präsidenten erlassene Verbot für die CIA, ohne gesetzliche Grundlage zu töten, aufheben und besondere Gerichte bilden zur Aburteilung von Terroristen und des Terrorismus Verdächtiger im Schnellverfahren, was fatal an die Sondergerichte der Nazis erinnert. Aus solchen Schritten erwachsen größte Gefahren für den Rechtsstaat und für Demokratie. Ähnliche Befürchtungen wecken die von Deutschlands Innenminister *Schily* auf den Weg gebrachten Gesetzespakete zur inneren Sicherheit.

Es ist konsequent zu verurteilen, wenn Regierungen mit der Begründung des Kampfes gegen den Terrorismus Freiheitsrechte ihrer Völker beschneiden und Parlamentsentscheidungen über Krieg unter Kuratel stellen. Formen und Varianten eines Überwachungsstaates führen zum Abbau von demokratischen Grundrechten und begünstigen Terrorismus – nicht nur die deutsche Geschichte hat dafür abschreckende Beispiele geliefert. Die weltweite rechtliche Verfolgung der das internationale Leben bedrohenden Terroristen könnte zur Verrechtlichung auch der zwischenstaatlichen Beziehungen beitragen und damit der Antiterrorallianz über den gegebenen Anlaß in New York und Washington hinaus Substanz und Stabilität verleihen. Dazu bestehen insofern Voraussetzungen, wenn innerhalb dieser Allianz gemeinsame und auf gleichberechtigter Basis beruhende Schritte unternommen würden, um zu einer neuen Weltordnung zu gelangen, die auf wirklich demokratischen Prinzipien beruht und auf jegliche Hegemonialbestrebungen primär der Großmächte verzichtet. Das alles könnte und müßte im Rahmen der UNO geschehen. Die mit den beiden Resolutionen des Sicherheitsrates vom 12. und 28. September 2001 gewachsene Autorität der UNO und ihres Sicherheitsrates bedarf weiterer Festigung.

WOLFRAM ADOLPHI

16. November 2001



Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc., Diplom-Staatswissenschaftler, veröffentlicht seit 1976 zu Themen der internationalen Beziehungen (China-Politik Frankreichs und der USA in den siebziger Jahren, Entwicklungen in der asiatisch-pazifischen Region, deutsch-chinesische Beziehungen im Zweiten Weltkrieg), arbeitet seit 1992 in der Redaktion von »UTOPIE kreativ« mit und publizierte Arbeiten insbesondere zur Entwicklung der PDS, ist seit 1999 als Mitarbeiter in der PDS-Bundestagsfraktion tätig.
Foto privat

Dieser Aufsatz entstand zwischen dem 2. und dem 6. Januar 2002. Die Leserinnen und Leser erreichen wird er Ende Januar. Es gilt, was auch schon meiner ersten Wortmeldung zu den Folgen der Terroranschläge vom 11. September im Novemberheft 2001 von »UTOPIE kreativ« (Heft 133) voranzustellen war: Niemand weiß, welche neuen Entwicklungen sich bis dahin vollzogen haben werden. Zum Zeitpunkt der Entstehung des ersten Beitrages Ende September hatten die USA schon angekündigt, daß sie auf die Terroranschläge mit Krieg antworten würden, aber sie hatten diesen Krieg noch nicht begonnen. Seit dem 7. Oktober 2001 führen sie unter dem Code-Namen »Enduring Freedom« – »Fortdauernde Freiheit« – mit umfassenden Bombardements und dem Einsatz von Bodentruppen Krieg gegen den Terrorismus, und zwar – wie sie selbst sagen: »zunächst« – in Afghanistan. Der 16. November markiert ein entscheidendes Datum für den Platz Deutschlands in diesem Krieg: An diesem Tag beschloß der Deutsche Bundestag eine deutsche Beteiligung an »Enduring Freedom« mit einem Kontingent von 3.900 Soldaten. Am 22. Dezember folgte ein Beschluß zur Beteiligung von 1.200 deutschen Soldaten an einer UN-mandatierten internationalen Schutztruppe für die nach der Zerschlagung des Taliban-Regimes in Afghanistans Hauptstadt Kabul installierte Übergangsregierung. Am 3. Januar 2002 melden die Agenturen: die Fortsetzung der US-Bombardements in Afghanistan; die Verstärkung von US-Aufklärungsflügen über Somalia – einem Land, das schon mehrfach als nächstes Ziel des Anti-Terror-Krieges genannt wurde –; das Eintreffen eines Vorkommandos der Bundeswehr in Kabul; das Auslaufen einer sechs Schiffe und 750 Marinesoldaten starken Flotte der Bundesmarine in das Seegebiet zwischen Somalia und dem Jemen. Hat das nachdenkliche Innehalten, für das ich Ende September zu werben versuchte, überhaupt noch eine Chance?

Am 14. Dezember 2001 notierte der Nestor des aufklärerisch-streitbaren Journalismus in Deutschland, der 91jährige *Erich Kuby*, in seiner Kolumne *Der Zeitungsleser* in der Wochenzeitung *Freitag* zum Thema 11. September: »Ich war als Soldat der Großdeutschen Wehrmacht für mehr als 2000 Tage in den Zweiten Weltkrieg involviert gewesen, so daß mich nicht sonderlich erstaunte, was diesen Büro-Türmen angetan wurde. Immerhin war Dresden, eine der schönsten deutschen Städte, von Flugzeugen in ein Ruinenfeld verwandelt worden.«¹

1 Freitag, Nr. 51/2001, vom 14. Dezember, S. 4.

Ich scheue mich vor einer solchen Bezugnahme. Kann und darf man die mehr als 56 Jahre auseinander liegenden Ereignisse tatsächlich so in Verbindung zueinander setzen? Die Bombardierung der deutschen Stadt Dresden in den letzten Monaten des von Deutschland vom Zaune gebrochenen und mit äußerster Brutalität in die Welt getragenen, viele Millionen Menschenopfer fordernden Krieges – und die Anschläge auf das US-amerikanische New York mitten im Frieden? Öffnet das nicht kurzschlüssigen ›Rechtfertigungen‹ des New Yorker Geschehens Tür und Tor? Und verstellt den Blick für die neue Art der Bedrohung, der sich die Welt seit dem 11. September ausgesetzt sieht?

Indes: Was *Erich Kuby* am 14. Dezember zu Papier brachte, war im Oktober und November Inhalt auch schon so manchen Leserbriefes in den großen Wochen- und Tageszeitungen der Republik. Menschen, die die Bombardierungen in den vierziger Jahren miterlebt hatten, brachten zur Begründung ihrer Kritik an der am 7. Oktober 2001 von den USA begonnenen Bombardierung Afghanistans neben Dresden auch Hamburg oder Potsdam in Erinnerung, und nicht selten gelangten die Autorinnen und Autoren zu einem Schluß, wie ihn auch *Erich Kuby* zieht: »Für die Amerikaner war es der erste Fall, daß sie im eigenen Land einem terroristischen Überfall ausgesetzt waren. Das, und nicht die Zerstörung zweier Hochhäuser, ist die Ursache dafür, daß der Welt beigebracht worden ist, mit dem 11. 9. 2001 sei ›alles anders geworden‹. Für einen Deutschen meiner Generation, geboren 1910, galt das nicht, so daß zum Beispiel ich nicht ohne weiteres eingesehen habe, daß zum Ausgleich für Manhattan ein ganzes Land, also Afghanistan, flächendeckend bombardiert werden mußte...«²

Die Ablehnung des Bombenkrieges durch Menschen, die solch einen Krieg noch erlebt haben, ist in Deutschland viel weiter verbreitet, als das von der Politik – und auch von der großen Mehrheit der Medien – reflektiert wird. Und sie begründet sich offensichtlich häufig mit Argumenten, die nicht unbedingt mit aktuellen Parteipositionen oder der Haltung der einzelnen zu den verschiedenen Parteien zu tun haben. Schon im September 2001 fürchteten einer vom *Spiegel* in Auftrag gegebenen Infratest-Umfrage zufolge 72 Prozent der Befragten, durch eine Beteiligung Deutschlands an NATO-Militäraktionen gegen die Urheber der Terroranschläge in einen Krieg hineingezogen zu werden. Für eine solche Beteiligung votierte dennoch eine Mehrheit von 58 Prozent, wobei zwischen West- (63 Prozent) und Ostdeutschland (39 Prozent) erhebliche Unterschiede bestanden. Ausdrücklich gegen eine deutsche Beteiligung sprachen sich im Westen 32 Prozent der Befragten aus, im Osten 55 Prozent.³

Alles auf Gleichschritt

Erich Kuby bezweifelt, daß mit dem 11. September »alles anders geworden« sei, und begründet seinen Zweifel mit dem vielfachen Schon-da-gewesen-Sein von Bombenterror und in Schutt und Asche gelegten Städten. »Auf welcher Welt«, fragt auch *Günter Gaus*, »leben diese ahnungslosen jungen Reporter und gedankenlosen oder eingeschüchterten Politiker, die die Einmaligkeit einer Tragödie bezeugen wollen, der schon so viele im Wesenskern gleich geartete

2 Ebenda.

3 SPIEGEL ONLINE, 22. September 2001.

Tragödien vorangegangen waren und der so viele folgen werden? ... Was war, zum Beispiel, in Nagasaki?« Und weiter: »Meine Generation ist an vielen Orten Europas Teilhaber von Tragödien einstürzender Häuser gewesen. Wozu gehörten: verschüttete Männer, Frauen und Kinder – ganz überwiegend unschuldige Zivilisten; zerfetzte Menschen, brennende Menschen, irrsinnig gewordene Menschen, beißender Rauch und Feuersbrünste, von deren Glut man nicht glauben konnte, daß sie noch einmal gelöscht werden würde. Wir waren Teilhaber an schierem Entsetzen. Und im Laufe der Jahre wurden wir Zeitzeugen von niemals endenden Wiederholungen der Tragödien solcher Art anderwärts auf der Welt: in Hanoi beispielsweise statt in Coventry, Warschau oder meiner Heimatstadt; um von ganzen Landstrichen in Vietnam, Kambodscha, Laos nicht zu reden.«⁴

4 Freitag, Nr. 47/2001,
vom 16. November, S. 1.

Es stimmt: Aus solcher Sicht ist der 11. September nicht die Zäsur, die so viele in ihm zu erkennen vermeinen. Aber er bleibt Zäsur, was das Zustandekommen dieser Tragödie betrifft, und vor allem: Er wird Zäsur durch das, was in seiner Folge bereits geschehen ist und weiter geschehen wird.

Zum Beispiel in der deutschen Politik. Da gibt es im sauerländischen Siegen den ›Fall Nolz‹: Der Gesamtschullehrer *Bernhard Nolz* wird suspendiert, weil er es gewagt hatte, auf einer Trauerkundgebung für die Opfer des 11. September Kritik an der Politik der USA zu äußern. In einem ausführlichen Beitrag dazu zitiert Autor *Geert Platner* auch aus der *Schulamtsinformation des Staatlichen Schulamts Prignitz*, also aus einer ganz anderen Gegend der Republik. Dort heißt es in der Ausgabe 06/2001 im Zusammenhang mit Stellungnahmen zum 11. September und seinen Folgen: »Es ist Ihre [der Lehrerinnen und Lehrer] Aufgabe, konsequent die Einschätzung der Landes- und Bundesregierung zu übermitteln. Die Freiheit der Lehrkraft geht keineswegs so weit, die eigene politische Einstellung in die Erziehungsarbeit einzubringen.« *Platner* kommentiert treffend: »Nun verstehen wir die Botschaft des Beamtenrechts: Die ›volle Hingabe‹ gilt dem Bundes- und Landesherrn, die ›geforderte Zurückhaltung‹ den Grundrechten und dem Bildungsauftrag.«⁵

5 Freitag, Nr. 51/2001,
vom 14. Dezember, S. 3.

Wie aber sollen etwa Lehrerinnen und Lehrer selbstbewußt mit ihrem Grundrecht auf Meinungsfreiheit umgehen, wenn auf der obersten Ebene der Politik – im Bundestag – auf eine für die Bundesrepublik präzedenzlose Weise Gleichschritt eingefordert wird? Die Dokumente der Bundestagssitzung vom 16. November 2001 vermitteln einen anschaulichen Eindruck davon, zu welch politischer Belanglosigkeit Diskussion und Widerspruch verkommen können, wenn erst einmal ein Klima geschaffen ist, das einem Ausnahmezustand – und damit einer Situation, in der unbedingter Gehorsam schon fast selbstverständlich wirkt – durchaus nahe kommt.

6 Der vollständige Titel des Antrags lautet »Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Art. 5 des Nordatlantikvertrages sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen« und trägt die Bundestags-Drucksachen-Nr. 14/7296 beziehungsweise 14/7447.

Wobei an diesem 16. November die Demokratie einen doppelten Schaden nahm, denn indem Bundeskanzler *Gerhard Schröder* die Abstimmung über den Regierungsantrag »Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA«⁶ mit der Vertrauensfrage verband, verwischte er das Bild der Haltung zum Krieg gleich zweifach: In der rot-grünen Regierungskoalition stimmten etliche Abgeordnete der Kriegsbeteiligung zu, obwohl ihr ›Ja‹ gar nicht dieser

Frage, sondern der des Fortbestandes der Koalition galt, und CDU/CSU und FDP stimmten geschlossen mit ›Nein‹, obwohl sie mit übergroßer Mehrheit für die Kriegsbeteiligung sind.⁷

Wie sollte unter solchen Bedingungen eine seriöse Debatte stattfinden? Da gibt zur Erläuterung ihres ›Ja‹ in der Abstimmung eine Gruppe von 48 Abgeordneten der SPD – unter ihnen so bekannte Protagonisten eines eigentlich unangepaßten, eigenständigen Denkens wie *Hermann Scheer*, *Klaus Wiesehügel*, *Andrea Nahles* und *Detlev von Larcher* – eine Erklärung⁸ ab, in der die Bundesregierung »aufgefordert« wird, »auf das schnellstmögliche Ende des Bombardements und der Kampfhandlungen hinzuwirken und verstärkt humanitäre Hilfe zu leisten«⁹. Es fällt schwer, in dieser Erklärung mehr zu sehen als nur eine Beschwichtigung des eigenen Gewissens. Denn es ging bei diesem Antrag nun einmal mitnichten um humanitäre Hilfe, und es ging auch nicht um ein Ende der Kampfhandlungen, sondern es ging ganz und gar eindeutig um eine Beteiligung von 3.900 deutschen Soldaten an diesem Krieg – wobei dem gesamten Bundestag vorenthalten wurde (und dieser das mit Ausnahme der PDS auch unwidersprochen hinnahm), in welcher konkreten Weise, an welchem konkreten Ort und in welchem konkreten Zeitraum diese Beteiligung stattfinden soll.

Darüber verlautbarte auch am 22. Dezember nichts, als der Bundestag erneut über einen Einsatz deutscher Soldaten zu befinden hatte. Nunmehr stand zur Debatte der Antrag »Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan«¹⁰. Es wäre eine gute Gelegenheit für die 48 gewesen, doch einmal nachzufragen, in welcher Weise der Bundeskanzler denn in den Wochen seit dem 16. November »auf das schnellstmögliche Ende des Bombardements und der Kampfhandlungen« »hingearbeitet« hatte. Die Realität war doch: Trotz einer mittlerweile in Kabul installierten Übergangsregierung und trotz unaufhörlicher Meldungen darüber, daß die Macht der Taliban endgültig gebrochen sei, setzten die USA ihre Bombenangriffe fort und beteiligten sich mit Spezialtruppen an Kampfhandlungen am Boden. Und Realität war auch: Die USA waren – und sind bis heute – weit davon entfernt, von irgendwem aus dem Anti-Terror-Bündnis Ratschläge entgegen zu nehmen. Ein Nachfragen der 48 gab es jedoch nicht.

Damit wurden auch alle anderen Forderungen der 48 vom 16. November zum wertlosen Stück Papier. Zum Beispiel auch die, wonach »das humanitäre Kriegsvölkerrecht« der »entscheidende Maßstab« sein müsse und darum insbesondere dem Artikel 57 des Zusatzprotokolls der Genfer Konvention von 1949, der bei militärischen Angriffen die Vermeidung von zivilen Opfern zur Pflicht macht, Geltung zu verschaffen sei.¹¹ Auf welche Weise dies geschehen soll? Die 48 »erwarten von Bundeskanzler Schröder, daß er für die Dauer des militärischen Einsatzes seinen Einfluß dahingehend nutzt, die Amerikaner zum zielgenauen Einsatz der Bomben nur auf militärische Ziele und Einrichtungen terroristischer Netzwerke ausschließlich in Afghanistan zu bewegen«¹².

Noch deutlicher drückt sich die Hilflosigkeit kritischen Denkens in der SPD in der Erklärung ihres Abgeordneten *Edelbert Richter* am

7 Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung lautete: Abgegebene Stimmen 662, davon Ja: 336, Nein: 326. Die Nein-Stimmen setzten sich zusammen aus: PDS, CDU/CSU und FDP, dazu die extra wegen dieser Abstimmung aus der SPD-Fraktion ausgeschiedene Christa Lörcher und die vier Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten Annelie Buntenbach, Winfried Hermann, Christian Simmert und Hans-Christian Ströbele, die einer ›Nein‹-Gruppe von ursprünglich acht Abgeordneten zugehörten, deren andere vier aber in gegenseitiger Abstimmung im Interesse des Koalitionserhalts am Ende mit ›Ja‹ stimmten.

8 Es handelt sich hier wie auch bei den im folgenden zitierten Erklärungen von Bundestagsabgeordneten um eine schriftliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

9 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/202.

10 Der vollständige Titel des Antrags lautet: »Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan auf der Grundlage der Resolutionen 1386 (2001), 1383 (2001) und 1378 (2991) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen« und trägt die Bundestags-Drucksachen-Nr. 14/7930.

11 Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/202. In der Erklärung werden die Festlegungen von Artikel 57 des Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention von 1949 noch einmal darge-

stellt: »Art. 57 des Zusatzprotokolls der Genfer Konvention von 1949 besagt: Wer einen Angriff plant oder beschließt, hat alles praktisch Mögliche zu tun, um sicherzugehen, daß die Angriffsziele weder Zivilpersonen noch zivile Objekte sind. Er hat von jedem Angriff Abstand zu nehmen, bei dem damit zu rechnen ist, daß es auch Verluste unter der Zivilbevölkerung oder zur Beschädigung ziviler Objekte kommt, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten oder unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.«

12 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/202.

13 Ebenda.

14 Die Fraktion der PDS brachte in die Plenardebatte am 16. November 2001 mit Datum vom 15. November einen eigenen Entschließungsantrag mit dem Titel »Den internationalen Terrorismus wirksam bekämpfen – den Krieg in Afghanistan beenden« ein, der die Bundestags-Drucksachen-Nr. 14/7500 trägt. In dem elf Punkte umfassenden analytischen Teil des Antrages heißt es unter anderem: »Die Zivilbevölkerung wird immer wieder Opfer der eingesetzten Waffen, darunter auch Streubomben. Immer mehr Menschen sind auf der Flucht. ... Im Zeitalter globaler Information und Kommunikation werden der Weltöffentlichkeit entscheidende Informationen und Wissen vorenthalten. Das betrifft sowohl die Beweislage für die Tatbeteiligung Usama bin Ladins, Al Quidas und der Taliban, die tatsächliche Lage in Afghanistan, das aktuelle Kriegsgeschehen, die Ergebnisse der Diplomatie als

16. November aus: Er sei »der Meinung, daß die zivilen Opfer in der Region schon jetzt jedes hinnehmbare Maß bei weitem übersteigen, daß der Einsatz heimtückischer Waffen wie Streubomben nicht nur jetzt unschuldiges Leben grausam tötet, sondern auch in der Zukunft für lange Zeit unverantwortliche Risiken für die Zivilbevölkerung mit sich bringt, daß in keiner Weise erkennbar ist, wie die völkerrechtlich legitimen Ziele, die angestrebt werden, durch die gegenwärtigen Militärmaßnahmen erreicht werden können, daß mit dem Krieg wahrscheinlich nicht nur der Terror bekämpft werden soll, sondern zugleich geopolitische Interessen in der Region wahrgenommen werden, daß die Militärmaßnahmen immer mehr Menschen einem gewaltbereiten Islamismus zutreiben und die Entwicklung eines friedlichen Zusammenlebens der Regionen zunehmend erschweren, daß sie die Gefahr zukünftiger terroristischer Gewaltakte eher erhöhen als vermindern und daß sie nicht dazu beitragen, durch die Verhinderung von Armut und Ungerechtigkeit den Nährboden für Fanatismus und Gewaltbereitschaft auszutrocknen«¹³.

Das ist eine in der Kompaktheit der Argumente kaum zu überbietende und im Parlament sonst nur von der PDS vorgetragene Darstellung von Gründen, vehement gegen den Krieg und die deutsche Beteiligung an ihm zu stimmen.¹⁴ Aber *Richter* stimmte trotz allem mit »Ja«. Und begründete das damit, daß er »der Bundesregierung [zutraut], gemeinsam mit den anderen Regierungen der Europäischen Union alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Regierung der USA von willkürlicher Hegemonialpolitik abzubringen und zur Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts zu bewegen«¹⁵.

Bundeswehr unkontrolliert ›im Einsatz‹

Auch bei der Abstimmung am 22. Dezember stimmte *Edelbert Richter* wie fast seine gesamte Fraktion wieder mit »Ja«.¹⁶ Und das, obwohl – wie er gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen *Heinz Schmidt* in einer neuerlichen Erklärung feststellte – »dem Parlament für seine Entscheidung wesentliche Informationsgrundlagen [fehlen]«. Und zwar Informationen über »die tatsächliche militärische Lage und die strategischen Planungen der von den USA geführten Aktion ›Enduring Freedom‹«, weiter über »die Kräfteverhältnisse der afghanischen Kriegsparteien« und schließlich über »die humanitäre Situation, das Ausmaß an zivilen Opfern und Zerstörungen der Infrastruktur«¹⁷.

Ob und auch ein weiterer wesentlicher Zusammenhang vermochte – obwohl deutlich benannt – am »Ja« *Richters* und *Schmidts* nichts zu ändern: »Der deutsche Beitrag«, stellten sie in ihrer Erklärung fest, »steht in dem Widerspruch, einerseits in ›uneingeschränkter Solidarität‹ an ›Enduring Freedom‹ als Konfliktpartei in Afghanistan beteiligt zu sein und gleichzeitig mit dem Ruf des unbeteiligten Neutralen in Kabul und Umgebung schlichtend und beruhigend einen Friedensprozess sichern zu sollen«¹⁸.

Dies ist in der Tat zu einem »Markenzeichen« der Parlamentsdebatten um die Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen im Ausland geworden: Das Parlament nimmt seine Rechte auf Information und Kontrolle nur sehr eingeschränkt wahr. Selbst die einfachste der von der PDS am 22. Dezember gestellten Fragen – wo sich denn die am

16. November vom Bundestag zur Beteiligung an »Enduring Freedom« beschlossenen Bundeswehrkontingente derzeit befänden – wurde nicht beantwortet, und auf die Gefahr einer Vermischung der Aufgaben der am 16. November und am 22. Dezember beschlossenen Kontingente wurde gar nicht eingegangen. Der Mythos von der Notwendigkeit absoluter Geheimhaltung hat sich bereits so vieler Abgeordneter bemächtigt, daß sie bereit sind, dafür buchstäblich jeden Preis zu zahlen.

Dabei trafen *Richter* und *Schmidt* doch am 22. Dezember den Nagel auf den Kopf, wenn sie in ihrer Erklärung feststellten, daß sich offensichtlich »die bisherigen politischen, geheimdienstlichen, polizeilichen und diplomatischen Fehler, die es schon bei der Verfolgung Bin Ladins und seiner Helfer gab, fortsetzen« und »ignoriert [wird], daß der Charakter krimineller terroristischer Netze gerade nicht vorrangig in Form militärischer harter Ziele besteht, sondern in Form militärisch unangreifbarer Verbindungen«¹⁹. Trotzdem verhält sich die übergroße Mehrheit des Parlaments genau so, wie das zu »richtiger« Kriegsbeteiligung gehört. Und entmachtet sich damit selbst.

Wobei es in allen Fraktionen Stimmen gibt, die vor diesem Kurs warnen – nur: Wie öffentlich ist das? Wieviel Medienaufmerksamkeit finden sie damit?

So erklärte der mit »Nein« stimmende FDP-Abgeordnete *Jürgen Koppelin*, daß für ihn »auch nach dem Beschluß des UN-Sicherheitsrates die Aufgaben der Bundeswehr bei einem Einsatz in Afghanistan« sowie »die Zeitdauer« dieses Einsatzes »im Unklaren« blieben. Ebenso »unklar« sei, »welche Rolle die USA bei einem Einsatz der Bundeswehr übernehmen«, und »ob die USA weitere Militärschläge in Afghanistan beabsichtigen«, und schließlich sehe er »mit Sorge«, »dass der Deutsche Bundestag im Unklaren gelassen wird, wer nach einem dreimonatigen Einsatz in Afghanistan das Kommando über den Einsatz übernimmt«²⁰.

Ihre Stimmenthaltung am 22. Dezember begründeten die Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten *Winfried Hermann*, *Annelie Buntenbach*, *Steffi Lemke* und *Monika Knoche* zusammengefaßt mit Überlegungen zum Sinn des UN-Mandats überhaupt: »So sehr auch wir den Menschen in Afghanistan den Frieden wünschen, so bleiben doch erhebliche Bedenken am Zustandekommen wie auch am Friedenswert des Mandats selbst. ... Einer Truppenentsendung in ein hochriskantes Umfeld, in einen instabilen politischen Kontext, der zwischen Krieg und Frieden pendelt, mit einem teilweise unpräzisen und eher symbolischen Mandat, können wir nicht zustimmen.«²¹

Und auch *Helmut Rauber* von der CDU/CSU-Fraktion begründete seine Stimmenthaltung mit grundsätzlichen Zweifeln am Sinn dieses Mandats: »Die Warlords sind an einer Präsenz der UN, die ihre Kreise stört, nicht interessiert. Wir dürfen nicht übersehen, daß es die Nordallianz war, die dieses Land zwischen 1992 und 1996 ruinierte, und daß das dazu führte, daß die Taliban, die »law and order« brachten, als Befreier begrüßt wurden. Jetzt sind wir dabei, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. ... Daß Deutschland seine Verpflichtungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus erbringen muß, ist unstrittig. Wo bei diesem Mandat dieser Beitrag aber konkret liegt, ist schwer zu erkennen.«²²

auch die Planungen im weiteren Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus. ... Es droht eine Ausweitung der Kriegshandlungen auf weitere Länder und damit eine Verschärfung der Konfrontation sowie eine unüberschaubare und unkontrollierbare Eskalation, die eine Destabilisierung weit über die islamische Welt hinaus zur Folge haben könnte.«

15 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/202.

16 Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung lautete diesmal: Abgegebene Stimmen 581, davon Ja: 538, Nein: 35, Enthaltung: 8. Die Nein-Stimmen waren die der PDS-Fraktion ohne Manfred Müller (Enthaltung), Gudrun Roos (SPD), Wolf Bauer, Wolfgang Börsen (beide CDU/CSU), Jürgen Koppelin (FDP) und Christa Lörcher (fraktionslos). Der Stimme enthielten sich außer Manfred Müller auch Uwe Jens, René Röspel (beide SPD), Helmut Rauber (CDU/CSU) sowie Annelie Buntenbach, Winfried Hermann, Monika Knoche und Steffi Lemke (alle Bündnis 90/Die Grünen).

17 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/210.

18 Ebenda.

19 Ebenda. Im weiteren erklärten Edelbert Richter und Heinz Schmidt auch: »Unsere Zweifel an der Sinnhaftigkeit, Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit des bisherigen Verlaufs der amerikanischen Aktion sind auf der Grundlage der allgemein angenommenen Informationen eher gestiegen. Die Bombardierung eines ganzen Landes mit Tausenden

ziviler Opfer zur Bekämpfung eines terroristischen Netzwerkes und der sie stützenden politischen Struktur war weder angemessen noch wirksam im Sinne der Belangung der Hauptverantwortlichen und der Vermeidung der Gefahr weiterer Anschläge.«

20 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/210.

21 Ebenda. Im weiteren erklärten Winfried Hermann, Annelie Buntenbach, Steffi Lemke und Monika Knoche auch: »Voraussetzung des Mandats ist der Krieg der USA zusammen mit Großbritannien unter dem Titel ›Enduring Freedom‹ gegen den Internationalen Terrorismus, vor allem das al-Qaida-Netzwerk Usama bin Ladins, das Talibanregime sowie das Land Afghanistan. Dabei wurde die Tötung vieler Menschen, auch unschuldiger Opfer billigend in Kauf genommen. ... Mit aktiver Unterstützung durch militärische Kräfte in Afghanistan, vor allem mit Hilfe der in demokratischer und menschenrechtlicher Hinsicht fragwürdigen Nordallianz, wurde das Land zurückerobert. Usama bin Ladin, der mutmaßliche Hauptverantwortliche terroristischer Anschläge, ist bisher allerdings nicht gefunden worden. Das anfängliche Kriegsziel ist damit verfehlt. Ebensowenig kann mit den groben Militärschlägen in Afghanistan das Problem des internationalen Terrorismus gelöst werden. Die Gefahr ist groß, daß Terroristen nur vertrieben und unfreiwillig neue Sympathisanten gefördert wurden. ... Während die Sicherheitsmission ihre Arbeit beginnt, führen die USA weiter Krieg und gefährden damit das Ziel dieser Mis-

Argumente über Argumente! Natürlich aus unterschiedlicher Position heraus entwickelt, natürlich unterschiedlich begründet – aber alle dazu verdammt, ins vollständig Marginale abzurutschen. Die von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* im September verkündete »uneingeschränkte Solidarität« mit den USA hat den Bundestag verändert. Entscheidungen von größter historischer Tragweite, wie sie der Einsatz der Bundeswehr im Ausland zweifellos darstellt, werden im Schnellverfahren ›durchgezogen‹. Es geht um die Zukunft des ganzen Landes – und doch ist niemand auf die Idee gekommen, ähnlich wie etwa in der Debatte zur Gentechnik, dem Bundestag einen ganzen Tag fraktionszwangsfreier Diskussion einzuräumen. So geschieht, was der schon zitierte FDP-Abgeordnete *Jürgen Koppelin* am 22. Dezember »mit innerer Betroffenheit« konstatierte: »daß Auslandseinsätze der Bundeswehr fast zu einer Routinenangelegenheit werden«²³.

Friedensbewegung zerstreut und unentschlossen

Der Selbstentmächtigung des obersten Parlaments der Republik kann nur dann Einhalt geboten werden, wenn die Wählerinnen und Wähler selbst sich ihr widersetzen. Haben sie ein wirkliches Interesse daran, daß sich die Ablehnung des Krieges und der deutschen Beteiligung an ihm, wie sie nach wie vor von zwischen einem Drittel und der Hälfte der deutschen Bevölkerung vertreten wird, in den Entscheidungen des Deutschen Bundestages widerspiegelt? Oder unterliegen sie dem gleichen Sog, den der Bundeskanzler am 16. November durch die Verknüpfung der Entscheidung über die deutsche Kriegsbeteiligung mit der Vertrauensfrage geschaffen hat? Diese Verknüpfung war ja insofern ganz und gar konsequent, als der Kanzler damit deutlich gemacht hat, daß er und all seine übrige Politik eben nur mit diesem ›Ja‹ zur deutschen Kriegsbeteiligung zu haben sind. Ein ›Entweder-Oder‹ gibt es nicht. Das ›Ja‹ zur Kriegsbeteiligung ist für *Gerhard Schröder* Bestandteil des außenpolitischen Gesamtkurses, und die mit diesem ›Ja‹ verbundene Dominanz des Militärischen in der Außenpolitik, wie sie mit dem ›Ja‹ zur Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999 und dem ›Ja‹ zur Führungsrolle der Bundeswehr beim Truppeneinsatz in Mazedonien im Frühjahr 2001 schon allmählich ausgeprägt wurde, ist darum kein Zufall, sondern Programm.

Wie aber soll und kann sich solches Widersetzen organisieren? Zu den vielen ›klassischen‹ Hindernissen für außerparlamentarische Opposition wie strukturelle Schwäche, chronischer Finanzmangel und nur marginale Würdigung durch die dem ›Zeitgeist‹ anhängigen und ihn mitbestimmenden großen Medien kommen heute einige wesentliche inhaltliche hinzu.

Und die haben vor allem damit zu tun, daß der 11. September eben doch ein tiefe Zäsur darstellt – was sich auch und nicht zuletzt darin ausdrückt, daß er noch immer weitgehend unverarbeitet ist.

An diesem Zustand hat die Antwort ›Krieg‹, die die USA seit dem 7. Oktober 2001 praktizieren, natürlich mittlerweile einen großen eigenen Anteil. Denn dieser Krieg hat längst seine eigene Logik entwickelt. Es sind nun, obwohl doch zunächst als völlig ausgemacht schien, daß der Bedrohung durch den Terrorismus mit herkömmli-

chem Krieg nicht beizukommen sein würde, nicht nur alle für einen herkömmlichen Krieg typischen militärischen Instrumentarien wieder in Gang gesetzt worden, sondern es entwickeln sich auch in der Öffentlichkeit alle für einen herkömmlichen Krieg typischen Bilder und Verhaltensmuster. Krieg als scheinbar alternativlose Normalität und Alltag – damit wird die Suche nach alternativen Antworten, für die eine gründliche Verarbeitung des Geschehenen unabdingbare Voraussetzung ist, immer schwieriger.

Das spürt die PDS, die als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien sowohl am 16. November gegen die deutsche Beteiligung am Krieg wie auch am 22. Dezember gegen die deutsche Beteiligung an der UN-mandatierten Schutztruppe stimmte und dies auf Grundsätze wie »Krieg ist die falsche Antwort auf den Terror« und »Der Kampf gegen den Terrorismus ist gewinnbar, ein Krieg jedoch nie« stützte, besonders stark.

Sie spürt zum einen, wie ihre Anti-Kriegs-Haltung in den Kontext ihres Platzes in der deutschen Vergangenheit und Gegenwart insgesamt gestellt wird. Zweifellos: Das Umfrage-Hoch, in dem sie sich nach einem kurzen tiefen Absturz unmittelbar nach dem 11. September heute ziemlich stabil befindet – die aktuellen »Sonntagsfrage«-Ergebnisse weisen bundesweit beständig zwischen sechs und acht Prozent aus –, ist wesentlich durch diese Anti-Kriegs-Haltung getragen, und auch das die eigenen Erwartungen deutlich übertreffende Abschneiden bei den Abgeordnetenhauswahlen am 21. Oktober in Berlin und den Bürgermeisterwahlen im Dezember 2001 in Brandenburg hat viel mit dieser Haltung zu tun. Es ist hier wohl tatsächlich eine Brücke gebaut worden sowohl zur eingangs erwähnten Anti-Kriegs-Haltung derjenigen, die Krieg aus eigener Erfahrung heraus ablehnen, wie auch zum Friedenswunsch und -engagement der jüngeren Generation. Aber auch die sechs bis acht Prozent sind nur ein kleiner Teil derer, die sich insgesamt gegen den Krieg wenden, und natürlich muß sie sich darum die Frage stellen: Was hindert die anderen an Zustimmung zur PDS?

Und dabei kommt sie neben vielem anderen natürlich auch auf die ihr immer wieder gestellte Frage, welche eigenen Konzepte zur Friedenssicherung sie denn anzubieten habe.

Die dazu bisher angestellten Überlegungen reichen ganz bestimmt noch nicht aus – aber sie sind viel umfangreicher und aussagekräftiger, als im allgemeinen von den Medien kommuniziert wird. Es hat sich – und das drückt sich im Medienbild sehr eindeutig aus – trotz allgemeiner Verunsicherung hinsichtlich des im Kampf gegen den Terrorismus Notwendigen im Zuge der »uneingeschränkten Solidarität« insgesamt eine Stimmung verfestigt, in der das von den USA praktizierte Handeln automatisch positiv im Sinne von »Die tun wenigstens etwas« interpretiert wird, und wer dieses Handeln – eben den Krieg – für falsch hält und sich folgerichtig an ihm nicht beteiligen, sondern anders handeln will, wird rasch mit dem Verdikt »Die wollen nichts tun« belegt. Aus dieser Ecke heraus zu kommen, ist für die PDS wie auch für alle außerhalb des Parlaments aktiven Anti-Kriegs-Kräfte schwierige Aufgabe.

Aber noch einmal: Das heißt überhaupt nicht, daß bisher so gar nichts an Vorschlägen vorläge. Im Antrag der PDS vom 15. Novem-

sion, weitere Menschenleben und den Friedensprozess.«

22 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/210.

23 Ebenda.

ber 2001 werden sechs zum Krieg alternative Handlungsfelder aufgemacht und durch jeweils vier bis sechs Detailvorschläge unteretzt. Diese Handlungsfelder lauten:

Erstens den Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit zivilen, nichtkriegerischen Mitteln zu führen. Das heißt unter anderem: sofortige Einstellung des Krieges; bei den Anstrengungen zur Bildung einer neuen Regierung Unterstützung der demokratischen Opposition inner- und außerhalb Afghanistans; mit dieser Regierung gemeinsam Entwicklung von Vereinbarungen zur Unterbindung des Drogen- und Waffenhandels und zur wirksamen Bekämpfung der Logistik des Terrors sowie zum umfassenden Wiederaufbau Afghanistans; politische Bearbeitung des Afghanistan-Konflikts unter direkter Verantwortung der UNO; Herbeiführung einer regionalen Friedenskonferenz; Verhinderung einer Ausweitung des Krieges auf andere Staaten.

Zweitens die rechtlichen Grundlagen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu stärken. Das heißt unter anderem: Verwirklichung der bereits zwölf in Kraft befindlichen Übereinkommen zum Kampf gegen den Terrorismus und des Bio- und Chemiewaffenabkommens; Erarbeitung einer rechtsverbindlichen Definition des internationalen Terrorismus; Ratifizierung des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs durch die Staaten, die das bisher noch nicht getan haben – insbesondere die USA, China und Indien –; Schaffung eines internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshofs für die Verantwortlichen des 11. September.

Drittens Beiträge zur Stärkung, zur Reformierung und zum Ausbau der Vereinten Nationen zu leisten, damit diese zum zentralen Instrument der Bekämpfung des internationalen Terrorismus werden und auf längere Sicht die weltweite Dominanz eines Staates beziehungsweise einer kleinen Gruppe von Industriestaaten eingeschränkt werden kann.

Viertens neue Abrüstungsinitiativen zu fördern und sich für eine Entmilitarisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen, für eine Politik der friedlichen Krisenvorbeugung einzusetzen.

Fünftens durch Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit, aktive Menschenrechtspolitik und intensiverte Armutsbekämpfung krisenpräventiv und konfliktlösend zu wirken, eigenständige Entwicklung zu fördern und damit dem internationalen Terrorismus den Nährboden entziehen.

Sechstens besonderes Gewicht auf die Lösung des Nahost-Konflikts zu legen, weil dieser permanente Krisenherd für die Reproduktion und Verankerung des internationalen Terrorismus eine entscheidende Rolle spielt.²⁴

Mit all diesen Vorschlägen befindet sich die PDS nicht so sehr in parlamentarischer Isolierung, wie meist gemutmaßt wird. In seiner bereits weiter oben zitierten Erklärung vom 22. Dezember stellt zum Beispiel der CDU-Abgeordnete *Helmut Rauber* fest: »Es paßt nicht zusammen, wenn der Entwicklungshilfeetat, der eigentlich steigen müßte, um rund 100 Millionen Euro gekürzt wird und im nächsten Jahr nominell und prozentual unter dem liegt, was die Regierung Kohl ausgegeben hat. ... Der militärische Beitrag kostet die Bundesregierung rund 700 Millionen DM, was fast 10 Prozent des Ent-

24 Vgl. Antrag der Fraktion der PDS »Den internationalen Terrorismus wirksam bekämpfen – den Krieg in Afghanistan beenden« vom 15.11.2001, a. a. O.

wicklungshilfe ausmacht. Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis.«²⁵ Für *Jürgen Koppelin* von der FDP stellt sich mit Blick auf die Dominanz des Westens in der UN-mandatierten Sicherheitstruppe die Frage, »warum sich andere Staaten wie Indonesien, Thailand oder Ägypten nicht an diesem Einsatz beteiligen oder warum sie nicht dazu aufgefordert worden sind«²⁶. Und *Uwe Jens* von der SPD-Fraktion begründete seine Stimmhaltung am 22. Dezember unter anderem damit, daß »auch diese Entscheidung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ... nicht nachhaltig durch die Idee des Multilateralismus geprägt« sei. »Der Extraweg der US-Amerikaner«, erklärte er weiter, »die in Krisenfällen das Oberkommando behalten, zeigt sich in der einseitigen Kündigung des ABM-Vertrages, in der Verweigerung der Zustimmung zur Biowaffen-Konvention, in der Ablehnung von UNO-Beobachtern in Palästina und unter anderem in der bisherigen Nichtunterzeichnung eines Vertrages über die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes. Meines Erachtens müssen wir jetzt die Weichen stellen für eine neue Weltordnung, die von der Gleichberechtigung aller Staaten ausgeht, unabhängig von ihrer Größe und dem Entwicklungsstand.«²⁷

Genau das ist die Frage: Jetzt – und nicht irgendwann – müssen die Weichen gestellt werden. Die USA stellen sie nachdrücklich auf ihre Weise, und mit jedem ihrer dabei unternommenen Schritte wird ein Gegensteuern schwieriger. Zumal die Kräfte einer solchen Gegensteuerung bisher weder in Deutschland noch in Europa zusammenfinden.

Nun sieht sich die PDS in ihren Anstrengungen um ein Zusammenwirken mit anderen auch immer wieder vor die Frage gestellt, ob sie denn ihre Vorschläge auch wirklich mit dem notwendigen Realitätsbezug entwickelt habe oder nicht einfach nur einem ›anti-amerikanischen Reflex‹ folge, und gewiß bleibt für die Beantwortung dieser Frage noch manches zu tun. Aber bereits Geleistetes darf auch nicht ausgeblendet werden. Beiträge wie der des seit vielen Jahren zum Beraterstab der PDS-Spitze zählenden Politikanalytikers *Thomas Falkner* *Einen neuartigen Krieg politisch und zivilisiert gewinnen*, erschienen im Novemberheft 2001 in der PDS-Mitgliederzeitschrift *Disput*²⁸, vermitteln einen sehr aussagekräftigen Eindruck vom intensiven Ringen um bessere und auch mehrheitsfähige Antworten, und sie machen zugleich deutlich, daß dabei durchaus unterschiedliche Positionen aufeinandertreffen. Nicht zufällig bringt sich *Falkner* schon mit der Überschrift seines Beitrages in Widerspruch zum in der PDS oft wiederholten Grundsatz »Der Kampf gegen den Terrorismus kann gewonnen werden, der Krieg nie«, und auch im Text macht er Denkfelder auf, auf denen ganz zweifellos weitere Arbeit zu leisten ist. Zum Beispiel mit der Formulierung: »Was am 11. September geschehen ist, ist einer kriegerischen Handlung, ist kriegerischen Terrorangriffen ähnlicher als dem Terroranschlag auf das World Trade Center von Anfang der 90er Jahre oder jeder x-bliebigem Flugzeugentführung. ... Theoretisch mögen Kriege per definitionem das Verhalten von Staaten sein – aber hier stellt das Leben andere Fragen.« Am Ende seines Aufsatzes stellt *Falkner* fest: »Dieser Krieg« – den die USA in Afghanistan führen und auf andere Länder auszudehnen vorhaben – »ist keine Antwort, er gehört auf

25 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/210. Rauber erklärte des weiteren auch: »Was aber eingefordert werden muss, sind Mindestbedingungen, die sich an den vitalen Interessen Deutschlands ebenso zu orientieren haben wie an einer klaren politischen Konzeption einschließlich einer Exit-Strategie mit einem zeitlichen und finanziellen Rahmen. Wer sich aus Gründen einer Friedensschaffung und Friedenssicherung in Afghanistan engagiert, der muss schon schlüssig die Frage beantworten, warum dann nicht im Nahen Osten, in Kaschmir, in Indonesien, in Angola, in Ruanda, im Sudan, im Kongo, in Sri Lanka usw.«

26 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/210.

27 Ebenda.

28 Vgl. *Disput*, Heft 11/2001, S. 13-15.

29 Ebenda.

der Stelle und dauerhaft beendet. Zurück zum Primat der Politik – das ist auch in diesem Kontext die richtige Antwort!«²⁹ Damit unterstützt er das Abstimmungsverhalten der PDS-Fraktion am 16. November und am 22. Dezember und leistet zugleich ein Plädoyer für fortgesetzte Gedankenarbeit, für gründliche Prüfung der Umstände und gegen das Sich-Einrichten in »ewigen Wahrheiten«.

Es ist an der Zeit, daß diejenigen, die nach einer Alternative zum Krieg suchen, ihre offensichtlich existierenden Kommunikations-hemmungen überwinden. Im Parlament und außerhalb. Der SPD-Abgeordnete *Uwe Jens* ist eben nicht allein mit seiner Auffassung: »Der Beginn des 21. Jahrhunderts kann Angst bereiten. ... Nach allem, was bisher getan worden ist, ist die Ausweitung des Krieges auf andere Länder, insbesondere auf Somalia und/oder den Irak ... nicht unwahrscheinlich. Das Erste, was in diesen Zeiten schnell zerstört wird, ist das Bemühen um Wahrheit. Eine Ausweitung der Terrorismusbekämpfung mit militärischen Mitteln auf andere muslimische Staaten würde die weltweite Unsicherheit, die Gefahren eines Weltbrandes deutlich steigern.«³⁰ Und es ist natürlich höchst bedenkenswert, wenn *Gerald Häfner* von Bündnis 90/Die Grünen am 16. November trotz Zustimmung zum Antrag der Bundesregierung in einer Erklärung formuliert: »Deutschland gehört wie kaum ein anderes Land zu den glaubwürdigen Akteuren präventiven Krisenmanagements, ziviler Konfliktbearbeitung und friedlicher, demokratischer Veränderungen auf dem Planeten. Diese Kernkompetenz im »Kampf gegen den Terrorismus« anzubieten – zum Beispiel in Form eines festen, verbindlich organisierten Dialogs zwischen Christentum und Islam –, wäre ein großartiger und unverzichtbarer Beitrag gewesen, den die Deutschen in diese »Allianz gegen den Terror« hätten einbringen können.«³¹

30 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/210.

31 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/202.

Krieg ist wieder die Hauptsorge der Menschen

»Die Terroranschläge in den USA haben Krieg und Unruhen mit religiösem Hintergrund ganz nach oben auf die Sorgen-Liste der Deutschen getrieben. 62 Prozent der Bundesbürger sehen darin die größte Gefährdung der Zukunft«, schreibt die *Berliner Morgenpost* am 29. Dezember 2001 unter Berufung auf eine Emnid-Umfrage. Das Wahljahr 2002 wird zeigen, wie ernst die Parteien diese Hauptsorge der Menschen nehmen.

Diejenigen, die nach Alternativen zum Krieg suchen, müssen der Versuchung widerstehen, vor den mit dem Krieg bereits geschaffenen neuen Bedingungen zu kapitulieren. Sie müssen zweierlei leisten: Sich der entstandenen Situation nicht verweigern und zugleich die Kraft haben, mit ihren Konzepten und Vorschlägen immer wieder an den Ausgangspunkt der Krise – zum 11. September also – zurück zu kehren. Denn *Erich Kuby* hat recht: »Einen Beweis, daß dort« – gemeint ist: bei den Taliban in Afghanistan – »der 11. 9. 2001 ausgebrütet worden ist, gibt es nicht.«³²

32 Freitag, Nr. 51/2001, vom 14. Dezember, S. 4.

NORBERT REUTER

Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie

Ökologie versus Ökonomie

Ökonomie und Ökologie stehen sich traditionell weitgehend antagonistisch gegenüber, was auf die jeweiligen wirtschaftspolitischen Implikationen der zugrundeliegenden Ansätze zurückzuführen ist: Während die Ökonomie zur Lösung wirtschaftlicher Probleme wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Finanzierungsprobleme des Sozialstaats etc. in aller Regel ein höheres Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) anstrebt und in der Formulierung der Bedingungen eines maximal erreichbaren Wachstums die zentrale ökonomische Aufgabe erkennt, sehen ökologisch fundierte Ansätze in genau diesem Wachstum das eigentliche Problem. In dem vielbeachteten Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit aus dem Jahr 1972 wurde die wachstumskritische Sichtweise zunächst mit der begrenzten Ressourcenverfügbarkeit begründet (vgl. Meadows/Meadows/Zahn/Milling 1972). Das Problem binnen weniger Generationen zur Neige gehender Ressourcen trat aber bereits wenige Zeit später einerseits wegen der systematischen Unterschätzung vorhandener natürlicher Rohstoffvorkommen und andererseits wegen schneller als prognostiziert eintretender ›neuer‹ ökologischer Grenzen des Wachstums wieder in den Hintergrund. Es erwies sich, daß die durch den weltweiten Industrialisierungs- und Wachstumsprozeß verursachten Schadstoffeinträge in die Umwelt die Regenerationsfähigkeit ökologischer Kreisläufe schneller als erwartet überforderten, so daß sich lange vor der Erschöpfung nicht-regenerierbarer Rohstoffe eine ökologische Katastrophe abzuzeichnen begann, die, sollten die weltweiten wirtschaftlichen Aktivitäten ungehemmt weiterlaufen, die Erde schnell unbewohnbar machen würde (vgl. Meadows/Meadows/Randers 1993). Indikatoren dieser die ›alten‹ gewissermaßen überholenden ›neuen‹ ökologischen Grenzen des Wachstums sind die miteinander zusammenhängenden Phänomene von Ozonloch, globaler Erwärmung und Anstieg des Meeresspiegels infolge des Abschmelzens der polaren Eismassen.

Zeitweise schien trotz dieser ökologisch definierten Wachstumsgrenzen eine Versöhnung von Ökologie und Ökonomie erreichbar. Das Paradigma des sogenannten »nachhaltigen Wachstums« (sustainable development) steht für einen Wachstumstyp, der eine kontinuierliche Steigerung des BIP ohne eine entsprechende Erhöhung des Ressourceninputs und ohne eine steigende Inanspruchnahme der Senken¹ erlaubt. Dies sollte über »Effizienzsteigerungen, Einsparmaßnahmen, Recyclingverfahren, Umweltinnovationen und ökolo-



Norbert Reuter – Jg. 1960; Privatdozent, Dr. rer. pol., studierte Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaft an der Rheinisch Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und der University of York/GB, ist zur Zeit Oberassistent am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der RWTH Aachen, und Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Veröffentlichungen zur institutionellen Ökonomik, Arbeitsmarktpolitik, Wachstumstheorie und wirtschaftlichen Entwicklung von Industriegesellschaften, u. a.: »Ökonomik der ›Langen Frist‹. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften« (Marburg 2000)
Foto: privat

1 Mit ›Senke‹ wird die Endstation der Material- und Energieflüsse in einem System bezeichnet. Für täglich benutzte Materialien ist dies zum Beispiel die Müllhalde, für bei der Verbrennung entstehende Abgase ist es die Atmosphäre etc.

gische Modernisierung« (Bartmann 1999: 401) erreicht werden. Unabhängig von der Frage, ob weiteres Wachstum mit einer bestimmten Wachstumsrate tatsächlich ohne einen Anstieg des Ressourcenverbrauchs und ohne eine zunehmende Belastung der Senken möglich ist, zeigte sich recht bald, daß diese Maßnahmen in keinem Fall ausreichen würden, den Verbrauch von Ressourcen und den Ausstoß von Emissionen in den Industrieländern so zu reduzieren, daß der drohende ökologische Kollaps verhindert werden könnte. Hierfür müßte der Ressourcenverbrauch und der Emissionenausstoß in den Industrieländern in den kommenden fünf Dekaden nämlich nicht nur konstant gehalten, sondern um rund 80 Prozent vermindert werden (vgl. Sachs 1994; BUND/Misereor 1996: 80). Derartige Erfolge sind aber völlig ausgeschlossen, wenn dauerhafte Wachstumsbeschleunigung (nichts anderes bedeuten konstante Wachstumsraten) weiterhin oberstes Ziel der Ökonomie bleibt. Bereits bei einem Wirtschaftswachstum von nur zwei Prozent pro Jahr müßten technische Effizienzgewinne (also die Reduzierung des Rohstoff- und Energieverbrauchs je produzierter BIP-Einheit) in den nächsten 50 Jahren um den Faktor 25 steigen, was selbst einer noch so ambitioniert vorangetriebenen ›Effizienzrevolution‹ nicht gelingen kann.

Vor diesem Problemhintergrund hat die ökologisch fundierte Wachstumskritik, die für ein begrenztes Wachstum eintritt, an Gewicht gewonnen. Exponentielles Wirtschaftswachstum, also konstante Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum hinweg, ist demnach auch mit einer noch so ›qualitativen‹ Ausrichtung nicht mit ökologischen Anforderungen vereinbar, die irenische Formel eines ›nachhaltigen Wachstums‹ Illusion (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1999: 126-129).

Einer der prominentesten Vertreter der ökologischen Ökonomie, *Herman E. Daly* (1991; 1996), plädiert aus diesem Grunde für eine »steady state economy« mit konstantem Durchsatz (throughput) von Stoffen und Energie, ein Ziel, das für ihn letztlich nur mit Nullwachstum, also im langfristigen Trend gleichbleibendem BIP auf bereits erreichtem hohen Niveau in den Industrieländern, erreichbar ist. *Daly* (1987; 1996: 31 ff.) begründet seine Forderungen mit biophysikalischen Gesetzmäßigkeiten, die dem umwelttechnischen Fortschritt und angestrebten ›Effizienzrevolutionen‹ prinzipielle Grenzen setzen. Nur in einer weitgehend stationären Wirtschaft erscheint eine Anpassung der gesamtwirtschaftlichen Material- und Energieströme an die begrenzte Kapazität der Senken möglich.

Die gegenwärtige Diskussion im Rahmen der ökologischen Ökonomie ist daher von der Überzeugung getragen, daß der Dynamik des Wirtschaftswachstums exogene Grenzen gesetzt werden müssen, um die ökologischen Bedingungen auf unserem Planeten so zu erhalten, daß (menschliches) Leben auch in Zukunft möglich ist. Aus diesem Grunde gibt es eine breite Diskussion um notwendige »ökologische Leitplanken« (Hinterberger 1998; Priewe 1999), die die wirtschaftliche Entwicklung in eine ökologisch akzeptable Richtung lenken sollen. Ein Ansatz in dem Zusammenhang beruht darauf, daß, wie in der monetaristischen Theorie die Bundesbank die zukünftige Geldmenge festlegt, der Staat den Ressourcen-Input und die Menge an zulässigen Schadstoffen vorab definiert, in dessen Rahmen dann die

Wirtschaft wachsen kann, dieser also nach Maßgabe der technischen Entwicklung (Steigerung der Ressourceneffizienz, Verbesserung von Filtertechniken etc.) Expansionsgrenzen exogener Art gezogen werden.

Die ökologische Ökonomik geht damit von der Annahme aus, daß ohne derartige exogene Grenzen die Wirtschaft einen dynamischen, deshalb umwelt- und ressourcenzerstörenden Wachstumskurs beschreiben würde. Damit übernimmt sie allerdings die Perspektive, die weite Teile der von ihr sonst kritisierten Mainstream-Ökonomik teilen, nämlich die Vorstellung eines ›normalen‹ Wachstums, das sich durch konstante Wachstumsraten auszeichne. Wie hoch auch immer die ›normale‹ Wachstumsrate angesetzt wird – Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts ging der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung noch von einem ›normalen‹ Wachstum von sechs Prozent im Jahr aus, das zum Maßstab einer erfolgreichen oder weniger erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung genommen wurde –, entscheidend ist die Unterstellung, daß das Wachstum in der realen Welt sich mittels einer Exponentialfunktion abbilden lasse, das ›normale‹ BIP also mit ständig wachsenden absoluten Beträgen pro Jahr zunehmen müsse. Gerade weil dieses ›*Denken in Wachstumsraten*‹ im Zusammenhang mit der Beurteilung wirtschaftlicher Entwicklungen eine derartige Bedeutung erlangt hat, es alle Kriterien einer Denkgeohnheit (Institution) erfüllt, die nicht mehr hinterfragt wird, ist nach dem empirischen Gehalt dieser Annahme zu fragen.

Die Tatsache, daß heutige Industrieländer auf eine einmalig lange Entwicklungsepoche von über fünf Dekaden zurückblicken können, die nicht durch Kriege oder sonstige makroökonomisch sich auswirkende exogene Ereignisse unterbrochen wurden, ermöglicht eine Darstellung, Analyse und Vergleich langfristiger Wachstumsverläufe und damit die Beantwortung der – bislang nicht gestellten, geschweige denn beantworteten – Frage, ob die für viele ökonomische Sachverhalte entscheidende Hintergrundannahme, exponentielles Wachstum sei der ›Normalfall‹ des industriellen Entwicklungstyps, durch die Empirie bestätigt wird. Da der Wachstumsverlauf der deutschen Wirtschaft als typisch für Industrieländer vorgestellt werden kann, wird zunächst ausführlicher auf diese Entwicklung eingegangen, bevor dann der Fokus auf weitere repräsentativ ausgewählte Industrieländer ausgeweitet wird.

Die deutsche Nachkriegsentwicklung im Spiegel der Empirie

Auffälligstes Merkmal der deutschen Nachkriegsentwicklung sind die zunächst hohen Wachstumsraten, die mit zwölf Prozent im Jahr 1955 ihren Höhepunkt erreichten und seitdem einen abwärtsgerichteten Trend aufweisen. In den sechziger Jahren lag der Durchschnitt der jährlichen Wachstumsraten noch bei 4,4 Prozent, während er in den siebziger auf 2,7 Prozent und in den achtziger Jahren auf 2,3 Prozent absank. In den neunziger Jahren, in denen nur noch durchschnittlich 1,9 Prozent Wachstum erzielt wurden, setzte sich dieser dekadenübergreifende Trend fort (vgl. Afheldt 1994). Spiegelbildlich zu dieser Entwicklung nahm die Arbeitslosigkeit zu. In den sechziger Jahren betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen

durchschnittlich lediglich 223.000, in den sieziger Jahren waren es im Durchschnitt 551.000 und in den achtziger Jahren vervierfachte sich dieser Wert auf rund zwei Millionen Arbeitslose. Mit durchschnittlich 3,3 Millionen Arbeitslosen erreichte die Arbeitslosigkeit in den neunziger Jahren ihren bisherigen Nachkriegshöchststand, während die Wachstumsraten gleichzeitig ihren Tiefstand erreichten.

Die Folgen dieser Entwicklung sind bekannt: steigende Belastungen der Sozialversicherungen (vor allem der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung) und steigende Ausgaben für soziale Leistungen des Staates. Zusammen mit den fahrlässig unterschätzten finanziellen Aufwendungen für die deutsche Einheit hat diese Entwicklung zu einem starken Anstieg der Staatsverschuldung geführt und in der Folge vielfältige Debatten über die ›Zukunft des Sozialstaats‹ und den Um- beziehungsweise Abbau der sozialen Marktwirtschaft ausgelöst (vgl. Reuter 2001 a; 2001 b).

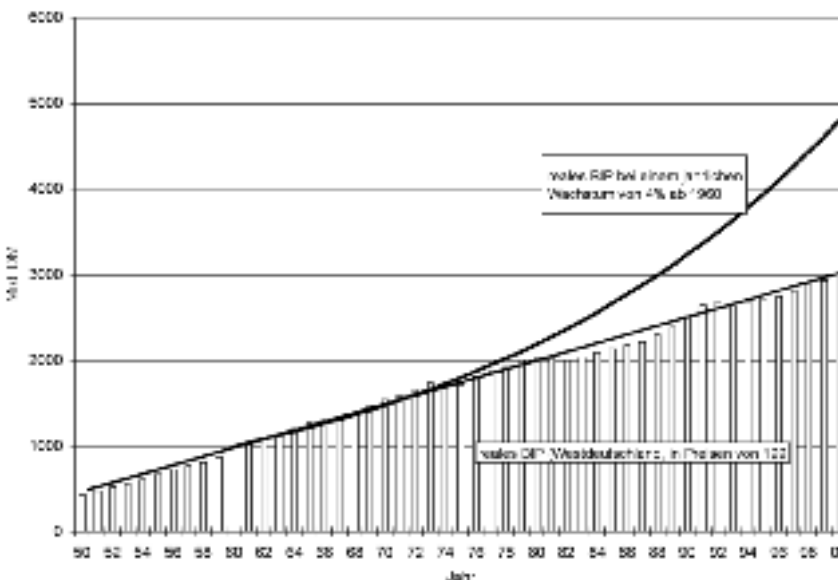
Angesichts dieser Entwicklung läßt sich der Eindruck kaum vermeiden, daß für die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart die sinkenden Wachstumsraten ursächlich sind. Es läßt sich leicht zeigen, daß deren Stabilisierung auf einem Niveau von beispielsweise bereits vier Prozent seit den sechziger Jahren dazu geführt hätte, daß das reale BIP heute um mehr als 50 Prozent höher liegen würde. Die Erwirtschaftung eines derart gestiegenen BIP würde nicht nur jede vorhandene Arbeitskraft erfordern, sondern die knapp vier Millionen Arbeitslosen würden unter den gegenwärtigen Arbeitszeit- und Produktivitätsbedingungen nicht einmal ausreichen, das nötige Arbeitsvolumen aufzubringen (vgl. Reuter 1998: 37 ff.). Insofern ist leicht einzusehen, daß ein höherer Wachstumspfad das Problem der Arbeitslosigkeit wie alle Folgeprobleme gar nicht erst hätte entstehen lassen. Die breite Aufmerksamkeit richtet sich damit auf die Frage, warum es zu dem dekadentübergreifenden Rückgang der Wachstumsraten gekommen ist. Hieran schließt sich unmittelbar die Vermutung an, daß es in der Vergangenheit zur Herausbildung von Faktoren gekommen sein muß, die die anfangs noch dynamische und Vollbeschäftigung produzierende Wirtschaft sukzessive behindert haben. Insbesondere folgende Ursachen werden in dem Zusammenhang genannt: Zunehmende Regulierungen, zu hohe Steuerbelastungen und Übertreibungen bei der Mitbestimmung, die den Unternehmern ihren Handlungsspielraum genommen haben; zu starke Gewerkschaften, die zu hohe Löhne durchgesetzt haben; saturierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zunehmend inflexibel auf neue Herausforderungen reagieren. Abgeleitete wirtschaftspolitische Forderungen lauten schlagwortartig zusammengefaßt: Deregulierung, Flexibilisierung, Stärkung der Unternehmerposition, Steuersenkungen auf breiter Front, Lohnspreizung etc. Diese unterschiedlichen Forderungen lassen sich auf die knappe Formel des ›Abwerfens von Ballast‹ bringen, der im Laufe der Zeit angesammelt wurde. Ein Abwerfen dieses Ballastes erscheint im Rahmen dieses Denkmodells als logische Voraussetzung für einen Aufbruch zu neuen Höhenflügen, sprich höheren Wachstumsraten.

So anschaulich und plausibel dieser Vergleich auf den ersten Blick auch ist, so wenig ist er geeignet, ein treffendes Bild der Realität zu zeichnen.

Die große Beachtung, die den jährlichen Wachstumsraten als Indikator einer erfolgreichen oder weniger erfolgreichen Entwicklung geschenkt wird, übersieht die Tatsache, daß Wachstumsraten als Ausdruck der prozentualen Veränderung des BIP keine Aussage über die absoluten wirtschaftlichen Zuwächse zulassen. Ein vierprozentiges Wachstum eines BIP von zum Beispiel einer Billion DM erfordert nun einmal einen wesentlich geringeren Anstieg des jährlichen BIP als die gleiche prozentuale Steigerung eines BIP von zum Beispiel drei Billionen. Im letzteren Falle bedeutet ein vierprozentiger Anstieg einen real dreifach so hohen Zuwachs des BIP im Vergleich zum ersten Fall. An diesem Beispiel wird das *Dilemma des vorherrschenden Denkens in Wachstumsraten* deutlich: Gleiche Wachstumsraten bedeuten keineswegs eine real konstante Steigerung des Sozialprodukts, sondern erfordern eine von Jahr zu Jahr exponentiell zunehmende. Umgekehrt haben real konstante Zunahmen der Wirtschaftsleistung notwendigerweise abnehmende Wachstumsraten zur Folge. Insofern folgt aus abnehmenden Wachstumsraten, auf die die wirtschaftswissenschaftliche wie -politische Diskussion der Gegenwart fast ausschließlich Bezug nimmt, keineswegs eine abnehmende Wirtschaftsdynamik. Sinkende Wachstumsraten sind auch dann zu verzeichnen, wenn eine ungebrochen konstante Zunahme des BIP vorliegt, von einer real abnehmenden Dynamik also keine Rede sein kann.

Die Bedeutung dieser einfachen, aber vielfach übersehenen oder vernachlässigten Zusammenhänge wird deutlich, wenn man den langfristigen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland analysiert. Statt einen exponentiellen Wachstumstrend zeigt die langfristige Entwicklung des jährlichen BIP einen nahezu idealtypischen *linearen* Verlauf, das heißt, *die Steigerung des BIP pro Jahr war in den neunziger Jahren im Durchschnitt nicht niedriger als in den fünfziger und sechziger Jahren* (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:
Tatsächliche und erwartete
Entwicklung des realen
Bruttoinlandsprodukts
in Deutschland
(alte Bundesländer)



Eine nicht auf Wachstumsraten fixierte Beurteilung der Entwicklung kommt also zu dem Ergebnis, daß die wirtschaftliche Expansion heute genauso kräftig ist, wie vor einigen Jahrzehnten. Diese Folgerung hat auch dann Bestand, wenn man die Analyse auf andere Industrieländer ausweitet. Insofern läßt sich die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auch nicht als ›Sonderweg‹, als Beleg einer falschen Ordnungs-, Wirtschafts- und/oder Sozialpolitik beschreiben. Wie Abbildung 2 zeigt, in der für einzelne Dekaden und einzelne Länder der Übersicht halber Wachstumsdurchschnittswerte gebildet wurden, ist auch in anderen Industrieländern ein dekadentübergreifender Trend abnehmender Wachstumsraten zu verzeichnen.²

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Veränderung gegenüber den Vorjahren in v. H./10-Jahres-Durchschnitte)

2 Dem Schaubild liegen folgende Werte für das BIP-Wachstum zugrunde (in Klammern BIP/Kopf):

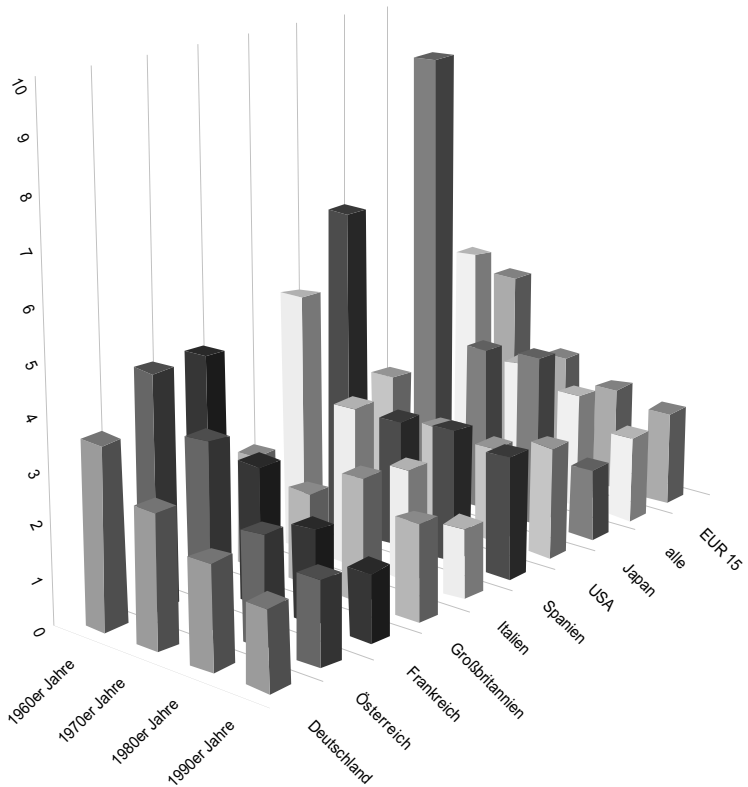
Deutschland
1960er Jahre 4,4 (3,5)
1970er Jahre 2,7 (2,6)
1980er Jahre 2,3 (2,0)
1990er Jahre 1,9 (1,5)

Österreich
1960er Jahre 4,7 (4,5)
1970er Jahre 3,7 (3,5)
1980er Jahre 2,3 (2,1)
1990er Jahre 2,1 (1,6)

Frankreich
1960er Jahre 5,6 (4,5)
1970er Jahre 3,3 (2,7)
1980er Jahre 2,4 (1,8)
1990er Jahre 1,8 (1,3)

Großbritannien
1960er Jahre 2,8 (2,2)
1970er Jahre 1,9 (1,8)
1980er Jahre 2,7 (2,4)
1990er Jahre 2,2 (1,9)

Italien
1960er Jahre 5,7 (5,0)
1970er Jahre 3,6 (3,1)
1980er Jahre 2,2 (2,2)
1990er Jahre 1,6 (1,4)



Quelle für Grunddaten: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten, Tab. 1* und Tab. 3*, laufende Ausgaben (eigene Berechnungen).

Angesichts der Tatsache, daß trotz verschiedenartiger Wirtschaftsverfassungen, unterschiedlichster Wirtschaftspolitiken, sich im Zeitverlauf abwechselnder Regierungen mit jeweils eigenen wirtschaftspolitischen Ansätzen, deren Ausrichtung von stark liberalistisch bis hin zu stark interventionistisch reicht, überall ein weitgehend linearer Wachstumstrend mit entsprechend abnehmenden Wachstumsraten zu verzeichnen ist, liegt es nahe, zuallererst nach Ursachen zu suchen, die diesen realexistierenden Wachstumstrend erklären können und gleichzeitig – wegen der aufgezeigten länderübergreifenden Parallelentwicklung – gegenüber wirtschafts- und ordnungspolitischen

Einflüssen weitgehend resistent sind. Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen braucht nicht weiter begründet zu werden, daß nicht die zurückgehenden Wachstumsraten erklärungsbedürftig sind. Nur eine unreflektierte Bezugnahme kann deren Rückgang als Folge der Herausbildung wachstumshemmender Faktoren interpretieren, die es zuerst zu benennen und dann abzuschaffen gelte. Ein prominentes ›Opfer‹ dieses Denkens in Wachstumsraten ist beispielsweise *Mancur Olson* (1991; 1992/1965), der auf der Suche nach bremsenden Faktoren auf die sukzessive Herausbildung von ›Verteilungscoalitionen‹ (vor allem Lohn- und Preiskartelle) hingewiesen hat, die im Laufe der Nachkriegsentwicklung immer mächtiger geworden seien und so ihre Partialinteressen bei den politischen Entscheidungsträgern zunehmend hätten besser durchsetzen können und auf diese Weise den Wachstumsrückgang verursacht hätten. Die Fixierung auf die statistische Größe ›Wachstumsrate‹ ist dabei so umfassend, daß an keiner Stelle der Unterschied zwischen (sinkenden) prozentualen und (konstanten) absoluten BIP-Zuwächsen in den Blick kommt. In dem Fall wäre eine Diskussion nicht zu vermeiden gewesen, warum der absolute Zuwachs des jährlichen BIP vor der Herausbildung wirtschaftshemmender mächtiger ›Verteilungscoalitionen‹ nicht höher war. Diese für die Erklärung tatsächlicher Wachstumsverläufe zentrale Frage steht im folgenden im Mittelpunkt.

	Spanien
1960er Jahre	7,5 (6,4)
1970er Jahre	3,5 (2,5)
1980er Jahre	3,0 (2,6)
1990er Jahre	3,0 (2,4)
	USA
1960er Jahre	4,2 (2,8)
1970er Jahre	3,1 (2,0)
1980er Jahre	2,9 (1,9)
1990er Jahre	3,2 (2,2)
	Japan
1960er Jahre	10,1 (9,0)
1970er Jahre	4,4 (3,3)
1980er Jahre	4,0 (3,4)
1990er Jahre	1,7 (1,4)
	Alle
1960er Jahre	5,8 (4,7)
1970er Jahre	3,2 (2,7)
1980er Jahre	2,8 (2,3)
1990er Jahre	2,0 (1,7)

Die Entwicklung des absoluten BIP-Wachstums als Explanandum

Bereits *Adam Smith* (1990/1776: 558) und rund 150 Jahre später fast wortgleich *John Maynard Keynes* (1983/1936: 89) haben betont, daß »der Verbrauch allein ... Ziel und Zweck einer jeden Produktion (ist)...« In Anerkennung der zentralen Bedeutung der Nachfrage sind auch die folgenden Überlegungen von der Frage geprägt, ob die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, also die Absorptionsfähigkeit eines Wirtschaftssystems, grundsätzlich von der Produktionsfähigkeit her definiert verstanden werden kann, ein hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibendes, nichtexponentielles Wachstum also eine jeweils fehlerhafte Wirtschaftsordnung und/oder -politik dokumentiert. Knapper könnte man das Problem auch so formulieren: Kann die Produktionsfähigkeit eines Wirtschaftssystems dessen Absorptionsfähigkeit übersteigen, so daß ein maximal mögliches (exponentielles) Wachstum dauerhaft verfehlt wird?

	EU (15 Staaten)
1960er Jahre	4,8 (4,0)
1970er Jahre	3,0 (2,5)
1980er Jahre	2,4 (2,1)
1990er Jahre	2,2 (1,9)

Grenzen der Absorptionsfähigkeit eines Wirtschaftssystems gehören nicht zum Untersuchungsgegenstand der Ökonomik. Traditionell wird aus der Unbegrenztheit menschlicher Bedürfnisse auf eine prinzipiell schrankenlose Nachfragesteigerung geschlossen, so daß die Nachfrage jedes beliebig große, durch die Produktivitätsentwicklung definierte Angebot aufzunehmen in der Lage ist. Eine detaillierte Überprüfung dieser These setzt eine differenzierte Analyse des vielschichtigen Verhältnisses von Bedürfnissen, Bedarf und kommerzieller Nachfrage voraus, ein Thema, nach dem man in der Ökonomik ebenfalls vergeblich sucht. Nur wenn sich nachweisen ließe, daß unbegrenzte Bedürfnisse tatsächlich zu einer über alle Schranken wachsenden, über Märkte sich artikulierenden Nachfrage pro Zeiteinheit führen (könnten), fände die These einer unbegrenz-

ten Wachstumsmöglichkeit und -notwendigkeit Bestätigung. Obwohl diese Problematik die Grundlagen der Ökonomik betrifft, wurde lange Zeit nicht einmal zwischen Bedürfnissen und Bedarfen unterschieden (vgl. Scherhorn 1959: 7; Schmolders 1978: 100). *Meyer-Abich* (1979: 73) hat deshalb zu Recht die Ökonomik dahingehend kritisiert, daß »wer Bedürfnis, Bedarf und Nachfrage nicht unterscheidet, ignoriert oder mißversteht den Sinn des Wirtschaftsprozesses«.

Zur klaren Trennung von Bedürfnissen und Bedarf lassen sich erstere mit *Scherhorn* (1959: 56) als »...leibseelische Determinante menschlichen Verhaltens, die als Gefühl und Vorstellung erlebbar wird...«, definieren, während Bedarf immer raum- und zeitgebunden ist, also »...objektiv zur Befriedigung der ›Bedürfnisse‹ notwendig ist« (Schaefer 1978: 19). Mit anderen Worten: Selbst die genaue Kenntnis individueller Bedürfnisse läßt noch keine Rückschlüsse auf den konkreten Bedarf zu. Dieser hängt einerseits von den spezifischen persönlichen Vorlieben, Wertvorstellungen, Gewohnheiten und Kenntnissen, andererseits von den objektiven gesellschaftlichen Gegebenheiten ab, wobei beide Seiten sich gegenseitig bedingen. Bedarf definiert sich also vollständig durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Hieraus folgt, daß *ein* Bedürfnis je nach Zeit und Raum auf unterschiedlichste Art und Weise befriedigt wird. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Bedürfnissen und Bedarf – oder sogar zwischen Bedürfnissen und Konsum – besteht mithin nicht (vgl. Scherhorn 1959: 56).

Nach *Abraham Maslow* (1978/1954), dessen Bedürfnistheorie auch in der Ökonomik breite Akzeptanz genießt, reduziert sich der menschliche Bedürfniskosmos auf lediglich fünf hierarchisch angeordnete Bedürfnisklassen (physiologische Bedürfnisse, Sicherheitsbedürfnisse, soziale Bedürfnisse, Wertschätzungsbedürfnisse und schließlich Selbstverwirklichungsbedürfnisse). Nur die aus diesen Bedürfnissen resultierenden Bedarfe, nicht die Bedürfnisse selbst, unterliegen somit einem ständigen Wandel, wie auch Konsumforscher betonen: »Der Auffassung, daß die modernen ›technischen‹ Konsumgüter ›neuartige Bedürfnisse‹ decken, möchte ich mich, schon aus terminologischen Gründen nicht anschließen; m. E. befriedigen die neuen Güter ›alte‹ Bedürfnisse, die sich heute zunehmend im Bedarf an ›neuartigen‹ Gütern ökonomisch konkretisieren und auf ›neue‹ Art und Weise befriedigt werden« (Neuhauser 1964: 25; vgl. auch Galbraith 1970/1958: 157). Damit erfährt die These von der ›Unbegrenztheit menschlicher Bedürfnisse‹ eine erste inhaltliche Konkretisierung im Sinne einer Relativierung: Aus der UnbegrenztheitsThese folgt nicht, daß im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung immer neue Bedürfnisse entstehen. Darüber hinaus stellen Bedarfe, die nur über Märkte zu befriedigen sind, lediglich eine Teilmenge aus der Vielzahl möglicher konkreter Bedarfe dar. Mit Blick auf die vielfältigen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung kommt *Scitovsky* (1977: 73) sogar zu dem Ergebnis, daß die ökonomisch wirksam werdende Bedürfnisbefriedigung eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung hat.

Im folgenden soll jedoch die Erörterung auf verschiedene Aspekte des Zusammenhangs von unbegrenzten Bedürfnissen und wirtschaftlichem

Wachstum, mithin kommerzieller, sich auf Märkten artikulierender Nachfrage konzentriert werden (vgl. ausführlich Reuter 2000: 339-425).

Obwohl gerade die technische Entwicklung als wesentlicher Wachstumsmotor, eine hohe Innovationsgeschwindigkeit als Garant hoher wirtschaftlicher Zuwächse gelten, vermag eine differenziertere Analyse der technologischen Entwicklung diese zunächst offensichtliche Wachstumsbegründung nicht zu stützen. Die technologische Entwicklung beinhaltet gleichzeitig wachstumsfördernde wie wachstumsbremsende Momente. Ein wesentlicher Schritt, um diese Effekte auf das Wachstum abschätzen zu können, ist die Unterscheidung von Produkt- und Prozeßinnovationen.

Technischer Fortschritt in Gestalt von Prozeßinnovationen bedeutet die Herstellung konstanten Outputs mit sinkendem Input beziehungsweise die Herstellung von wachsendem Output mit konstantem Input. Mit technischem Fortschritt in Form von Prozeßinnovationen läßt sich demzufolge nur dann das Wachstum der Wirtschaft langfristig begründen, wenn entweder eine dauerhafte und genügend hohe Absatzsteigerung infolge einer hohen Preiselastizität der Nachfrage unterstellt wird, oder – bei Sättigungstendenzen mit Blick auf *einzelne* Produktlinien – jeweils kompensierende Produktinnovationen für möglich gehalten werden. Letztere müßten allerdings wegen der unterstellten Wachstumswirkung einen im Zeitverlauf wertmäßig steigenden Umschlag pro Zeiteinheit ermöglichen – und dies ad infinitum. Breiter Konsens besteht jedoch darüber, daß der fortgesetzte Konsum eines Produkts wegen abnehmenden Grenznutzens im zeitlichen Verlauf einzel- wie gesamtwirtschaftlich der Sättigung unterliegt. Als langfristig wichtigere Komponente für anhaltendes Wachstum muß daher die Produktinnovation eingestuft werden. Nur die Fähigkeit, auf immer höherem Konsumtionsniveau bislang unbekannte, gleichzeitig aber genügend attraktive Güter auf den Markt zu bringen, kann Sättigungstendenzen bei einzelnen Konsumgütern gesamtwirtschaftlich überkompensieren, so daß anhaltendes Wachstum möglich bleibt (vgl. Schaaff 1990: 126).

Allerdings erweist sich selbst die Anerkennung unbegrenzter Innovationsmöglichkeiten als nicht hinreichend, kontinuierliches Wachstum zu begründen (vgl. Reuter/Zinn 1999: 247 ff.). Sobald nämlich neue Produkte alte substituieren, also vorhandene Bedarfe lediglich ›besser‹ oder zumindest ›anders‹ befriedigen als bisherige, reduziert sich die Wachstumswirkung auf den Saldo von (wegfallender) alter und (hinzukommender) neuer Produktion. Kann die Produktinnovation einen konkreten Bedarf mit geringerem Aufwand an Produktionsfaktoren befriedigen, ist die Wachstumswirkung langfristig sogar negativ. Sobald ein neues Produkt ein altes vollkommen substituiert, kommt es über kurz oder lang zu einem umfassenden Produktions- und Beschäftigungsabbau in dem alten Produktionszweig, dem kein entsprechender Kapazitäts- und Beschäftigungsaufbau in dem innovativen Produktionsbereich gegenüberstehen muß und – wie das Sinken des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens bei steigendem BIP zeigt (vgl. Reuter 1998: 38) – in der Vergangenheit auch nicht gegenüberstand.

Nach Beispielen für diese Entwicklung braucht man nicht lange zu suchen: Nimmt man den Bedarf ›Musikhören‹, der einst mit dem

Schellackplatten-Grammophon, dann mit dem Vinylschallplatten-spieler und heute weitgehend mit dem Compact-Disk-Player befriedigt wird, zeigt sich, daß der Aufwand an Produktionsfaktoren zur Befriedigung dieses Bedürfnisses kontinuierlich abgenommen hat, was sich bereits an der realen Preisentwicklung bei den Abspielgeräten ablesen läßt, die in der Vergangenheit einen deutlichen Trend weg von aufwendiger Mechanik hin zur rationell herzustellenden Elektronik gezeigt haben. Werden Musiktitel in Zukunft nur noch ›immateriell‹ aus dem Internet heruntergeladen, reduziert sich der ökonomische Aufwand zur Befriedigung des Bedarfs ›Musikhören‹ noch einmal dramatisch. Vergleichbares gilt für viele andere Entwicklungen, denkt man etwa an die technologischen Veränderungen im Bereich der Bilderfassung (von der aufwendigen Daguerreotypie zur digitalen Photographie) oder allgemein an die neuen rationellen Möglichkeiten des Einkaufens über das Internet.

Letztlich entscheidet sich die Möglichkeit weiteren technologisch bedingten Wachstums an der Frage, inwieweit es gelingt, durch Produktinnovationen immer wieder *grundsätzlich neue* Gebrauchswerte zu schaffen, also neue Bedarfe zur Befriedigung vorhandener Bedürfnisse zu wecken, die *neben* vorhandene treten. Die Geschichte der Technik zeigt allerdings, daß es derartige, als ›revolutionär‹ zu bezeichnende Innovationen in unserer Zeit immer weniger gibt. Es fällt sogar schwer, überhaupt Produkte zu identifizieren, die in der jüngeren Vergangenheit grundsätzlich neue Gebrauchswerte geschaffen, das heißt, die nicht lediglich vorhandene Güter ganz oder teilweise substituiert haben. Vielmehr scheint die Entwicklung von Produktinnovationen auf hohem Versorgungsniveau die bereits zitierte Einschätzung zu bestätigen, daß jeweils nur ›alte‹ Bedürfnisse auf neue Art – in der Regel mit geringerem Einsatz von Produktionsfaktoren – befriedigt werden. Damit wären Hoffnungen auf den technischen Fortschritt als Garant und Auslöser beständig *steigender* realwirtschaftlicher Zuwächse verfehlt.

Aus der bisherigen Argumentation läßt sich schlußfolgern, daß aus unbegrenzten Bedürfnissen keineswegs die *Notwendigkeit* zu einer sich ständig beschleunigenden absoluten Zunahme des BIP resultiert. Bereits die *Möglichkeit* hierzu erscheint aus dieser Perspektive als realwirtschaftlich utopisch und nur theoretisch – wie in vielen den realwirtschaftlichen Bedingungen enthobenen ökonomischen Wachstumsmodellen – denkbar. Insofern kann die Absorptionsfähigkeit eines Wirtschaftssystems nicht als ad infinitum an dessen wachsende Produktionsfähigkeit (Produktivitätsfortschritt) gekoppelt verstanden werden. Während sich aus den vorangegangenen Überlegungen bereits grundsätzlich bestehende obere Grenzen der wirtschaftlichen Expansion begründen lassen, bietet die Anerkennung institutioneller Grenzen der Bedarfsentwicklung eine darüber hinausgehende Deutung des überwältigenden Trends konstanter absoluter Zuwächse, also der vorliegenden linearen wirtschaftlichen Expansionen.

Im Rahmen der Analyse des Verhältnisses von Bedürfnisbefriedigung und wirtschaftlichen Aktivitäten muß wegen des Zusammenhangs von sozioökonomischen Rahmenbedingungen und spezifischer Bedürfnisbefriedigung den gesellschaftlichen Institutionen be-

sondere Beachtung geschenkt werden. Institutionen als Ausdruck von Gewohnheit, Sitte, Glaube, Kultur etc. und damit als Faktoren, die maßgeblich menschliches Handeln bestimmen, wird in der neoklassischen Hauptströmung der Ökonomik traditionell keine Bedeutung zugemessen (vgl. Reuter 1998a: 61 f.; Richter/Furubotn 1996: 2). Erst seit wenigen Jahren ist eine Öffnung des wirtschaftstheoretischen mainstream für institutionentheoretische Fragestellungen festzustellen. Die *Neue Institutionelle Ökonomik* ist sichtbares Resultat dieses Bemühens. Allerdings steht die bedürfnistheoretische Debatte mit entsprechenden Folgen für das (neo)klassische Theoriegebäude bislang noch aus.³

Mit Blick auf den Zusammenhang von Bedürfnisbefriedigung und Wachstum hat die Vernachlässigung institutionentheoretischer Fragestellungen dazu geführt, daß *institutionelle* Grenzen der Nachfrageentwicklung beziehungsweise -steigerung im Rahmen der wachstumstheoretischen Debatte in der Ökonomik nicht in den Blick genommen wurden. Anknüpfend an Erkenntnisse der *Evolutionistischen Ökonomik* (vgl. Witt 1992: 39) sind unter institutionellen Grenzen der Bedarfsentwicklung *Beschränkungen des Konsumveränderungspotentials pro Zeiteinheit* zu verstehen.

Unter ökonomischen Gesichtspunkten sind die das Handeln der Menschen gleichermaßen entlastenden wie steuernden Institutionen als eine mit Blick auf konkrete Zeiträume nicht oder nur begrenzt verschiebbare Barriere für Konsumsteigerungen im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums zu begreifen. Oder anders ausgedrückt: Institutionalisierte Konsummuster verfügen über eine hohe endogene Beharrungskraft (vgl. Leiss 1978: 144). Das entscheidende, in der Ökonomik hinsichtlich seiner Folgen kaum reflektierte Problem eines ›normalen‹ Wachstums liegt in dem erwähnten Umstand, daß gleiche Wachstumsraten aufgrund des Basiseffekts *beständig steigende* Zuwächse des Konsums pro Zeiteinheit notwendig machen. Dies erfordert aber eine ständig steigende Dynamik in der Veränderung von Konsumgewohnheiten. Mittels simpler Arithmetik läßt sich zeigen, daß bereits ein dreiprozentiges (vierprozentiges) Wachstum schon nach 50 Jahren (bei konstanter Konsumquote) eine Vervierfachung (Versiebenfachung) des Konsums pro Zeiteinheit nach sich ziehen müßte.

Sobald in Wachstumsüberlegungen die handlungsleitende und gleichzeitig handlungsbegrenzende Bedeutung von Institutionen einbezogen wird, erweist sich die Annahme, exponentielles Wachstum repräsentiere – zumindest näherungsweise – die charakteristische, typische, ›normale‹ oder ›gesunde‹ Entwicklung in der ›Langen Frist‹, als nicht haltbar. Die institutionentheoretische Perspektive zeigt, daß Konsumgewohnheiten einer evolutionären Entwicklung unterliegen (vgl. Behrens 1991: 237). Das heißt, daß sie in ihrer Veränderungsgeschwindigkeit von einem weitgehend konstanten ›anthropogenen Faktor‹ abhängen, der freilich von kulturellen Eigenheiten bestimmt ist, somit interkulturell variabel ist. Dies läßt die Schlußfolgerung zu, daß aufgrund habitualisierter Kaufentscheidungen die jährliche Steigerung des Sozialprodukts nur um einen weitgehend konstanten, freilich kulturell rückgebundenen Betrag möglich ist.

3 Auf Chancen und Möglichkeiten der Neuen Institutionenökonomik für eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung der Mainstream-Ökonomik bin ich an anderer Stelle ausführlich eingegangen – vgl. Reuter 1998 a und Reuter 2001.

Dieser theoretische Befund ist in der Lage, im Gegensatz zu allen anderen Konsumtheorien, die bislang weitgehend unbemerkte Realität linearer Wachstumsverläufe zu erklären.

Wirtschaftliche Entwicklung im Kontext der Debatte um Ökologie und Nachhaltigkeit – wirtschaftspolitische Konsequenzen

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich werden lassen, daß sich mit unbegrenzten Bedürfnissen kein exponentielles Wachstum begründen läßt. Dieser »ökonomische Kurzschuß« (Steiner 1999) resultiert aus der fehlenden, der komplexen Thematik adäquaten Einbeziehung der Bedürfnisfrage in den Gegenstandsbereich der Ökonomik. Nur durch die unreflektierte Gleichsetzung von unbegrenzten Bedürfnissen mit über Märkte zu befriedigendem Bedarf einerseits und der effektiven Nachfrage andererseits kann die vorliegende dominante Wachstumsorientierung als Konsequenz menschlichen Seins legitimiert werden. Nur wenn »der Mensch« – gewissermaßen genetisch bedingt – nach einer *immer schnelleren* Vergrößerung der wirtschaftlichen Leistung verlangen würde, stellte sich der Ökonomik tatsächlich die Aufgabe, theoretisch zu klären und wirtschaftspolitisch zu erläutern, warum sich eine immer größer werdende »Produktionslücke« zwischen tatsächlichem und unter Vollauslastung aller Produktionsfaktoren möglichem BIP in der Vergangenheit herausgebildet hat.

Wie unreal diese Perspektive ist, zeigt sich aber bereits darin, daß jede Form von exponentiellem Wachstum in den Industrieländern – je nach Höhe früher oder später – an Grenzen der ökologischen Belastung der Erde stoßen würde. Gleichzeitig würde diese Entwicklung den Ländern, die zur Sicherstellung des bloßen Subsistenzniveaus der Bevölkerung noch lange Zeit auf ein hohes Wirtschaftswachstum angewiesen sind, Entwicklungschancen nehmen.

Offensichtlich beschreibt ein exponentielles, also ein ständig steigendes absolutes Wachstum aber nicht die Realität der wirtschaftlichen Expansion entwickelter Industrieländer. Vielmehr ist ein lineares Wachstum mit sinkenden Wachstumsraten der dominante Trend, der zudem einer anthropogenen Erklärung zugänglich ist. Hieraus läßt sich *auf ein alternatives Referenzmodell langfristiger Entwicklungsverläufe* schließen: Nicht die Produktions-, sondern die Absorptionsfähigkeit, das heißt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage determiniert das Wachstum in der »Langen Frist«. Damit käme nicht der Angebots-, sondern der Nachfrage Theorie eine besondere Relevanz bei der Erklärung langfristiger Wachstumsverläufe zu, was wiederum alternative wirtschaftspolitische Ansätze nach sich ziehen würde.

Da die gegenwärtigen niedrigen Wachstumsraten nicht als Defizit im Vergleich zu vorangegangenen Dekaden interpretiert werden können, ist angebotstheoretischen (neoliberalen) »Entfesselungsstrategien« (Forderung nach Deregulierung, Flexibilisierung, Liberalisierung etc.) weitgehend der argumentative Boden entzogen. Sie erweisen sich in diesem Fall als theoretisch unbegründet und praktisch kontraproduktiv. Sobald sich die Erkenntnis durchsetzt, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung eine dekadatenübergreifende »Normalität« darstellt, somit keine ökologisch und sozial desaströse

neoliberale Gegensteuerung erfordert, könnte mehr ›Ruhe in das System‹ kommen. Statt immer radikalere Maßnahmen zum Zwecke der endgültigen Erreichung höherer Wachstumsraten zu fordern und durchzusetzen, würde der sozialverträgliche Umgang mit den tatsächlichen, weitgehend konstanten wirtschaftlichen Zuwächsen in den Mittelpunkt rücken. Vor diesem Hintergrund erhielten Forderungen nach einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung wieder eine Chance, die heute auf jene Zeiten verwiesen werden, in denen über höheres Wachstum die eingangs erwähnten Probleme in den Industrieländern gelöst sein werden. Da dies aber der St. Nimmerleinstag sein wird, wird die Ökologiedebatte so lange keine Bedeutung haben, wie noch der Glaube an Normalität und Herstellbarkeit exponentieller Wachstumsverläufe vorherrscht. Aus dieser Erkenntnis folgt, daß die Lösung ökologischer, sozialer, arbeitsmarkt- und verteilungsbedingter Probleme nicht auf eine Zukunft mit (wieder) höheren Wachstumsraten vertagt werden darf, sondern unter den *gegenwärtigen* Bedingungen angegangen werden muß. Hiermit verbunden ist eine Stärkung solcher wirtschaftspolitischer Konzepte, die die primäre Lösung nicht in einer Verteilung (ohnehin ausbleibender) höherer Wachstumsgewinne in der Zukunft, sondern in der besseren Verteilung des *gegenwärtig* erzeugten Sozialproduktes und des *gegenwärtig* vorhandenen Arbeitsvolumens sehen. Diese Forderung einer gegenwartsbezogenen Wirtschaftspolitik unterstreicht auch der von *Keynes* (1971/1923: 65) bereits 1923 gegen die klassische und neoklassische Theorie vorgebrachte Einwand: »In the long run we are all dead.« Insofern erscheint die Aufklärung über Realität und Chancen wirtschaftlichen Wachstums als erstrangige Aufgabe einer ökologischen Ökonomik.

Literatur

- Afheldt, Horst (1994): Wohlstand für Niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, Frankfurt a.M./Wien.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1999): Memorandum '99. Mehr Konsequenz beim Kurswechsel – Vorrang für Beschäftigung, Umwelt und Gerechtigkeit, Köln.
- Bartmann, Hermann (1999): Ökologische Wirtschaftspolitik im Rahmen einer postkeynesschen Analyse, in: Helmedag, F./Reuter, N. (Hrsg.), Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg, S. 395-419.
- Behrens, Gerald (1991): Konsumentenverhalten. Entwicklung, Abhängigkeiten, Möglichkeiten, Heidelberg.
- BUND/Misereor (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel.
- Daly, Herman E. (1987): The Economic Growth Debate: What Some Economists Have Learned But Many Have Not, in: Journal of Environmental Economics and Management, vol. 14, p. 323-336.
- Daly, Herman E. (1991): Steady State Economics (2. ed. with new essays), Washington D.C./Covelo (Cal.).
- Daly, Herman E. (1996): Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development, Boston.
- Galbraith, John Kenneth (1970/1958): Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich.
- Hinterberger, Friedrich (1998): Leitplanken, Präferenzen und Wettbewerb: Grundlagen einer ökonomischen Theorie ökologischer Politik, in: Renner, A./Hinterberger, F. (Hrsg.), Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus, Baden-Baden, S. 75-92.
- Keynes, John Maynard (1971/1923): A Tract on Monetary Reform, The Collected Writings of John Maynard Keynes, vol. 4, London/Basingstoke.
- Keynes, John Maynard (1983/1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.
- Leiss, William (1978): Die Grenzen der Bedürfnisbefriedigung, in: Duve, F. (Hrsg.), Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise, Bd. 12: Die Zukunft der Ökonomie 1, Reinbek bei Hamburg, S. 128-151.
- Maslow, Abraham H. (1978/1954): Motivation und Persönlichkeit, Olten/Freiburg i.B.
- Meadows, Dennis/Meadows, Donella H./Zahn, Erich/Milling, Peter (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.
- Meadows, Donella H./Meadows, Dennis L./Randers, Jørgen (1993): Die neuen Grenzen des Wachstums, Reinbek bei Hamburg.
- Meyer-Abich, Klaus Michael (1979): Kritik und Bildung der Bedürfnisse. Aussichten auf Verän-

- derung der Nachfrage- und Bedarfsstruktur, in: Ders./Birnbacher, D. (Hrsg.), Was braucht der Mensch, um glücklich zu sein. Bedürfnisforschung und Konsumkritik, München, S. 58-77.
- Neuhauser, Gertrud (1964): Zur Frage der Konsumneigung in der wachsenden Wirtschaft, in: Ohm, H. (Hrsg.), Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik. Gedächtnisschrift für Hans-Jürgen Seraphim, Berlin, S. 21-39.
- Olson, Mancur (1991): Umfassende Ökonomik, Tübingen.
- Olson, Mancur (1992/1965): Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen.
- Prieue, Jan (1999): Von Rom nach Wuppertal? Auf der Suche nach den ökologischen Grenzen des Wachstums. Ökologische Leitplanken für nachhaltige Entwicklung, in: Helmedag, F./Reuter, N. (Hrsg.), Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg, S. 421-441.
- Reuter, Norbert (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, Marburg.
- Reuter, Norbert (1998a): Institutionen in der Ökonomik – zum Verhältnis von ›alter‹ und ›neuer‹ Institutionenökonomik, in: Elsner, W./Engelhardt, W. W./Glastetter, W. (Hrsg.), Ökonomie in gesellschaftlicher Verantwortung. Sozialökonomik und Gesellschaftsreform heute. Festschrift zum 65. Geburtstag von Siegfried Katterle, Berlin, S. 61-91.
- Reuter, Norbert (2000): Ökonomik der ›Langen Frist‹. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Reuter, Norbert (2001a): Arbeitgeber-Marktwirtschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 46, Nr. 10, S. 1167-1170.
- Reuter, Norbert (2001b): Aufbruch in die Vergangenheit. Die Initiative ›Neue Soziale Marktwirtschaft‹ missachtet Traditionen, auf die sie sich beruft, in: Die Zeit, Nr. 42, S. 31.
- Reuter, Norbert/Zinn, Karl Georg (1999): Die ökonomischen Folgen der Technik. Technologischer Wandel im Spannungsfeld von Wohlstandswachstum, Strukturwandel und Arbeitslosigkeit, in: Kerner, M./Kegler, K. (Hrsg.), Der vernetzte Mensch. Sprache, Arbeit und Kultur in der Informationsgesellschaft, Aachen, S. 235-259.
- Richter, Rudolf/Furubotn, Eirik G. (1996): Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung, Tübingen.
- Sachs, Wolfgang (Hrsg.)(1994): Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik, Berlin u.a.
- Schaaff, Herbert (1990): Sättigung und Stagnation aus betriebs- und volkswirtschaftlicher Sicht, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Bd. 19, Nr. 3, S. 123-128.
- Schaefer, Hans (1978): Bedürfnis und Bedarf des Menschen in medizinischer Sicht, in: Moser, S./Ropohl, G./Zimmerli, W. Ch. (Hrsg.), Die ›wahren‹ Bedürfnisse oder: wissen wir, was wir brauchen?, Basel/Stuttgart, S. 19-34.
- Scherhorn, Gerhard (1959): Bedürfnis und Bedarf. Sozialökonomische Grundbegriffe im Lichte der neueren Anthropologie, Berlin.
- Schmölders, Günter (1978): Bedürfnis und Bedarf, in: Moser, S./Ropohl, G./Zimmerli, W. Ch. (Hrsg.), Die ›wahren‹ Bedürfnisse oder: wissen wir, was wir brauchen?, Basel/Stuttgart, S. 99-110.
- Scitovsky, Tibor (1977): Psychologie des Wohlstands. Die Bedürfnisse des Menschen und der Bedarf des Verbrauchers, Frankfurt a.M./New York.
- Smith, Adam (1990/1776): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Aus dem Englischen übertragen und mit einer umfassenden Würdigung des Gesamtwerkes herausgegeben von Horst Claus Recktenwald (vollständige Ausgabe nach der 5. Aufl. [letzter Hand], London 1789), München.
- Steiner, Helmut (1999): Der Kurzschluß der Marktwirtschaft. Instrumentalisierung und Emanzipation des Konsumenten, Berlin.
- Witt, Ulrich (1992): Überlegungen zum gegenwärtigen Stand der evolutorischen Ökonomik, in: Biervert, B./Held, M. (Hrsg.), Evolutorische Ökonomik. Neuerungen, Normen, Institutionen, Frankfurt a.M./New York, S. 23-55.

JOACHIM H. SPANGENBERG

Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum

Nachhaltigkeit ist das vielleicht anspruchsvollste Politikkonzept, das je als Leitlinie für staatliches Handeln formuliert wurde. Nach deutschem Verständnis umfaßt es zunächst drei Säulen: die ökonomische, die soziale und die ökologische. Diese werden ergänzt durch eine vierte Dimension der Nachhaltigkeit, die der Institutionen, die im engeren Sinne die Organisationsformen nachhaltigkeitsorientierter Politik beinhaltet, im weiteren Sinne Fragen von Partizipation und Demokratie. Nachhaltigkeit bedeutet dann die intelligente Verknüpfung dieser Aspekte (vgl. United Nations 1992).

Entlang jeder der vier Koordinaten-Achsen politischen Handelns fordert das Konzept Nachhaltigkeit Erweiterung des Blickfeldes, die Ausweitung der politischen Verantwortung auch auf räumlich wie zeitlich noch fern liegende Personen und Ereignisse. Zeitlich postuliert Nachhaltigkeit die intergenerationelle Verantwortung, die Pflicht für die jetzt Verantwortung Tragenden, folgenden Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der diese die Freiheit haben, einen ihnen angemessenen Lebensstil zu wählen. Räumlich weist Nachhaltigkeit darauf hin, daß in einer globalisierten Welt gerade die reichen Nationen Europas nicht nur eine europäische, sondern auch eine weltweite Verantwortung tragen und daß Nord-Süd-Kooperation eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche und Ministerien sein muß.

Kriterien

Um Pläne und Politiken jeder Art bezüglich ihrer Nachhaltigkeit prüfen zu können, sind in jeder Dimension Kriterien erforderlich, die wiederum der Anforderung genügen müssen, zu einer Stärkung der inter- und intragenerationellen Verteilungsgerechtigkeit ebenso beizutragen wie zum internationalen Ausgleich. Die Integration erfordert, daß die Kriterien der unterschiedlichen Säulen gleichzeitig und gleichgewichtig angewandt werden; damit ist die Partizipation als zentrales Element der institutionellen Dimension ebenfalls abgedeckt.

Die im folgenden genannten Kriterien wurden im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung der deutschen Gewerkschaften geförderten Projekts »Arbeit und Ökologie« vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialwissenschaften (WZB) und vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie entwickelt (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2000 b). Sie beziehen sich schwerpunktmäßig auf die nachhaltige Gestaltung



Joachim H. Spangenberg – Jg.1955; Dr. rer. oec., Biologe, Ökologe, war nach dem Studium Mitarbeiter des SPD-Parteivorstands, dann Abgeordnetenmitarbeiter und Fraktionsreferent der SPD Bundestagsfraktion; 1991/92 Referatsleiter Konzeption beim Deutschen Umwelttag, 1992-1999 Mitarbeiter des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, zuletzt als Leiter des Projektbereichs Sustainable Societies in der Abteilung Stoffströme und Strukturwandel; seit 1999 stellv. Vorsitzender des Sustainable Europe Research Instituts, Wien. Berater und Gutachter für UNCSD, OECD, EU und Bundesministerien; ehrenamtlich unter anderem aktiv in der Initiative für eine andere Politik seit 1998, Naturwissenschaftler/innen-Initiative und INES seit 1996.
Foto privat

der bundesdeutschen Gesellschaft und müßten entsprechend durch spezifische außenpolitische wie außenwirtschaftliche Aspekte ergänzt werden. Die Ziele wurden jedoch unter Berücksichtigung des globalen Nachhaltigkeitsanspruchs – und eines deutschen Beitrags dazu – formuliert. So zielen zum Beispiel die Reduktionsziele für den Ressourcenverbrauch auf einen internationalen Ausgleich der Ressourceninanspruchnahme, und eine internationale Spekulationssteuer (Tobin-Steuer) ist ebenfalls Teil des Maßnahmenpakets.

Nachhaltigkeit bedeutet nach der allgemein anerkannten Definition der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (WCED, Brundtland-Kommission) die Befriedigung der Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation ohne Beeinträchtigung der Möglichkeiten zukünftiger Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Zweck des ökonomischen Systems ist die Bedürfnisbefriedigung durch Produktion. Damit impliziert Nachhaltigkeit die Sicherung der Produktionsgrundlagen, die Sachkapital, erneuerbare und nichterneuerbare natürliche Ressourcen, Humankapital und technisch-organisatorisches Wissen umfassen, im Hinblick auf ihre Funktion im Produktionsprozeß. Darüber hinaus können natürliche Ressourcen auch unmittelbar zur Wohlfahrt beitragen.

Unter Berücksichtigung von intragenerationellen Gerechtigkeitsvorstellungen lassen sich folgende Kriterien für eine Entwicklung in Richtung auf Nachhaltigkeit aus ökonomischer Sicht benennen:

- eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, das heißt eine Interpretation von Gemeinwohl auf der Grundlage eines Ausgleichs der individuellen Präferenzen;
- statische und dynamische Effizienz, das heißt Erhalt und Schaffung von Anreizen zur Wirtschaftlichkeit ebenso wie zur ständigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch Innovation, sowie Sicherung der Attraktivität des Produktionsstandorts;
- Eine staatliche Rahmenordnung zur Beseitigung von Marktversagen, so daß das Eigeninteresse zugleich dem Gemeinwohl dient, und zur Abwehr von Wettbewerbsbeschränkungen;
- Möglichkeiten zur Teilnahme am Erwerbsleben für alle (Erwerbschancen, Vollbeschäftigung) und Gewährleistung des Lebensunterhalts für diejenigen, die am Erwerbsleben nicht teilnehmen können oder gesellschaftlich anerkannte Aufgaben außerhalb der Erwerbstätigkeit wahrnehmen (Armutsbekämpfung, soziale Sicherung);
- Begrenzung öffentlicher Defizite auf den Umfang investiver Verwendungen und eine robuste Gestaltung sozialer Sicherungssysteme für einen fairen intergenerationellen Ausgleich;
- Leistung eines angemessenen Beitrags zur internationalen wirtschaftlichen Stabilität.

Aus sozialer Sicht wären dies folgende Kriterien:

- Erhöhung sozialer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen in bezug auf die Teilhabe an Erwerbsarbeit, aber auch einer größeren Gerechtigkeit in bezug auf die Übernahme von notwendigen und sinnvollen informellen Tätigkeiten (vgl. Brandl 2000);
- Schutz der sozialen Gemeinschaften, der Familien und sozialen Gruppen durch die Aufwertung versorgender und gemeinschaftlicher Tätigkeiten, damit auch die Erhöhung der sozialen Sicherheit (vgl. Hildebrandt 1997);

- Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer durch die Begrenzung der Belastung durch Erwerbsarbeit (Extensität, Intensität, Flexibilität), durch den Belastungsausgleich in Mischarbeit und die eigenaktiven Gestaltungsmöglichkeiten;
- die Gestaltung der Erwerbsarbeit als Teil von Mischarbeit (vgl. Hildebrandt 1999) durch die Aufwertung der Prinzipien der Fürsorge, des Haushaltens und der Solidarität;
- die Bewußtmachung und Herstellung sozialer und ökologischer Kreisläufe zwischen Arbeit und Leben, damit Erhöhung von Schlüsselqualifikationen, individueller Verantwortlichkeit und Innovativität. Aus ökologischer Sicht sind diese Kriterien zu benennen:
 - Verringerung des fossilen Primärenergieverbrauchs um ca. 75 Prozent bis zum Jahr 2050 (vgl. Weizsäcker et al. 1996) und um 80 Prozent bis zum Ende des Jahrhunderts. Dies entspricht nach Schätzungen des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) dem Ausmaß an Emissionsreduktionen, das notwendig ist, die unvermeidliche Klimaänderung auf ein handhabbares Maß zu beschränken (vgl. ProClim 1996; IPCC 2000).
 - Verringerung der gesamten Rohstoffentnahme aus der Natur um ca. 90 Prozent bis 2050. Damit würden (zusammen mit der Verringerung des Flächenverbrauchs) die wesentlichen Antriebskräfte, die hinter den meisten gegenwärtigen (und wohl auch zukünftigen) Umweltschäden stehen, auf ein Maß abgesenkt, das der Natur eine Regeneration ermöglicht (vgl. Schmidt-Bleek 1994). Gleichzeitig wird durch die verringerte Inanspruchnahme durch die Industriestaaten die Voraussetzung für einen weltweit gleichmäßigen Zugang zu Ressourcen geschaffen (vgl. Spangenberg 1995).
 - Beschränkung des Flächenverbrauchs, so daß in der Nettobilanz keine zusätzliche Flächendegradation auftritt. Flächenverbrauch durch Bodenversiegelung oder intensive Nutzung ist eine der am stärksten unterschätzten Antriebskräfte hinter einer Vielzahl akuter Umweltprobleme (vgl. Lorek/Spangenberg 2001).
 - Schutz der biologischen Vielfalt durch Ausweitung der naturnah bewirtschafteten Flächen (Öko-Landbau und nachhaltige Forstwirtschaft statt intensiver Anbaumethoden, ›Agrarwende‹) sowie der menschlicher Nutzung weitgehend entzogenen Flächen (10-15 Prozent des Landes als Naturschutzfläche und Biosphärenreservate, verbesserter Biotopschutz) (vgl. Spangenberg 1995).
 - Risiken, die sich durch quantitative Minderung der Stoffströme nicht reduzieren lassen, kommen von Substanzen, die auch in geringen Mengen noch signifikante ökologische und Gesundheitseffekte haben. Zur Risikovermeidung für Mensch und Umwelt dienen in diesem Fall die Mechanismen der traditionellen Umweltpolitik wie staatliche Regulation der Emission sich in biologischen Systemen anreichernder Schwermetalle, von kanzerogenen oder hormonell aktiven Substanzen. Hinzu kommt eine fehlerfreundliche Technikgestaltung, die zum Beispiel die Atomkraftnutzung ausschließt.

Unter Nutzung dieser Kriterien, die natürlich noch erhebliche Interpretationsspielräume lassen, wurden im oben genannten Projekt drei qualitative Szenarien entwickelt (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2000a). Dabei handelt es sich um ein als Hintergrundfolie dienendes, stilisiertes *Kostensenkungs- oder Kontrastszenario*, das nicht den

Kriteriensätzen folgt, um ein Szenario, das aus sozialen Gründen auf Wirtschaftswachstum setzt, dies aber unter den Rahmenbedingungen von notwendiger Reduktion der CO₂-Emissionen und einer sich nicht verschlechternden Einkommensverteilung *ökonomisch-soziales Wachstumsszenario*, und um einen Entwicklungspfad, der als Grundphilosophie versucht, irreversible Schäden zu vermeiden. Dies gilt in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht, aber auch bezüglich des Institutionengefüges der Gesellschaft, das als vierte Nachhaltigkeitsdimension analysiert wird *ökologisch-soziales Integrationsszenario*.

Die angenommenen Maßnahmen und die Ergebnisse ihrer Umsetzung wurden durch eine Modellierung mit dem ökonometrischen Modell »Panta Rhei« (vgl. Meyer et al. 1999) veranschaulicht, dabei ergaben sich interessante Einsichten in den Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Wachstum.

Wachstum und Nachhaltigkeit

Die UN-Definition von Nachhaltigkeit setzt weder die An- noch Abwesenheit von Wachstum voraus; trotzdem gibt es natürlich einen engen Zusammenhang der genannten Ziele mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Dieser stellt sich jedoch unterschiedlich dar, je nachdem, welche Dimension nachhaltiger Entwicklung betrachtet wird. Ziel einer Nachhaltigkeitspolitik muß es deshalb sein, Kriterien aus allen Dimensionen an die Wirtschaftsentwicklung anzulegen und so die gegenwärtigen Wachstumsziele mit ökologischen und sozialen Vorgaben in Einklang zu bringen.

Aus *ökonomischer Sicht* stellt Wachstum traditionell eine inhärente Folge des Wirtschaftens dar. Die Maximierung der Gewinne kann durch die begrenzt mögliche Erhöhung der Gewinnspannen und durch die theoretisch unbegrenzt mögliche Ausweitung der Produktion erreicht werden; beide Ziele werden verfolgt. So lange dabei der stoffliche Durchsatz der Wirtschaft eng an den damit erzielten Profit gekoppelt ist, steigt mit dem monetären Wert auch der Ressourcenverbrauch. Das hat dazu geführt, daß einerseits »Grenzen des Wachstums« postuliert wurden (vgl. Meadows et al. 1972; Meadows et al. 1992), andererseits wurden diese Forderungen als unvereinbar mit einem marktwirtschaftlichen System vehement (und meist nicht substantiell) zurückgewiesen (vgl. Costanza et al. 2001). Mit anderen Worten, der Charakter des Produktionsprozesses als Arbeits- und Verwertungsprozeß des Kapitals erzwingt ein ständiges (und dabei krisenhaftes) Wachstum, um dem Gebot der Kapitalakkumulation Genüge zu tun. Natur ist zwar Reichtum, aber kein privat angeeigneter; sie hat in kapitalistischen Wirtschaften a priori keinen Wert, da sie keinen Preis hat (ein Problem aller öffentlichen Güter). Konsequenter versucht die neoklassische Wirtschaftstheorie durch Privatisierung öffentlicher Güter, handelbare Zertifikate oder die monetäre Quantifizierung des »Naturkapitals« beziehungsweise der »externen Kosten« dieses Problem in den Griff zu bekommen – weitgehend ohne Erfolg, wie die Praxis zeigt (vgl. zur Kritik dieses Konzepts Hinterberger et al. 1996; Hinterberger et al. 1997; Spangenberg 2001a, 2001 b). Natur muß »in Wert gesetzt« (Altvater), das heißt den spezifischen ökonomischen Mechanismen der herrschenden

Produktionsweise unterworfen werden, um als Wert zu gelten. Natur und Umwelt werden so zum Rohstoff und gewinnen ihren Preis und damit Wert als Maßstab ihrer Verwertbarkeit (vgl. Altvater 1985). Hypothetische Wertschätzungen bleiben folgenlos, solange sie nicht als externe Zahlungsverpflichtungen ökonomisch wirksam gemacht werden, und selbst dann dienen sie der ökonomischen, nicht der ökologischen Optimierung.

Solange eine Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftsergebnis nicht gelungen ist, zieht dies einen steigenden physischen Durchsatz der Ökonomie nach sich. Während Brauchwerte Qualität und Quantität vereinen, Sättigungseffekte aufweisen und teilweise die Nutzung ›wertloser‹ Dienstleistungen der Natur darstellen, sind Tauschwerte rein quantitativ und ihr Wachstum potentiell unbegrenzt (zur Logik des Konsumwachstums vgl. Roepke 1999). Allzu oft wurden und werden in der wirtschaftspolitischen Debatte – ob neoklassisch oder marxistisch – jedoch dabei die physische Basis des Produktionsprozesses und ihre Rückwirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft außer acht gelassen.

Aus ökologischer Sicht...

wurden die »Grenzen des Wachstums« postuliert: Basis dieser Forderung ist die in den obigen Kriterien zum Ausdruck kommende Einsicht, daß das Ausmaß des physischen Durchsatzes unserer Wirtschaften (»throughput« bei Daly 1991) die entscheidende Triebkraft der ökologischen Belastung darstellt. Die Strömungsbeziehung zwischen Wirtschaftsprozeß und der natürlichen Umwelt ist physisch zu beschreiben als ein kontinuierlicher und irreversibler thermodynamischer Degradationsprozeß (vgl. Altvater 1985). Er macht aus Ressourcen Abfälle, die zu einem kleineren Teil eine Zwischennutzung als Produkte erfahren (vgl. Spangenberg 1996 a). Mit anderen Worten, jede Art der Stoffumwandlung (und solche ist die Produktion notwendigerweise, mechanisch, chemisch oder thermisch) ist zwangsläufig mit einem Eingriff in ökologische Prozesse und mit der Degradation von Naturressourcen verbunden. Dieser Eingriff wird zwar in unserem Wirtschaftssystem spezifisch organisiert, der Zusammenhang gilt aber für jede (Organisations)Form des Wirtschaftens schlechthin. Auch eine auf Umweltgerechtigkeit orientierte »In-Wert-Setzung« muß von der Natur und ihrer Reproduktionslogik weitgehend abstrahieren und sich systemimmanent in die Verwertungslogik einfügen.

Will man also die ökologische Gesamtbelastung verringern, so sind die physischen Durchsätze der Ökonomie zu reduzieren; wir brauchen eine Dematerialisierung des Wohlstands. Soll zum Beispiel das Ausmaß der weltweiten Stoffströme halbiert werden, und um allen Menschen vergleichbare Chancen auf Ressourcennutzung zu geben, der Konsum der Industriestaaten des Nordens auf einen ihrem Anteil an der Weltbevölkerung entsprechenden Teil zurückgeführt werden, so muß im Vergleich zu heute der Ressourcenverbrauch in Europa um den Faktor zehn sinken, in den USA entsprechend mehr und in Japan weniger (vgl. Schmidt-Bleek 1994). Wächst die Wirtschaft bis zum Jahre 2050 um durchschnittlich zwei Prozent jährlich, so ist das Reduzierungsziel ein Faktor 27, bei drei Prozent ein Fak-

tor 45, und bis zum Ende des Jahrhunderts ein Faktor 200 (vgl. Spangenberg 1995). Auch der größte Technikoptimist ist hier auf die Grenzen der Physik zurückverwiesen – über technische Verbesserungen allein wird sich eine Lösung der Probleme nicht erzielen lassen. Langfristig wird sich also eine Beschränkung des Ressourcenverbrauchs in einer Beschränkung des Wirtschaftswachstums niederschlagen, nicht durch den Versuch, das Wachstum zu steuern, sondern als indirekte Folge der Verbrauchsbeschränkungen. Kurz und mittelfristig dagegen kann dieser Effekt durch technische wie soziale Innovationen überkompensiert werden. Die politische Herausforderung einer nachhaltigen Inanspruchnahme der Natur (vgl. Spangenberg 1987) liegt darin, daß – anders als Meadows et al. (1972) noch angenommen hatten – die Knappheiten nicht zuerst bei den verfügbaren Rohstoffen, sondern bei den Senken, das heißt bei der Absorptionsfähigkeit der biologischen und physikalisch-chemischen Systeme auftreten werden (vgl. WCED 1987). Aufgabe der Politik ist es dann, die absehbaren Umweltbelastungen vorsorgend in Verknappung des Ressourcenangebots umzusetzen, zum Beispiel durch Energie- und Materialinputsteuern (vgl. Omann 2002).

Generell gilt, daß die Reduktion des gesamten Ressourcenverbrauchs, gemessen zum Beispiel als Umweltraum oder Gesamtstoffstrom (vgl. Spangenberg et al. 1999), ein entscheidendes ökologisches Nachhaltigkeitskriterium darstellt; für jede ökologisch nachhaltige Politik muß gelten, daß der Gesamtressourcenverbrauch (R) sinkt:

$$(1) \quad dR < 0$$

Dies geschieht bei einer nicht wachsenden Wirtschaft immer dann, wenn die Ressourcenproduktivität (Y/R), das heißt der Ertrag pro eingesetzter Ressource steigt. Wächst die Wirtschaft, so ist Ungleichung (1) nur erfüllt, wenn gilt:

$$(2) \quad d(Y/R) > dY$$

wenn also die Ressourcenproduktivität schneller wächst als die Wirtschaft insgesamt.

Aus sozialer Sicht...

ist in Europa (und vielleicht bald auch wieder in den USA) die Arbeitslosigkeit das zentrale quantifizierbare Problem; andere Aspekte wie Verteilungsfragen lassen sich nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der Erwerbsarbeit sinnvoll diskutieren. Wiederum andere wie Geschlechtergerechtigkeit sind zwar von hoher Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung, weisen aber nur indirekte Bezüge zum Wirtschaftswachstum auf und werden daher an anderer Stelle diskutiert (vgl. Spangenberg 2002). Setzt man als Ziel auf einen Zuwachs an Erwerbsarbeitsplätzen (L), so lautet die Forderung:

$$(3) \quad dL > 0$$

Mehr Wachstum heißt mehr Produktion und mehr Produktion bedeutet mehr Erwerbsarbeit. Das heißt, *ceteris paribus* (und nur

dann!) steigt die Anzahl der Arbeitsplätze beziehungsweise Erwerbspersonen mit wachsender Wirtschaft und sinkt bei deren Schrumpfung. Entwickelt sich jedoch, wie immer in den letzten Jahrzehnten, die Arbeitsproduktivität positiv (verstanden als Produktionsergebnis je Arbeitsstunde, um ca. + zwei Prozent pro Jahr), so muß bei konstanten durchschnittlichen Arbeitszeiten der Produktionszuwachs, also das Wachstum (Y) mindestens so hoch wie der Produktivitätszuwachs ausfallen, wenn nicht Arbeitsplätze verloren gehen sollen. Bei konstanten Arbeitsstunden pro Kopf entspricht der Produktivitätszuwachs dem Zuwachs der Pro-Kopf-Produktion (Y/L):

$$(4) \quad dY > d(Y/L)$$

Das Gesamtproduktionsergebnis beziehungsweise Wachstum (Y) hängt somit nicht nur von der Anzahl der Arbeitsplätze (L) ab, sondern auch von der Zahl der Arbeitsstunden und der Arbeitsproduktivität. Wird zum Beispiel durch Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit oder verlängerte arbeitsfreie Zeiten (Urlaub, Fortbildung) die durchschnittliche Zahl der Jahresarbeitsstunden pro Kopf gesenkt, so steigt bei gleicher Produktionsleistung die Anzahl der Arbeitsplätze. Die Anzahl der Erwerbsarbeitsplätze nimmt dann zu, wenn das Wirtschaftswachstum höher ist als die Steigerung der Produktion pro Erwerbstätigem.

Aus Nachhaltigkeitssicht...

läßt sich also sowohl ein ökologisches (2) wie ein zentrales soziales Kriterium (4) angeben, die beschreiben, ob eine vorfindliche Wachstumsrate nicht nachhaltig ist. Denn sind diese Ungleichungen nicht erfüllt, so ist die Entwicklung definitiv nicht nachhaltig. Umgekehrt ist jedoch offen, ob die in die richtige Richtung verlaufende Entwicklung schnell und stark genug ist, um die Bezeichnung nachhaltig zu verdienen. Dies hängt jedoch auch von den politisch-gesellschaftlichen Zielvorgaben ab und kann nicht objektiv wissenschaftlich definiert werden.

Kombiniert man die obigen Ungleichungen, so ergibt sich als kombinierter ökologisch-sozialer Anspruch an das Wachstum die zentrale Nachhaltigkeits-Ungleichung

$$(5) \quad d(Y/L) < dY < d(Y/R)$$

Diese zeigt deutlich, daß der umstrittene Gegensatz ökologischer und sozialer Anforderungen (der ›trade off‹) tatsächlich existiert; sie weist aber auch auf Möglichkeiten, diesen Gegensatz zu entschärfen. So kann auf der rechten Seite der Ungleichung durch Förderung sozialer wie technischer Innovationen die Ressourcenproduktivität gesteigert werden, sowie auf der linken durch Arbeitszeitverkürzung der Anstieg der Pro-Kopf-Produktion verlangsamt werden. Um dies sozialverträglich zu gestalten, sind schon lange und immer wieder eine Kombination aus produktivitätsorientierter Lohnpolitik, deren teilweise Auszahlung als Arbeitszeitverkürzung (also mit Lohnausgleich) plus einer leistungsunabhängigen steuerfinanzierten sozialen

Grundsicherung gefordert worden (vgl. Amlung et al. 1984; Hans-Böckler-Stiftung 2000 a; Spangenberg 2002).

Auch die verbreitete ökonomische Annahme, ein maximales Wachstum sei ein optimales Wachstum erweist sich als verkürzt: Die rechte Seite der Ungleichung wird bei dieser Vereinfachung ignoriert, das Resultat ist Wachstum zu Lasten der Umwelt. Mit Hilfe der Nachhaltigkeits-Ungleichung kann so der eingangs genannte Zielkatalog überprüft werden, soweit er quantifizierbar ist (für Verteilungsgerechtigkeit läßt sich eine ähnliche Formel ableiten (vgl. Spangenberg et al. 2001).

Da es sich bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien um eine Optimierung in vier unabhängigen Dimensionen handelt ist zudem klar, daß die zu findende Lösung nicht eindeutig sein kann, es also nicht *die Nachhaltigkeitsstrategie* gibt, sondern eine Vielzahl von Optionen, zwischen denen auszuwählen Aufgabe der Politik ist. Statt einer Zielvorgabe kann mit Hilfe der Nachhaltigkeits-Ungleichung ein Korridor potentiell nachhaltiger Strategien eingegrenzt werden, der eher sozial oder kapitalfreundlich gefüllt werden kann, ohne notwendigerweise die seitlichen Begrenzungen zu durchbrechen.

Damit bleibt die Frage, ob ein derartiger Ausgleich möglich ist, ob also Kombinationen von Politiken existieren, die den Balanceakt erfolgreich bewältigen. Im Projekt Arbeit und Ökologie (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2000b) wurden diese Vorgaben insbesondere im ökologisch-sozialen Integrationsszenario umgesetzt, auf das im folgenden schwerpunktmäßig eingegangen wird.

Anliegen des ökologisch-sozialen Integrationsszenarios ist es, aus der Vielfalt der möglichen Nachhaltigkeitsstrategien eine gesellschaftliche Transformation idealtypisch zu skizzieren, die eine weitgehende Entlastung der Umwelt mit dem Erhalt von Sozialität und Lebensstandard sowie mit der Verbesserung von Lebensqualität und Geschlechtergerechtigkeit und einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung verbindet (vgl. Spangenberg 2000). Aus ökologischer Sicht soll die Ressourcenproduktivität schneller steigen als die Wirtschaft wächst, dann sinkt der Ressourcenverbrauch. Dazu dient eine ökologische Finanzreform. Sozial dominiert einerseits die Förderung der Arbeit (einschließlich Erwerbs-, Gemeinwesen- und Versorgungsarbeit), insbesondere durch Arbeitszeitverkürzungen sowie eine verlässliche soziale Absicherung durch eine Mindestsicherung (»negative Einkommenssteuer« – vgl. Ziegler 2002). Die gegenüber dem Kostensenkungsszenario schneller steigenden Lohnkosten führen unter anderem zu einem stärkeren Anstieg der Arbeitsproduktivität.

Ökonomisch soll durch die Setzung verlässlicher Rahmenbedingungen gleichzeitig die politische Steuerungswirkung effektiviert, die Zahl der administrativen Eingriffe in die Wirtschaft verringert und so die Innovationsfähigkeit gestärkt werden. Wirtschaftliche Prozesse sind dann zwar stärker von politischen Zielvorgaben geprägt, aber weniger durch politische Intervention gestört.

Institutionelles Kernziel ist die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie bedarf einer als gerecht empfundenen Verteilung von Vermögen, Macht und Einfluß auch durch Ausbau der Mitbestimmung und Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter,

ebenso wie einer Teilung von Lasten und Rechten. Ein Niedriglohnsektor und weitergehende Flexibilisierungen von Lohn und Arbeitszeit sind im ökologisch-sozialen Szenario nicht vorgesehen.

Im ökologisch-sozialen Integrationsszenario wird angenommen, daß die Unternehmen in erster Linie auf Produkt- und Prozessinnovationen setzen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Schon in der Vergangenheit hat sich ein solcher Qualitätswettbewerb im Gegensatz zum reinen Kostenwettbewerb für Hochpreis- und -lohnländer als die bessere Strategie erwiesen. Eine ökologische Finanzreform setzt Anreize für die Ausrichtung dieser Innovationen.

Sie besteht im Integrationsszenario aus Subventionsabbau, Energiesteuer und Verkehrsabgaben sowie einer Materialeinsatzsteuer (Material Input Tax – MIT, vgl. Omann 2002) und Flächenverbrauchsabgaben. Die damit verbundene Verteuerung energie- und transportintensiver Produkte veranlaßt die Verbraucher/innen zu umweltverträglicheren Konsummustern. Sie stützt zugleich den Aufbau von flächendeckenden Recyclingsystemen. Der ökologische Strukturwandel wird durch fokussierte Infrastrukturprogramme unterstützt.

Der Staat spielt eine aktive Rolle; er nimmt auch weiterhin seine Verantwortung für die soziale Sicherung wahr, wobei er an bewährten Elementen des Sozialsystems festhält. Zusätzlich gewährt er im Wachstumsszenario Übergangshilfen; im Integrationsszenario werden die sozialen Brüche, die mit einer Transformation zur Nachhaltigkeitsökonomie einhergehen, durch ein Bürgergeld (negative Einkommenssteuer) oberhalb der relativen Armutsschwelle abgesichert, das aus dem Aufkommen der Ökosteuern finanziert wird.

Die Reallohnabschlüsse orientieren sich an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Dabei wird im Integrationsszenario die Hälfte der Produktivitätsgewinne nicht als Lohnerhöhung, sondern in Form von Arbeitszeitverkürzung »ausgezahlt«. Die resultierende Arbeitszeitverkürzung von knapp einem Prozent jährlich entspricht dem Trend der siebziger und achtziger Jahre. Lohnerhöhungen erfolgen im Rahmen der Flächentarifverträge, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten wird durch die Berücksichtigung von Belastungsgrenzen reguliert; die Ausweitung der Teilzeitarbeit führt zu einem weiteren Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit. Ein Niedriglohnsektor mit staatlichen Lohnsubventionen ist im Szenario nicht vorgesehen.

Voraussetzung des Abbaus der konjunkturellen Arbeitslosigkeit ist der angenommene Konsens über eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, die der Geldpolitik Spielräume zur Wahrnehmung beschäftigungspolitischer Verantwortung lässt und im Integrations-szenario die arbeitsmarktwirksame Verkürzung der Regelarbeitszeit ermöglicht. Zudem tragen Qualifizierungsmaßnahmen zur Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit bei.

Der Produktivitätsfortschritt zusammen mit einem Abbau der Unterbeschäftigung erlaubt einen erheblichen Anstieg der Realeinkommen; das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2020 um zwei Drittel höher als Mitte der neunziger Jahre. Das entspricht einer langfristigen Wachstumsrate von 1,9 Prozent jährlich.

Die Regelarbeitszeit sinkt um 0,9 Prozent pro Jahr auf durchschnittlich 27 Wochenstunden in 2020, der zusätzliche Beitrag der Teilzeitförderung wurde auf 0,2 bis 0,4 Prozent geschätzt, aber nicht

simuliert. Gleichzeitig steigt das disponible Einkommen im Integrationsszenario bis 2020 um rund ein Drittel.

Die Arbeitslosigkeit sinkt auf rund drei Prozent (1,25 Millionen), dabei sind nachhaltigkeitsorientierte Branchenprogramme zum Beispiel im Bau-, Agrar- und Verkehrssektor, die nach unterschiedlichen Quellen insgesamt ein Beschäftigungspotential von über einer Million Arbeitnehmern/innen aufweisen, ebenso wenig quantifiziert wie die Folgen vermehrter Teilzeitarbeit und die Möglichkeiten, die sich durch das Bürgergeld insbesondere für sozial abgesicherte Nicht-Erwerbsarbeit ergeben. Auch wenn die Potentiale nicht optimistisch geschätzt oder nicht additiv sein sollten kann das Ergebnis als Vollbeschäftigungssituation bezeichnet werden.

Gleichzeitig kann bis zum Jahr 2020 die Umweltentlastung gegenüber 1990 deutlich verringert werden. Die CO₂-Emissionen sinken trotz Atomausstieg um 60 Prozent, die Stoffströme werden um rund 40 Prozent verringert und der zusätzliche Flächenverbrauch läuft aus. Über die fortgesetzten Maßnahmen des traditionellen Umweltschutzes hinaus ist damit dem Prinzip der Umweltvorsorge Genüge getan.

Der starke Fall der Lohnquote endet; im Integrationsszenario steigt die Lohnquote erstmals seit den siebziger Jahren wieder an, wengleich mit knapp 0,1 Prozent pro Jahr nur minimal.

Im Rahmen des Projektes konnten fünf *strategische Handlungsfelder* und zugehörige Schlüsselstrategien identifiziert werden, die für eine umfassende sozial-ökologische Reform unverzichtbar sind, bei denen jedoch erhebliche Freiheitsgrade in der konkreten politischen Ausgestaltung bestehen:

- die ökologische Gestaltung des Strukturwandels durch fiskalische Instrumente (Ökosteuern, Mehrwertsteuer) und Information;
- die soziale Gestaltung des Strukturwandels durch eine soziale Grundsicherung, Abbau von Geschlechterdiskriminierungen, Qualifikationsmaßnahmen und eine Aufwertung der Nichterwerbsarbeit;
- Innovationsförderung nicht nur durch Bildung, Forschung und Entwicklung, sondern auch durch inner- und außerbetriebliche Partizipation;
- Verkürzte Arbeitszeiten, die nicht nur Teilzeitstellen (auch für Männer) bieten, sondern auch eine Verkürzung der Regelarbeitszeit in Verbindung mit besseren Wahlmöglichkeiten und bessere Verbindbarkeit von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeiten;
- Konsumwandel durch Preisgestaltung, Information (Kennzeichnung) und das Angebot von Alternativen.

Eine derartige Strategie ist bei hinreichendem politischen Willen machbar. Sie muß jedoch ihre Ziele für alle Nachhaltigkeitsdimensionen klar definieren, Maßnahmebündel aufstellen und Indikatoren benennen (vgl. Spangenberg 1996 b), ohne in die »Wachstumsfalle« zu geraten: Wachstum ist weder Ziel noch Mittel der Politik, wohl aber zum Teil ihr Ergebnis. Wer nur auf Wachstumsraten fixiert ist übersieht, daß nicht ihre absolute Größe, sondern ihre Relation zu den Umwelt- und Sozialkennziffern bestimmen, ob die wirtschaftliche Entwicklung »nachhaltigkeitsverdächtig« (Daly 1996) ist.

Literatur

- Altwater, Elmar (1985): *Lebensgrundlage (Natur) und Lebensunterhalt (Arbeit)*, in: WZB Papers, Berlin.
- Amlung, Wolfgang; Bodewig, Kurt; Heinz, Joachim; Hunger-Weßeloh, Gabriele; Kern, Roland; Kollatz, Matthias; Konieczka, Vera; Lüth, Hans-Jörg; Türmer, Reiner M.; Wüst, Franz-Josef (Hrsg.) (1984): *Für einen neuen programmatischen Impuls. Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten*, Marburg.
- Brandl, Sebastian (2000): *Leitenden und Strategien für eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft*, in: *perspektiven ds*, 17(2), S. 33-41.
- Costanza, Robert; Atkinson, Alan; Davis, Joan; Norgaard, Richard B.; Meadows, Donella H. (2001): *Special section in memoriam of Donella (Dana) Meadows*, in: *Ecological Economics*, 38(2), pp. 161-178.
- Daly, Herman E. (1991): *Steady State Economics*. Washington/Covelo.
- Daly, Herman E. (1996): *Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development*, Boston.
- Hans-Böckler-Stiftung (Hg.) (2000a): *Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie*, Düsseldorf.
- Hans-Böckler-Stiftung (Hg.) (2000b): *Arbeit und Ökologie*, Enderbericht, Düsseldorf.
- Hildebrandt, Eckart (1997): *Nachhaltige Lebensführung unter den Bedingungen sozialer Krise – einige Überlegungen*, in: Brand, K. W., *Nachhaltige Entwicklung – Eine Herausforderung an die Soziologie*, Opladen, S. 244-258.
- Hildebrandt, Eckart (1999): *Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung*, in: WZB Papers P 99-507, Berlin.
- Hinterberger, Friedrich, Luks, Fred, Schmidt-Bleek, Friedrich (1997): *Material Flows vs. »natural capital« – What makes an economy sustainable?*, in: *Ecological Economics*, 23(1), pp. 1-14.
- Hinterberger, Friedrich, Luks, Fred, Stewen, Marcus (1996): *Ökologische Wirtschaftspolitik: Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe*, Basel/Berlin.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2000): *IPCC Special Report: Emission Scenarios*, New York, Nairobi.
- Lorek, Sylvia, Spangenberg, Joachim H. (2001): *Environmentally Sustainable Household Consumption. From Aggregate Environmental Pressures to Indicators for Priority Fields of Action*, Wuppertal Paper 2001 p. 50.
- Meadows, Donella H. et al. (1992): *Beyond the limits*, Chelsea.
- Meadows, Donella H. et al. (1972): *The Limits to Growth*, New York.
- Meyer, Bernd; Bockermann, Andreas; Ewerhart, Georg; Lutz, Christian (1999): *Marktkonforme Umweltpolitik*, Heidelberg.
- Omman, Ines (2002): *Materialinputsteuer als Instrument sozial-ökologischer Nachhaltigkeit – ein Versuch der Integration*, in: Spangenberg, J.H. (Hg.), *Nachhaltigkeit für Deutschland. Ein ökologisch-soziales Szenario*, München.
- ProClim – Forum für Klima und Global Change (Hg.) (1996): *Zweiter umfassender IPCC-Bericht. Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger und Synthesebericht*, Bern.
- Roepke, Inge (1999): *The dynamics of willingness to consume*, in: *Ecological Economics*, 28(3), *Special Issue Consumption and Environment – Perspectives from Ecological Economics*, pp. 399-420.
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1994): *Wieviel Umwelt braucht der Mensch?*, Berlin/Basel.
- Spangenberg, Joachim H. (1987): *Ökologie, menschliche Umwelt und die Grenzen der Gestaltbarkeit*, in: *perspektiven ds*, 4(1), S. 11-20.
- Spangenberg, Joachim H. (ed.) (1995): *Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute for Friends of the Earth Europe, Luton/Brussels*.
- Spangenberg, Joachim H. (1996a): *Klimawirksamkeit abfallwirtschaftlicher Maßnahmen. Ein Diskurs über Umwelt, Klima, Stoffströme und Abfallwirtschaft*, in: Wiemer, K./Kern, M., *Abfallwirtschaft – Neues aus Forschung und Praxis. Biologische Abfallbehandlung III*, Witzhausen, S. 63-78.
- Spangenberg, Joachim H. (1996b): *Welche Indikatoren braucht eine nachhaltige Entwicklung?*, in: Köhn, J./Welfens, M. J., *Neue Ansätze der Umweltökonomie*, Marburg.
- Spangenberg, Joachim H. (2000): *Nachhaltigkeit für Deutschland. Ein ökonomisch-soziales und ein ökologisch-soziales Szenario im Vergleich*, in: *Ökologisches Wirtschaften*, H. 6, S. 31-33.
- Spangenberg, Joachim H. (2001a): *The Environmental Kuznets Curve – a Methodological Artefact*, in: *Population and Environment*, 22(6), in print.
- Spangenberg, Joachim H. (2001b): *Sustainable development: From catchwords to benchmarks and operational concepts*, in: Charter, M./Tischner, U. (eds.), *Sustainable Solutions: Developing Products and Services for the Future*, Sheffield, pp. 24-47.
- Spangenberg, Joachim H. (ed.) (2002): *Nachhaltigkeit für Deutschland. Ein ökologisch-soziales Szenario*, München
- Spangenberg, Joachim H., Femia, Aldo, Hinterberger, Friedrich, Schütz, Helmut (1999): *Material Flow-based Indicators in Environmental Reporting*, Luxembourg.
- Spangenberg, Joachim H.; Omman, Ines; Bockermann, Andreas; Meyer, Bernd (2001): *Modelling Sustainability – European and German Approaches*, in: Matthies, M./Malchow, H./Kriz, J. (eds.), *Integrative Systems Approaches to Natural and Social Dynamics*, Berlin/New York, pp. 481-503.
- United Nations (1992): *Results of the World Conference on Environment and Development: Agenda 21*, UNCED United Nations Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro.
- World Commission on Environment and Development (WCED) (1987): *Our Common Future*, Oxford.
- Weißsäcker, Ernst-Ulrich von, Lovins, Amory B., Lovins, L. Hunter (1996): *Faktor Vier*, München.
- Ziegler, Ralf (2002): *Die negative Einkommenssteuer nEST als Beispiel einer sozialen Grundversicherung*, in: Spangenberg, J. H. (ed.), München.

YASH TANDON

Globale Herrschaft und Gerechtigkeit



Yash Tandon lebt in Zimbababwe und ist Professor für politische Ökonomie, lehrte unter anderem an der Makerere-Universität (Uganda) und an der Universität von Dar-es-Salaam (Tansania), ist Begründer des International South Group Network, dessen erster Präsident er war, und derzeitiger Direktor der Southern and Eastern African Trade Information and Negotiations Initiative; er hat in einer Vielzahl von Veröffentlichungen vor allem Fragen der Wirtschaft Afrikas und der internationalen Beziehungen behandelt.
Foto: privat

Die internationale Arena wird heute maßgeblich von drei Akteursgruppen geprägt – Staaten und zwischenstaatliche Institutionen, transnationale Unternehmen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen (Nichtregierungsorganisationen, international agierende Bewegungen und Medien). Wenn nun gefragt wird, welche dieser drei Gruppen am ehesten in der Lage sein wird, eine gerechtere Welt zu schaffen, dann ist es zunächst wichtig, sich folgende elementare Einsichten in Erinnerung zu rufen. *Erstens* ist keiner dieser Akteure unparteiisch; diejenigen, die behaupten ›objektiv‹, ›universell‹ oder ›neutral‹ zu sein, täuschen sich selbst und andere. *Zweitens* ist und bleibt auch die Sprache verräterisch; sie ist nach wie vor ein mächtiges Instrument von Kontrolle und Manipulation. Und schließlich ist *drittens* der herrschende Diskurs so übermächtig, daß andere Positionen in der Regel als ›nicht konstruktiv‹, ›verschwörerisch‹, ›nicht differenziert genug‹ oder gar als ›manichäisch‹¹ abgetan werden.

In diesem Beitrag geht es deshalb vor allem darum, eine Alternative zu den herrschenden ›Ideen‹ aus der Sicht jener zu entwickeln, die am Rande des heutigen politischen und ökonomischen Weltsystems stehen. Am Beginn steht dabei eine Analyse der aktuellen Situation, die zu dem Schluß kommt, daß die Zivilisation inzwischen krankhafte Züge trägt, sie ist weder rational noch human. Heute nutzt ein hegemonialer Block (die G7- beziehungsweise G8-Staaten zusammen mit den etwa hundert größten Megakonzernen) seine Macht, um die internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen (UNO), die Weltbank, den Weltwährungsfonds (IWF) oder die Welthandelsorganisation (WTO) und den ›Rest‹ der Welt zu beherrschen. Dieses System hat einerseits die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie in nie gekannter Weise vorangetrieben, und gleichzeitig auf der anderen Seite ein unvorstellbares Maß an völlig ungerechtfertigter Armut hervorgebracht. In diesem Widerspruch findet die Pathologie des Systems seinen schlagenden Ausdruck. Im zweiten Abschnitt wird unter Rückgriff auf das Konzept von *John Rawls* – Gerechtigkeit als Fairneß – versucht, ein alternatives Konzept von Gerechtigkeit auf der globalen Ebene abzuleiten. Schließlich geht es im letzten Teil darum, dieses Gerechtigkeitsverständnis auf die gegenwärtige Welt anzuwenden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach den Akteuren, die einem solchen Konzept zum Durchbruch verhelfen können.

Auf dem Weg in die Barbarei – die Welt wie sie wirklich ist

Die heutige Zivilisation ist ohne Zweifel barbarisch, und zwar sowohl zu Menschen als auch gegenüber anderen Lebewesen. Sie ist absichtsvoll zerstörerisch. Selbst Raubtiere töten nur, um ihren Hunger zu stillen, und auch die Menschen früherer Epochen töteten hauptsächlich für den Nahrungserwerb. Mit der weiteren ›Entwicklung‹ der Zivilisation trat neben den Ernährungszweck auch das Töten aus Lust. In der kapitalistischen Gesellschaft jedoch bringen Menschen andere Lebewesen vor allem für den Profit um. Die Produktion von Nahrungsmitteln ist nur noch eine Form der Profitmacherei unter anderen. Und selbst wenn Hunderte verhungern sollten, zuerst kommt der Profit.

Im Gegensatz zu Tieren vernichten Menschen auch Arten, die sie nicht essen. ›Unkräuter‹ und ›Schädlinge‹ werden jedoch nicht schlechthin ›bekämpft‹, das Ziel ist jedesmal ihre totale Ausrottung für ›immer und ewig‹. Tiere gehören in Zoos oder Parks und die unterschiedlichen Arten von Nutzpflanzen in Gen-Banken und Laboratorien. Nichts darf frei und unabhängig von menschlichem Nutzen und Willen existieren – darin resümiert sich der auf den Menschen zentrierte Aspekt eines globalen Herrschaftsanspruchs.

Im Gegensatz zu Tieren töten Menschen Konkurrenten. Während zum Beispiel Löwen Geparden nicht töten, obwohl beide Giraffen jagen, töten Menschen andere Menschen oder Tierarten, wenn sie mit ihnen um Land, um Wald, um Rinder, um Fische, um Wasser, um Raum oder sogar wenn sie um Vergnügungen konkurrieren. Konkurrenz mag ein wichtiger Antrieb für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik sein, in ihr wurzelt aber auch die Tendenz zur Barbarei. Die heutige kapitalistische Gesellschaft ist daher nicht nur die am stärksten durch Wettbewerb geprägte Gesellschaft, sie ist auch die zerstörerischste. Millionen von Arten werden jeden Tag vernichtet, Millionen Leben zerstört, nur weil jene Wesen nicht über die nötige ›Kaufkraft‹ verfügen, um Nahrung, Unterkunft, Bekleidung oder Medikamente zu erwerben. Dies ist ohne Zweifel der barbarischste Abschnitt in der Entwicklung der menschlichen Zivilisation.²

Natürliche Arten werden vernichtet, um durch profitable Industrieerzeugnisse ersetzt zu werden. Das, was jetzt als ›Konsumgütervielfalt‹ gilt, ist nicht selten direkte Folge der Vernichtung biologischer Vielfalt. Heute übertrifft die Vielfalt der Warenwelt schon bei weitem die der Natur. 200 Millionen neue Produktarten haben seit 1993 Millionen ausgerotteter Arten von Lebewesen ersetzt. Wenn *Joseph Schumpeter* vor einem halben Jahrhundert seine berühmte Metapher von der »kreativen Zerstörung« als Grundlage kapitalistischer Entwicklung geprägt hat, so kann von der gegenwärtigen Entwicklungsphase gesagt werden, daß in ihr die Zerstörung der Natur und ihre Ersetzung durch profitable »Kreationen« dominiert.

Globale Herrschaft wird durch Profit gesteuert. Das ist durchaus keine überzogene Behauptung. Sicher gibt es noch andere Sphären der Globalität wie zum Beispiel Musik, Kultur, Sozialfürsorge, Hilfsprogramme usw. und es gibt auch noch Bereiche der Gesellschaft, die nicht den Profitwängen des Marktes unterworfen sind,

1 ›Manichäisch‹ meint eine Argumentation in einander absolut ausschließenden Gegensätzen. Der Manichäismus geht auf den Perser Mani (lat. Manichaeus, 216 bis 276) zurück und basiert auf der These, daß die Welt durch den Kampf der absolut entgegengesetzten Kräfte des Lichtes und der Finsternis, von Geist und Materie, des guten und des bösen Prinzips bestimmt sei – vgl. Michael Brie: Über welche Brücken sollen wir gehen, welche Mauern sollen wir überwinden? In: UTOPIE kreativ, Nr. 134 (Dezember 2001), S. 1072, Fußnote 2 (Anmerkung des Übersetzers).

2 Der Umfang, in dem sich die globale Biodiversität heute verringert, ist nur mit der Katastrophe infolge des ›K-T-Ereignisses‹ vergleichbar, jenem Massensterben, dem nicht nur die meisten Dinosaurier, sondern auch ca. 76 Prozent aller anderen, damals auf der Erde lebenden Arten zum Opfer fielen. So befürchtet die UN Task Force On Global Development Impact, daß bis 2040 nahezu zwei Drittel aller heute lebenden Arten ausgerottet sein werden.

3 Der Begriff *europäisch-christlich-jüdisch-kapitalistische Zivilisation* ist hier rein deskriptiv, nicht wertend gemeint. Grob gesagt, gibt es in diesem Zivilisationstyp zwei vorherrschende Traditionen. Eine ist die ›naturalistische‹ oder ›rationalistische‹ Tradition mit einem reichen humanistisch-geistigen und kulturellen Gehalt. In dieser Tradition hat auch die heutige Menschenrechtsbewegung ihre Wurzeln. Und dann gibt es da noch die ›realistische‹ Tradition, die mit den Namen Hobbes und Machiavelli verbunden ist. Politik ist aus dieser Sicht eine amoralische Sache, im Kern geht es nämlich nur um Macht. Zwar wird die Existenz von ›Pflichtgefühl‹ oder ›Moral‹ durchaus eingeräumt, dieses haben aber lediglich die Funktion Macht zu legitimieren. Zugespitzt ließe sich sagen, daß die humanistische Tradition eher im Innern der westlichen Nationen und die realistische Tradition mehr für die Gestaltung der internationalen Beziehungen dominierend sind. In den letzten 500 Jahren hat sich diese ambivalent, europäisch-christlich-jüdisch geprägte Zivilisation zudem kapitalistisch transformiert und hat damit eine weitere ›kritisch-revolutionäre‹ Tradition hervorgebracht, die seit mehr als 150 Jahren mit dem Werk von Karl Marx verbunden ist. Auch wenn es nach dem Ende des Kalten Krieges nicht so aussieht, aber die Marxsche Denktradition mit ihrer grundlegenden Kritik des Kapitalismus steht noch immer auf der Tagesordnung, aber sie wird möglicherweise neue Formen und auch neue Inhalte annehmen; auch solche, die von Marx nicht vorhergesehen wurden.

aber im Prinzip ist der Profit die Basis der gegenwärtigen Weltordnung. Und er ist wesentliche Ursache für ihre krankhaften Züge.

Das zeigt sich besonders drastisch im Gesundheitswesen. 1977 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Liste von 306 Medikamenten veröffentlicht, die »jedem Menschen jederzeit in der benötigten Menge und Dosierung zugänglich sein sollten«. Aber die armen Menschen in der ›Dritten Welt‹ (und das ist die Mehrheit der Weltbevölkerung) warten schon seit Jahrzehnten darauf, daß ihnen diese Medikamente zugänglich gemacht werden. Die Handvoll von Konzernen, die die pharmazeutische Industrie beherrschen, weigert sich nach wie vor, diese 306 Medikamente zu entsprechend niedrigen Preisen abzugeben, so daß sie auch von Armen gekauft werden können. Unter den Bedingungen globaler Herrschaft des Kapitals ist auch das Gesundheitswesen dem Profitprinzip unterworfen – der Schutz von Patenten steht folglich über dem Schutz von Patienten.

Auf der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung wurde 1992 in Rio de Janeiro von vielen Ländern bekanntlich die Konvention zur Bio-Diversität unterzeichnet. Dort wird das Recht der indigenen Gemeinden und Nationalstaaten auf Verfügung über ihre biologischen Ressourcen anerkannt. Damit wäre dem freien Zugriff der Pharmakonzerne ein Riegel vorgeschoben. In der Uruguay-Runde des Allgemeinen Handelsabkommens (GATT) wurden jedoch auf Betreiben der USA und deren Alliierten sogenannte *handelsbezogene Rechte an geistigem Eigentum* (Trade-related Intellectual Property Rights – TRIPS) vereinbart, wodurch die Verheißungen der Bio-Diversitäts-Konvention faktisch rückgängig gemacht wurden. Länder, die den Handlungsspielraum international agierender Unternehmen beschränken, müssen jetzt mit Sanktionen durch jene Regierungen rechnen, in deren Staaten die Konzerne ihren Sitz haben. Dadurch wird die Welt faktisch gespalten, in den ›Norden‹ (wo die Konzerne beheimatet sind) und in den ›Süden‹ (in dem sich die größte biologische Vielfalt befindet); um es mit *Samuel Huntington* zu sagen: Die Welt teilt sich in »the West and the Rest«.

Bei allen berechtigten Vorbehalten gegen die von *Huntington* stammende These über den »Kampf der Kulturen« hat er in gewisser Weise, auf einer sehr allgemeinen Ebene doch recht, nämlich wenn es darum geht, den Charakter einer historischen Epoche zu bestimmen. Das Zeitalter nach Ende des Kalten Krieges ist in der Tat durch die wachsende Vorherrschaft eines spezifischen Zweiges der menschlichen Zivilisation – der europäisch-christlich-jüdisch-kapitalistischen³ – über andere Zivilisationen gekennzeichnet. Und diese sicherlich etwas grobe Polarisierung zwischen ›Nord‹ und ›Süd‹ verschärft sich noch immer.⁴

Diese Tendenz wird auch nicht dadurch relativiert, daß sich im ›Norden‹ Elemente des ›Südens‹ und im ›Süden‹ Strukturen des ›Nordens‹ finden lassen. Die vorherrschende ›nördliche‹ Zivilisation ist ursächlich verantwortlich für die Polarisierung auf der Ebene der Welt genauso wie innerhalb von Staaten. Der ›Norden‹ bringt beständig eine kleine herrschende Elite im ›Süden‹ hervor, die ›nördliche‹ Verhaltensmuster der Überkonsumtion auslebt, wie er gleichzeitig innerhalb der Wohlstandsgesellschaften eine unter-

drückte Schicht von Verarmten und Marginalisierten erzeugt, deren Teilhabe am Konsum stark eingeschränkt ist.

Die Modernisierungstheorie der fünfziger und sechziger Jahre ging einst von der Möglichkeit aus, daß der ›Süden‹ seinen Entwicklungsrückstand ›eventuell‹ verringern könnte, wenn er seine Volkswirtschaften nur bereitwillig westlicher Technologie und Wissenschaft öffnen und die demokratischen Institutionen des ›Nordens‹ nachahmen würde. Heute haben sich diese Theorien längst als erwiesen, was sie von Anfang an waren: ideologischer Ausdruck der vorausgesetzten Beherrschung des »Rests« durch den Westen. Heute wird diese Art Herrschaft schlicht ›Globalisierung‹ genannt. Wie das frühere Modernisierungskonzept wird auch ›Globalisierung‹ von ihren Protagonisten als etwas zutiefst technologisch Getriebenes und ökonomisch Zwanghaftes dargestellt – etwas, das nicht aufgehalten werden kann, das, einem ›Naturereignis‹ gleich, unausweichlich der Geschichte eingeschrieben ist.

Aber auch in anderer Hinsicht verdunkelt die Sprache des Westens die Realitäten, zum Beispiel, wenn es darum geht zu bestimmen, was ›barbarisch‹ ist. Als 1998 die US-amerikanischen Botschaften in Dar-es-Salaam und Nairobi mit Bombenattentaten attackiert wurden oder angesichts der Terrorangriffe auf das World Trade Center in New York im September 2001 sprach alle Welt von ›barbarischen Greueln‹. Die sogenannten Vergeltungsschläge – 1998 die Zerstörung einer pharmazeutischen Fabrik im Sudan, der Krieg gegen Afghanistan 2001 –, die den Tod Tausender Unschuldiger zur Folge hatten, wurden im westlichen Jargon jedoch keineswegs als das bezeichnet, was sie zweifellos waren, nämlich ›barbarisch‹. Wenn unter den westlichen Sanktionen gegen den Irak vor allem Kinder leiden müssen, dann ist verharmlosend von ›Kollateralschäden‹ die Rede – Schuld daran sind natürlich immer allein die ›Bösen‹, vertreten durch *Saddam Hussein* oder *Usama bin Ladin* oder das Taliban-Regime.

Diese Kultur der Schuldzuweisung an andere zur Rechtfertigung des eigenen Verhaltens ist tief im Selbstverständnis und in der Geschichte des Westens verwurzelt. *Milosević* ist schuld an den ›Kollateralschäden‹ des Krieges gegen Jugoslawien, *Fidel Castro* ist schuld an den US-amerikanischen Sanktionen gegen Kuba – er muß isoliert, besser noch abgesetzt werden, *Nasser* hatte schuld an der Suez-Invasion, *Patrice Lumumba* war schuld am Chaos im Kongo – und wurde zu Recht ermordet, *Gaddafi* war natürlich selbst schuld, daß sein Haus bombardiert wurde usw. Die Dämonisierung ›rebellischer‹ Führer aus dem ›Süden‹ war schon immer ein Grundzug westlicher ›Rechtfertigung‹ von Barbarei gegen den »Rest«. Die Dämonisierung von einzelnen Persönlichkeiten soll sie von ihrem Volk und ihrer Geschichte trennen, ihnen Vernunft absprechen und sie als irrational oder einfach verrückt denunzieren.

Mit einer entsprechenden Sprache werden Dinge ›akzeptabel‹ gemacht, die offensichtlich unmenschlich und ungerecht sind.

Dem dient nicht zuletzt auch eine spezifische Ideologie. Während Sprache etwas beschreibt, schreibt Ideologie etwas vor. Sie weist die Richtung, in die das Universum zum Nutzen der ›überlegenen‹ Art entwickelt werden soll. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozia-

4 »1960 betrug das Einkommen von 20 Prozent der Weltbevölkerung, die in den reichsten Ländern leben, das 30fache dessen, womit sich die ärmsten 20 Prozent begnügen mußten – 1995 war es bereits das 85fache.«
Human Development Report 1998, p. 29.

lismus ist die gegenwärtig unumstritten herrschende Ideologie bekanntlich die der kapitalistischen Marktwirtschaft. Obwohl sie über die Jahrhunderte seit ihrer Entstehung verschiedenen Modifikationen unterworfen wurde, hat ihre Grundannahme, daß nur Profitinteressen Wachstum hervorbringen, überdauert. Wie alle Ideologien ist auch die ökonomistische Ideologie des Kapitals ein Sammelsurium von Wahrheiten und Lügen. Gegenwärtig dominieren allerdings die Lügen gegenüber den Wahrheiten.

Spekulatives Kapital, auf das heute mehr als 90 Prozent aller Kapitalbewegungen entfallen, erzeugt längst Profit ohne Wachstum. Einer wie *George Soros* verdient durch Spekulationsgeschäfte in sechs Monaten mehr Geld, als ein Unternehmen in sechs Jahren überhaupt erwirtschaften kann. Spekulatives Kapital straft so die ideologische Fiktion, daß Kapital Wachstum schafft, Lügen. Im heutigen Kapitalismus erzeugen 90 Prozent des Kapitals nur heiße Luft – und Profit. Die Tragik besteht darin, daß diese Spekulationsgewinne auf dem Rücken jener Millionen Menschen gemacht werden, deren Leben durch die herbeispekulierten Wirtschaftskrisen ruiniert wird – wofür zwischen 1997 und 1999 Thailand, Indonesien und Südkorea ein beredtes Beispiel geliefert haben.

Ein weiterer ideologischer Glaubenssatz ist die Globalisierungslüge. Angeblich bräuchte der ›Süden‹ für mehr Wachstum nur seine Volkswirtschaften zu liberalisieren, um so Anreize für ausländische Direktinvestitionen zu schaffen. Die Sache wird so dargestellt, als ob der ›Süden‹ dringend Kapital bräuchte und er deshalb Investitionsanreize schaffen müßte. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt.⁵ Im Westen gibt es große Mengen überflüssigen Kapitals, das nach profitablen Anlagemöglichkeiten im ›Süden‹ sucht.

Ironischerweise – und darin zeigt sich die Macht, die Ideologien innewohnt – sind viele Regierungen im ›Süden‹ darauf hereingefallen. Und so konkurrieren sie nun gegeneinander, um dem westlichen Kapital jeweils noch günstigere Bedingungen zu bieten. Sie verschleudern ihre natürlichen Ressourcen und senken die Arbeitslöhne, wovon allein das Kapital profitiert, während für das jeweilige Land ein Teufelskreis von Verarmung und Verschuldung in Gang gesetzt wird, aus dem es kein Entrinnen gibt – auch dafür geben die Opfer der Asienkrise von 1997 ein instruktives Beispiel ab.

Ähnliche Verklärungen finden sich auch auf der Ebene der internationalen Organisationen, von denen es zwei prinzipiell verschiedene Arten gibt – die wirtschaftspolitischen wie IWF, Weltbank und WTO, von denen in der Realität alles abhängt, und die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen, die für die mehr ›visionären‹ Aspekte stehen, wie Gesundheit, Wohlstand, Arbeit, Kultur, Bildung etc. Über die Jahrzehnte wurden die Visionen und die Autorität der UNO zurückgedrängt, während im Gegenzug Macht und Einfluß der Bretton-Woods-Institutionen⁶ stetig gewachsen sind.

In den Zeiten des Kalten Krieges wurde die Frieden und Sicherheit schaffende Funktion der UNO vor allem von den USA und deren Alliierten zur Legitimation für deren weltpolitische Ziele und Interventionen, wie zum Beispiel in Korea, im Nahen Osten und im Kongo – genutzt. Für die Völker des Südens war die UNO vor allem

5 Untersuchungen der UNCTAD zeigen, daß es bei Investitionen im Norden und im Süden bemerkenswerte Unterschiede in den Profitraten gibt. Durchschnittlich können in Afrika 25 bis 40 Prozent Profit erzielt werden, während es in den USA nur fünf bis sechs Prozent sind.

6 Die weltwirtschaftlichen Führungsorganisationen IWF und Weltbank wurden 1944 in Bretton Woods (USA) gegründet. Neben je einer Organisation, die die zwischenstaatlichen Zahlungsverpflichtungen überwachen und im Gleichgewicht halten sollte (IWF), und einer Agentur zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten (Weltbank), war ursprünglich die Gründung einer Welthandelsorganisation vorgesehen. Dies scheiterte zunächst an den USA und führte in das ›Provisorium‹ GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), das erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, im Ergebnis der sogenannten Uruguay-Runde 1994 in die heutige WTO transformiert werden konnte. (Anmerkung des Übersetzers)

ein Forum, um die Entkolonialisierung voranzutreiben, aber dafür haben sie auch bezahlen müssen. Weil sie dafür in einer vom Westen dominierten UNO Allianzen suchen mußten, hatte die Entkolonialisierung ambivalente Folgen. Während die meisten ehemaligen Kolonialmächte an Terrain verloren, waren die USA in der Regel der Gewinner. Mit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums hat sich die Lage sogar noch verschlimmert. Nunmehr kann der Westen seine Ziele auch ohne die UNO verfolgen. Daher haben die westlichen Staaten auch ihr Interesse an den Vereinten Nationen weitgehend verloren, was sich nicht zuletzt in der sinkenden Bereitschaft zu Beitragszahlungen äußert.

Darin liegt eine wesentliche Ursache dafür, daß die UNO in bezug auf Sicherheits- und Friedensfragen weitgehend ins Hintertreffen geraten ist. Dies wird vor allem in Afrika deutlich, wo die halbherzigen und ineffektiven Interventionen in Somalia, Angola oder Ruanda das Ansehen der UNO nachhaltig beschädigt haben.⁷ Überhaupt breitet sich der Verdacht aus, daß in den internationalen Organisationen mit zweierlei Maß gemessen wird. Dies zeigt sich nicht nur in der Hartnäckigkeit, mit der *Milosević* verfolgt wird, während *Savimbi* in Angola noch immer sein Unwesen treiben darf, sondern auch in der Hilfe für Flüchtlinge – im Vergleich zu den Flüchtlingen aus Jugoslawien wird Afrikanern nur das absolut notwendigste an Unterstützung gewährt.

Auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ist das Schicksal der UNO allerdings noch besorgniserregender. Vor allem die USA und Großbritannien haben in den zurückliegenden Jahren systematisch die Rolle und den Einfluß solcher Organisationen wie UNESCO, ILO, UNIDO, UNCTAD und UNDP unterminiert. Die meisten wirtschaftspolitischen Aufgaben der UNO wurden inzwischen an die Bretton-Woods-Institutionen und die WTO übertragen. Diese wurden im Gegensatz zur UNO inzwischen zu machtvollen globalen Herrschaftsinstrumenten ausgebaut. Und dies vor allem deshalb, weil die Stimmenverhältnisse und folglich die Entscheidungsmacht dort in den Händen des Westens liegen, wobei in Wirklichkeit die Macht selbst von einer kleinen Gruppe von ›G-Ländern‹ monopolisiert wird, die auf besonderen Gipfeltreffen zu allen kritischen Fragen Vorabentscheidungen treffen.

Alle Ideologien brauchen Ideologen als bezahlte Helfer der herrschenden Zirkel. Diese finden sich vor allem in jenen Institutionen, die sich in gesetzten Formulierungen der Verbreitung der Globalisierungsideologie befleißigen. Natürlich sind keineswegs alle Vertreter von IWF, Weltbank oder WTO bewußte ideologische Scharlatane, die meisten glauben wohl tatsächlich das, was sie verkünden. Ihr ›Glaube‹ ist nicht zuletzt der Grund, weshalb sie überhaupt in diese Positionen aufgerückt sind. Sie sind wirklich überzeugt davon, daß die Entwicklungsländer ihre Volkswirtschaften dem Kapital öffnen müssen, um dem Teufelskreis der Armut zu entkommen. Allerdings haben seit der Asienkrise 1997 einige angefangen, an der Wirkung der von ihnen empfohlenen Medizin zu zweifeln. Manche unterscheiden jetzt zwischen ›schlechtem‹, spekulativen Kapital und ›gutem‹ Direktinvestitionen – eine Unterscheidung, die sich in der Realität kaum durchhalten läßt.

7 Besonders in Ruanda hat nach Einschätzung unabhängiger Experten der unmotivierte Rückzug von UN-Friedenstruppen erst den Weg für die entsetzlichen Massaker an den Tutsis frei gemacht.

Das eigentliche Problem besteht jedoch darin, daß sich einmal gefaßte Meinungen durch keinen noch so schlagenden Gegenbeweis erschüttern lassen. Im komplexen System von Glaubenssätzen findet sich immer einer, der die praktischen Widersprüche hinweg-erklärt. ›Wenn die Regierungen im Süden sich so verhalten würden, wie wir es ihnen empfehlen, würden sie tatsächlich keine Probleme haben.‹ Das ist der Ausweg für alle Ideologen; denn Ideologien können – nach *Karl Popper* – »nicht widerlegt werden«.

Über mehr als 20 Jahre stand der sogenannte *Washington Consensus*⁸ im Zentrum der ›Entwicklungs‹-Theorie. Seine ›axiomatischen‹ Glaubenssätze wurden nicht nur in akademischen Zirkeln hochgehalten, sie fanden auch Eingang in die praktische Politik gegenüber Entwicklungsländern und bildeten nicht zuletzt das Credo der Strukturanpassungsprogramme der Weltbank. Nach *Joseph Stiglitz*, einst ranghöchster Weltbankökonom, resümiert sich die gesamte ›Philosophie‹ der IWF-Bürokraten in sechs Schlagworten: Inflation, Geldemission, Wachstum, Zinssatz, Haushalt und Handelsdefizit.⁹

Politisch-praktisch war zudem der ›schlanke Staat‹ ein weiterer Eckstein der Weltbank-Orthodoxie. Entwicklungsländer, denen Strukturanpassungsprogramme aufgeherrscht wurden, hatten die Wahl entweder auf Teufel komm raus zu privatisieren oder sich ›so-wjetischen‹ Etatismus vorwerfen zu lassen. Wie auch *Stiglitz* bekannte, war der *Washington Consensus* »fehlgeleitet«, mit seiner Fixierung auf Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ignorierte er die bedeutende Rolle des Staates bei der Regulation der Reproduktion, in der Industriepolitik, bei der Aufrechterhaltung von sozialer Sicherung und Wohlstand. Ob fehlgeleitet oder nicht, der *Washington Consensus* hat allein dem Westen genutzt, weil Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung westlichen Konzernen ein größeres Maß an Kontrolle über die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer ermöglichten. Während die Illusionen der Strukturanpassungsprogramme heute längst zusammengebrochen sind, zahlen die Armen dafür noch immer einen hohen Preis. Tausende haben ihre Arbeit verloren und wurden in den informellen Sektor abgedrängt, für weitere Tausende ist der Reallohn dramatisch gefallen, und das vom IWF durchgesetzte Modell der ›Kostenteilung‹ zwingt die Armen dazu, für Gesundheitsversorgung und Bildung bar zu bezahlen oder aber ihre Kinder (vor allem Mädchen) aus der Schule zu nehmen. Zur selben Zeit steigen die Profite der westlichen Konzerne und der Spekulanten unaufhörlich.

In der doppelzüngigen Sprache der Neoliberalen handelt es sich bei all dem *lediglich* um ›Marktversagen‹. Die sprachlichen Verrenkungen erreichen wahrlich das Niveau absurder Quantensprünge!

Gerechtigkeit als Fairneß – Gerechtigkeit in einer ›globalisierten‹ Welt

Gerechtigkeit war in der Geschichte stets ein heiß umkämpftes Terrain. Es gibt eine Fülle rivalisierender Konzepte und Theorien. Hier wird die Konzeption von *John Rawls* ›Gerechtigkeit als Fairneß‹ zum Ausgangspunkt genommen.¹⁰

Bevor hier Details der Rawlschen Theorie erörtert werden, sei an dieser Stelle ausdrücklich festgehalten, daß *Rawls*, der in der Tradi-

8 Hinter dem Begriff ›Washington Consensus‹ verbirgt sich eine ordnungspolitische Strategie, die die (Wieder)Herstellung oder Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Kreditwürdigkeit sowie die marktwirtschaftliche Stabilisierung von (Entwicklungs)Ländern zum Ziel hat. Dies soll mit Hilfe von marktwirtschaftlicher Deregulierung und Privatisierung sowie der Liberalisierung des Außenhandels erreicht werden. Um die angestrebte Erhöhung der internen Spar- und Investitionsrate sowie eine Verbesserung des Investitionsklimas für ausländische Investoren zu sichern, wird die praktische Durchführung derartiger Strategien von IWF und Weltbank mit sogenannten Strukturanpassungsprogrammen, die mit konkreten wirtschaftspolitischen Auflagen verbunden sind, flankiert. (Anmerkung des Übersetzers)

9 Vgl. Stiglitz, Joseph: More Instruments and Broader Goals: Moving Towards the Post-Washington Consensus, Speech delivered 7 January 1998 WIDER Annual Lecture, Helsinki, Finland.

10 Vgl. Rawls, John (1972): *A Theory of Justice*, Oxford (dt. Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1979).

tion des westlichen Liberalismus steht, natürlich von dieser Denkschule herrührende Neigungen und Vorurteile hat. So zum Beispiel die Tatsache, daß bei *Rawls* Freiheit einen höheren Stellenwert hat als Gleichheit. Von daher spielen bei ihm Reichums- oder Machtunterschiede, die jedoch ungleiche Chancen bei der Verwirklichung von Freiheit zur Folge haben, eine zu geringe Rolle. Oder seine seltsame – von der Geschichte nicht gedeckte – Auffassung, daß freiheitliche Staaten keine Kriege führen, und wenn sie es dennoch tun, dann nur als Reaktion auf die Aggression eines autoritären Staates.

Trotzdem entwickelt *Rawls* interessante Überlegungen zum Gerechtigkeitsproblem. Eine davon ist seine Annahme von Gerechtigkeitsgrundsätzen, die er von einem imaginären »Ausgangszustand« ableitet. Eine zweite ist die Einführung eines »differenzierenden Prinzips«.

Im Rawlsschen »Ausgangszustand« wissen die Akteure praktisch nichts über sich selbst, nichts über ihr Geschlecht, Klasse, Religion, Macht, Intelligenz, nichts über Interessen oder Wertvorstellungen – über sie ist ein »Schleier der Unwissenheit« gebreitet. Von diesem Zustand aus leitet *Rawls* Gerechtigkeitsgrundsätze ab, »denen freie und gleiche Menschen unter fairen Bedingungen zustimmen würden« (Rawls 1979: 32). Sein theoretisches Konzept basiert auf formaler prozeduraler Gerechtigkeit, die dann gegeben ist, wenn die primären Güter – in der Reihenfolge: Freiheit und Chancen, Einkommen und Reichtum sowie die Grundlagen der Selbstachtung – unter den Individuen gleich verteilt sind. Eine ungleiche Verteilung bei allen oder einigen dieser Güter ist jedoch dann zulässig, wenn dies auch von Nutzen für die weniger Begünstigten ist.¹¹

Rawls wendet sich prinzipiell gegen institutionelle Ungleichheit, es sei denn, diese ist auch vorteilhaft für die schwächsten Glieder der Gesellschaft. Die Attraktivität dieses Konzepts besteht darin, daß es nicht wie die Utilitaristen des 19. Jahrhunderts und die heutigen Ökonomen Nutzen nur unter Wohlstandsaspekten sieht, sondern diesen auf die sogenannten primären Güter bezieht. Dieses Konzept grenzt sich mit dem prozeduralen Prinzip von Gerechtigkeit als Fairneß, dem die Akteure auch im Zustand »der Unwissenheit« zustimmen würden, auch von jenen Theoretikern ab, für die (wie Locke, Grotius, Kant und andere) Gerechtigkeit mittels ›Vernunft‹ hergestellt werden kann. Für *Rawls*' Konzept ist vielmehr das »Unterschiedsprinzip« wesentlich, daß soziale und wirtschaftliche Ungleichheit dann hinnehmbar ist, wenn es gelingt, sie so zu gestalten, daß »es dadurch auch den nicht so Begünstigten besser geht«. Für ihn sind die natürlichen Unterschiede zwischen den Menschen kein Nachteil, sondern ein wichtiges Gut, das eine notwendige Bedingung für das Wohlergehen aller darstellt. Auf seine Art ist *Rawls* radikaler als jene, die stets mit Verve über ›globale öffentliche Güter‹ oder die ›globale Allmende‹ räsionieren.¹² Diese Radikalität verschwindet bei *Rawls* aber merkwürdigerweise sofort, wenn er sich mit den Verhältnissen zwischen Staaten befaßt. In seiner Schrift *The Law of Peoples*¹³ argumentiert er, daß das »Unterschiedsprinzip« für die Beziehungen zwischen Nationen nicht gelte.

Rawls' Konzept muß daher in zweierlei Hinsicht abgelehnt werden. *Erstens* ist sein methodologischer Individualismus zurückzu-

11 »Es ist nichts Unge-
rechtes an den größeren
Vorteilen weniger, falls es
dadurch auch den nicht so
Begünstigten besser geht.«
John Rawls: Eine Theorie
der Gerechtigkeit,
Frankfurt/M., S. 32.

12 Vgl. Kaul, Inge;
Grunberg, Isabelle; Stern,
Marc A. (1999): Global
Public Goods, New York
(UNDP).

13 Rawls, John (1993):
The Law of Peoples, in:
Shute/Hurley (eds.), On
Human Rights, o. O.

weisen, da dieser weder empirisch noch ethisch konsistent ist. Niemand kann sich außerhalb gesellschaftlicher Strukturen stellen oder ohne soziale Integration in Reproduktionsverhältnisse überleben. Neben Individuen haben daher auch Gemeinschaften und Staaten inhärente Rechte, diese Einsicht bleibt *Rawls* mit seinen auf das Individuum fixierten Gerechtigkeitsgrundsätzen verschlossen.

Wenn der Rawlssche »Ausgangszustand« unter dem »Schleier der Unwissenheit« auch für Staaten angenommen wird, dann ist nicht einzusehen, wieso sich Staaten nicht ähnlich wie Individuen verhalten sollten. Das heißt, jede Nation hätte das gleiche Recht auf grundlegende Freiheiten, solange dadurch nicht die Freiheit anderer eingeschränkt wird. Also wären auch hier soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten so zu gestalten, daß sie den weniger Begünstigten nutzen und zu allen Institutionen sollten für alle prinzipiell gleiche Zugangschancen bestehen.

Diese Prinzipien sind in der internationalen Sphäre nicht völlig neu. So gibt es bereits seit vielen Jahren eine weitgehend akzeptierte Sonderstellung der *am wenigsten entwickelten Länder* (LDC – Least Developed Countries), für die im Welthandel spezifisch begünstigende Regelungen gelten. In ähnlicher Weise hat auch die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 das Prinzip der »gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung« anerkannt. Dieses Prinzip begünstigt zum Beispiel die Entwicklungsländer, deren geringere Verantwortung für die Umweltzerstörung akzeptiert wird und denen zu vorteilhaften Bedingungen Kapital und Technologien zugänglich gemacht werden sollen. Bis zur Gründung der WTO galt zudem auch im GATT das Prinzip der »begünstigenden Ungleichbehandlung« von Entwicklungsländern.

Zweitens muß das in bezug auf Individuen innerhalb von Staaten und in bezug auf zwischenstaatliche Beziehungen unterschiedliche Gerechtigkeitsverständnis von *Rawls* zurückgewiesen werden. Damit verstößt er gegen die von ihm selbst postulierten Normen seines »Ausgangszustandes«. Während in seinem individualistischen Grundkonzept die reale Welt ausgeblendet wird, kommt diese in der Rawlsschen Behandlung der internationalen Beziehungen ausschließlich zum Zuge. In der wirklichen Welt sind natürlich alle Gesellschaften hierarchisch. Der Liberalismus als Überzeugung, die von der Existenz allgemein akzeptierter menschlicher Werte und Grundfreiheiten ausgeht, wird in der Realität von kapitalistischen Strukturen durchsetzt. Das heißt, die Individuen sind in der Wirklichkeit einer Ordnung – dem Kapitalismus – unterworfen, deren Funktionsweise sie kaum beeinflussen können.

Um den Wert des Ansatzes von *Rawls* – Gerechtigkeit als Fairneß – besser beurteilen zu können, ist es sinnvoll, zunächst noch einen kurzen Blick auf alternative Gerechtigkeitskonzepte zu werfen.

Das auf *Güte oder Nächstenliebe basierende Gerechtigkeitskonzept* hat sowohl religiöse als auch weltliche Wurzeln. Im Kern geht es von zwei Grundüberzeugungen aus. Einmal wird eingeräumt, daß Ungleichheit das unvermeidliche Ergebnis aller sozialen und politischen Prozesse ist. Und zum anderen wird postuliert, daß die Reichen ein gewisses Maß an sozialer Verantwortung für die Armen haben.

Wie ist das zu bewerten? Wenn es keine anderen Alternativen gibt,

kommt Güte sicherlich eine gewisse Bedeutung zu. Die Empfänger von Almosen akzeptieren ihre Lage als ›naturegeben‹ oder ›gottgewollt‹ und schulden den Gebern auf ewig Dank. In den internationalen Beziehungen spielt diese Konstellation dort eine nicht unwesentliche Rolle, wo Vertreter des Westen glauben, daß ihre ›Hilfe‹ für die Entwicklungsländer ein reiner Akt der Selbstlosigkeit ist. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß der Reichtum einiger zum erheblichen Teil auf dem ungleichen Tausch im Welthandel oder gar direkt auf Sklaverei und Kolonialismus in der Vergangenheit gründet. Die Empfänger der ›Hilfe‹ werden mit einer Mischung aus Überlegenheit und Herablassung behandelt. Demgegenüber ist das Rawlssche Konzept von den ›Grundlagen der Selbstachtung‹ unbedingt vorzuziehen. »Die Welt braucht Gerechtigkeit und nicht Güte« (Mary Wollstonecraft).

Die *wohlfahrtsorientierte Gerechtigkeitskonzeption* geht auf die Utilitaristen des 19. Jahrhunderts, insbesondere auf *Jeremy Bentham*, zurück. Heute wird dieses Konzept vor allem von sogenannten Wohlfahrtsökonomern (wie Polinsky, Rosner und Sen) vertreten. Ihre zentralen Aussagen kreisen um Begriffe wie Effektivität, Verteilung, Anrechte, Gini-Koeffizient und insbesondere das Pareto Optimum.¹⁴

Was ist davon zu halten? Zweifellos hat die Wohlfahrtsökonomie einen wichtigen Beitrag zu einer normativen Fundierung der Wirtschaftstheorie geleistet und sowohl das UNDP-Konzept ›Menschliche Entwicklung‹ als auch die Weltbank-Programme zur Armutsbekämpfung positiv beeinflusst. Aber als Gerechtigkeitsprinzip ist dieses Konzept ungeeignet, denn es setzt lediglich auf die Abmilderung einer an sich als gegeben hingenommenen Ungleichheit. Demgegenüber erweist sich das Rawlssche Prinzip, daß Ungleichheit nur dann akzeptiert werden darf, wenn auch die Schwächsten davon profitieren, als überlegenes Konzept.

Schließlich wäre da noch die Alternative, *Gerechtigkeit als eine Art teleologische Bewegung* innerhalb der Geschichte anzusehen. Und es gibt durchaus einige, die glauben, daß sich die Welt insgesamt schon in die richtige Richtung entwickelt. Einer der bekanntesten Protagonisten dieser Denkrichtung ist *David Held*, für den eine »kosmopolitische« globale Ordnung längst im Entstehen begriffen ist. *Held* sieht zwar durchaus die realen Probleme des globalen Systems und weiß um die Grenzen des liberalen Staates, aber er vertritt trotz allem einen geradezu naiven Glauben an eine historische Tendenz zur »globalen Verflechtung«, die aus der Erosion der nationalstaatlichen Souveränität hervorgehen soll.¹⁵

Das Problem besteht jedoch darin, daß sowohl die Erosion der Souveränität als auch die aufkommende weltgesellschaftliche Verflechtung spezifische Züge tragen. Souveränität kann nämlich nicht von Macht getrennt werden. In der Tat sind Macht und Souveränität der kleinen und mittleren Länder des Südens erodiert, während die extraterritoriale Macht der USA und der Europäischen Union phänomenal gewachsen ist. Und auch die wachsenden Verflechtungen sind einseitig. Mit der Liberalisierung der Märkte und dem Fortschreiten der Konzentrationsprozesse nimmt auch die Macht derer zu, die Kommunikationsnetze und Finanzmärkte beherrschen. Es

14 Als ›Pareto-optimal‹ gilt eine gegebene Verteilungskonstellation dann, wenn durch Umverteilung niemand mehr besser gestellt werden kann, ohne daß ein anderer schlechter dadurch gestellt wird – benannt nach dem italienischen Ökonom Vifredo Pareto (1848 – 1923). Das Pareto-Optimum gilt in der Wohlfahrtsökonomie als zentrales Kriterium bei der Suche nach einer optimalen Verwendung der Ressourcen. (Anmerkung des Übersetzers)

15 Vgl. Held, David (1991): *Democracy, the Nation-State, and the Global System*, in: Ders. (ed.), *Political Theory Today*; Ders. (1993): *Democracy: From City-States to a Cosmopolitan Order?*, in: Ders. (ed.), *Prospects for Democracy*.

entsteht keine ›kosmopolitische‹, sondern eine ›homogenisierte‹ Weltordnung, die von einer bestimmten Kultur geprägt und von einem Machtblock kontrolliert wird.

Was *Held* und anderen Vertretern derartiger Konzepte vorgehalten werden muß, ist ihre Ignoranz gegenüber der Ambivalenz der Entwicklung. Die Welt ist auf dem ›richtigen Weg‹, wenn man es von der ›richtigen Seite‹ aus betrachtet, von der Seite der Gewinner. Dieses Bewußtsein von den realexistierenden Vorteilen und ihre Nutzung wollte *Rawls* gerade mit seiner Annahme vom »Schleier der Unwissenheit« umgehen. Bei ihm haben die Akteure keine Sonderinteressen, weil sie ihre positionellen Vorteile nicht kennen.

In der realen Welt gibt es diese Vorteile jedoch sehr wohl und deshalb ist nun die Frage zu diskutieren, von welchen der eingangs genannten drei Akteursgruppen am ehesten die Verwirklichung von Gerechtigkeit als Chancengleichheit erwartet werden kann.

Gerechtigkeit statt Macht – durch Druck von unten

Die Frage nach den Akteuren zur Durchsetzung von mehr globaler Gerechtigkeit ist weniger theoretisch-abstrakt als vielmehr sehr konkret – es geht um konkrete Staaten oder internationale Organisationen oder Konzerne oder zivilgesellschaftliche Institutionen.

Ein wichtiger, einflußreicher Staat könnten vor allem die USA sein. Aber, wie weiter oben gezeigt, sind die USA nicht nur selbst eine ›hierarchische‹ Gesellschaft, sie verhalten sich nach außen auch ausgesprochen räuberisch. Auf der internationalen Ebene nutzen zudem die US-Konzerne die Macht des Staates, um dem Rest der Welt ihre Bedingungen zu oktroyieren. Die Bevölkerung in den USA ist insofern gefangen in dieser Konstellation von Macht und Ausplünderung, als sie alle vier Jahre eine entsprechende Administration wählt, ihre Arbeitsplätze vom Geschäftserfolg der Konzerne und ihr gesamter konsumistischer Lebensstil von der Aufrechterhaltung der US-amerikanischen Vormachtstellung abhängen. Dies trifft in ähnlichem Maße auch auf den gesamten Westen zu – die Fortsetzung des (Über)Konsummodells durch die Bevölkerung hat die (Über)Ausbeutung des Restes der Welt durch ihre Konzerne zur Voraussetzung. Und umgekehrt gelingt es mittels der exorbitanten Profite der Großunternehmen, die einheimische Bevölkerung in materieller Zufriedenheit und ideologischer Komplizenschaft zu halten. Durch diese Perversion wird auch das reiche westliche Erbe in bezug auf die Menschenrechte zum Teil entwertet. Wenn zum Beispiel westliche Staaten Kinderarbeit im Süden anprangern, erzeugt dies bei den Betroffenen immer auch den Verdacht, daß sich hinter dem Kampf um ein besseres Leben für Kinder zugleich auch die Absicht verbirgt, die eigenen (teuren) Industrien vor der Billiglohnkonkurrenz zu schützen. Ähnlich verhält es sich wahrscheinlich auch bei den Bombardements der NATO auf Irak oder Jugoslawien. Dies geschieht durchaus nicht nur, um die ›Menschenrechte‹ zu schützen, sondern um egoistische strategische und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Das westliche Verhalten in der internationalen Arena hat der Menschenrechtsbewegung eher geschadet als genutzt.

Damit sollte klar geworden sein, daß die westlichen Staaten nicht zu jenen zählen, die Gerechtigkeit durch faire Chancengleichheit im

Weltsystem den Weg ebnen. Die Durchsetzung von Gerechtigkeit gehört einfach nicht zu deren Aufgaben. Ihre Pflicht ist es dafür zu sorgen, daß das Weltsystem ihren strategischen und wirtschaftlichen Interessen dient. Genauso klar ist, daß die westlichen Konzerne nicht als Verfechter von Gerechtigkeit gelten können. Von ihnen kann vielleicht einiges an ›Güte‹ oder ›Wohlfahrt‹ erwartet werden, aber unter dem Aspekt von Gerechtigkeit als Fairmeß sind selbst derartige Aktivitäten suspekt. Zu allen Zeiten haben die Herrschenden versucht, mit Almosen die Beherrschten zu korrumpieren und ihr eigenes Gewissen zu beruhigen. Die Empfänger haben sich jedoch selten wirklich täuschen lassen, zwar sind sie gegenüber ihren ›Herren‹ dankbar, aber sie wissen genau, daß dies mit Gerechtigkeit nichts zu tun hat. Die transnationalen Konzerne sind Teil des Problems, kein Element seiner Lösung. Auch deshalb gibt es inzwischen eine breite internationale Bewegung, die versucht, die Macht dieser Firmen zu begrenzen oder ihre Aktivitäten wenigstens durch die Übernahme sozialer Verantwortung in die Gesellschaft zurückzubinden.

Die Staaten und Unternehmen im Süden sind sowohl schwach als auch abhängig von den Metropolen und deren Unternehmen aus dem westlichen Teil der Welt. Heute dreht sich zudem alles um das Kapital. Mit dem Kapital kommen angeblich moderne Technologien und mit diesen Technologien erhöht sich der Produktionsstandard überhaupt. Um nun allerdings westliches Kapital anzulocken, müssen die Länder des Südens ihre Märkte öffnen und untereinander um die besten Standortbedingungen konkurrieren. Dadurch steigen die Kapitalkosten für alle. Da sie diese Kosten aber nicht beeinflussen können, genauso wenig wie die sinkenden Erlöse für den Export von Rohstoffen, kann die Konkurrenzfähigkeit der Länder des Südens beziehungsweise von deren Firmen nur durch die Senkung der Arbeitslöhne erreicht werden. Das ist einer der Hauptgründe für die Verarmung der Menschen im Süden.

Der Zwang zum Kauf von kapital- und wissensintensiven Gütern aus dem Norden hat im Zusammenwirken mit der langfristigen Tendenz zur Verschlechterung der Austauschverhältnisse¹⁶ zur chronischen Überschuldung der Entwicklungsländer geführt. Und heute befinden sie sich in einer Art Schuldknechtschaft von westlichen Banken und Konzernen. In gewisser Weise haben sich die Staaten und Unternehmen des Südens also nicht nur der Verbreitung westlicher Technologien und Ideologien schuldig gemacht, sie sind mit verantwortlich für die Aufrechterhaltung eines Systems, das die Verarmung ihrer Bevölkerung zur Folge hat. In bezug auf die Durchsetzung von Gerechtigkeit spielen sie daher eine zwiespältige Rolle. Einerseits tun sie alles für den Kapitalimport und die Liberalisierung des Binnenmarkts und wälzen die Kosten dafür auf die einfachen Menschen ab. Auf der anderen Seite protestieren sie aber auch gegen den Norden, wenn sie das Gefühl haben, über alle Maßen benachteiligt zu werden – so geschehen auf der WTO-Tagung in Seattle 1999. Die Regierungen aus dem Süden brauchen also permanent Druck von unten.

Auch bei den internationalen Organisationen muß differenziert werden. Jene, die – wie Weltbank, IWF und WTO – allein die kapitalstarken westlichen Nationen bevorteilen, können wohl kaum als

16 Das Theorem von der säkularen Verschlechterung der Terms of Trade für die vor allem Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländer geht zurück auf den ersten UNCTAD-Präsidenten Raúl Prebisch (1901 – 1986) – vgl. Flechsig, Steffen: Raúl Prebisch – ein bedeutendes theoretisches Vermächtnis oder kein alter Hut, in: UTOPIE kreativ, Nr. 45/46 (Juli/August 1994), S. 136-155. (Anmerkung des Übersetzers)

Anwälte für Gerechtigkeit gelten, sie sind ebenfalls Teil des Problems. Aber es gibt auch Organisationen – wie der UN-Wirtschafts- und Sozialrat (UNESCO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Weltlandwirtschaftsorganisation (FAO) oder die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) –, in denen der Süden gewissen Einfluß und Handlungsspielraum hat. So problematisch ihr Wirken im Detail auch sein mag, insgesamt spielen sie jedoch eine wichtige Rolle bei einer gerechteren Ausgestaltung der internationalen Ordnung. In ihrer Funktion als Vermittler von Interessenkonflikten zwischen Nord und Süd muß auf diese Organisationen (ähnlich wie auf die Regierungen im Süden) permanent von jenen Druck ausgeübt werden, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen leiden.

Bleibe noch der dritte eingangs genannte Akteur – die Zivilgesellschaft in Gestalt von Nichtregierungsorganisationen (NGO), internationalen Bewegungen, Gewerkschaften und Medien. Mit ihren unterschiedlichen Wurzeln, Motiven und den hinter ihnen stehenden Kulturen ist dies sicherlich eine sehr heterogene, widersprüchliche Gruppe.¹⁷ Ein Teil dieser Organisationen und Bürgerbewegungen glaubt zum Beispiel daran, daß das System quasi von innen reformiert werden kann, während ein anderer Teil diese Hoffnung längst aufgegeben hat und das System deshalb radikal bekämpft. Und auch die Formen des Widerstands sind umstritten. Manche – eine sehr kleine Minderheit – setzen auf Gewalt, andere auf Lobbyarbeit, wieder andere auf zivilen Ungehorsam, und all dies sowohl lokal als auch global.

Trotz allem sind es gerade jene, die versuchen, den Schwächeren und Benachteiligten, wie Frauen, Kindern, Migranten, indigenen Völkern, ethnischen Minderheiten usw. und auch all jenen wichtigen Mitbewohnern der Erde, die (wie Flora und Fauna) sich nicht artikulieren können, eine Stimme zu geben. Deshalb sind es diese Organisationen, von denen trotz ihrer Widersprüche am ehesten angenommen werden kann, daß sie dem Rawls'schen Konzept von Gerechtigkeit als Fairneß zum Durchbruch verhelfen.

Fazit

Wie die Regeln gesetzt werden, ist genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, als die Regeln selbst. Und faire Chancengleichheit heißt vor allem, gleichen Einfluß auf das Zustandekommen der Regeln globaler Herrschaft zu haben. Es kommt darauf an, in den internationalen Organisationen solche Regeln durchzusetzen, die die schwachen Nationen, die Minderheiten und Unterprivilegierten begünstigen. Solche Regeln wie die ›begünstigende Ungleichbehandlung‹ im GATT oder das Rio-Prinzip der ›gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung‹ sollten als Leitgedanken für die Durchsetzung von Regeln für Gerechtigkeit als Fairneß auf der globalen Ebene gelten.

Die heute wichtigsten Herausforderungen bestehen darin, *erstens* die herrschenden Ungerechtigkeiten und ihre Ursachen zu erkennen. Und das heißt anzuerkennen, daß die herrschende Ordnung systematisch Ungerechtigkeit und Ungleichheit hervorbringt und daher von Grund auf geändert werden muß. Es geht eben nicht um eine

17 Zur Illustration sollen hier nur zwei Widersprüche genannt werden: einmal die zwischen Nichtregierungsorganisationen und Bürgerbewegungen und zum anderen die zwischen solchen Organisationen im Süden und denen im Norden. Beide Widersprüche werden allerdings in ihrer praktischen Bedeutung in der Regel oft überschätzt.

Milderung der Schuldenlast, sondern um deren vollständige Streichung. Diese Schulden waren von Anfang an das Ergebnis eines ungerechten Systems und dienen heute seiner Aufrechterhaltung.

Zweitens müssen die Menschen in den USA und Europa erkennen, daß ihre Verantwortung für einen Systemwechsel größer ist als die des Südens. Vor allem geht es um mehr wirkliche Demokratie, aber auch darum, die eigenen Konsumgewohnheiten und Lebensstile kritisch zu prüfen. Die Weltressourcen sollten so verteilt werden, daß die am wenigsten privilegierten ›begünstigt‹ werden.

Schließlich geht es *drittens* darum, daß die Menschheit ihren Anthropozentrismus überwindet. Auch wenn die Menschen die am höchsten entwickelte Art sein sollten, gibt dies ihnen noch lange nicht das Recht, andere Arten nach Gutdünken auszurotten. Im Gegenteil, dies erlegt ihnen die Verpflichtung auf, andere zu schützen. Auch das wäre ein wichtiger Aspekt von Gerechtigkeit und ›guter‹ globaler Herrschaft.

Aus dem Englischen von ARNDT HOPFMANN

**Die ökonomische
Abwicklung des Ostens
war erfolgreich,
die intellektuelle Abwicklung
war es nicht:**

Das Blättchen
Zweiwochenschrift für
Politik, Kunst, Wirtschaft

Kostenloses Probeheft beim
Verlag des Blättchens Jörn Schüttrumpf, Schönhauser Allee 84
10439 Berlin · Telefon: 030 / 4 47 60 65 · Fax: 030 / 44 73 06 83
e-mail: Das.Blaettchen@t-online.de
internet: www.DasBlaettchen.de

HANSGÜNTER MEYER

Reform oder Revolte?

Die Universitätsidee *Wilhelm von Humboldts*, mit der die landesherrschaftliche Universitätsverfassung des 17. und 18. Jahrhunderts überwunden wurde, ist bis heute unübertroffen und – obgleich vielfach totgesagt¹ – noch immer das Maß und Prüfkriterium aller Neuentwürfe einer zeitgemäßen Hochschullandschaft. Wie solche Versuche der universitären Neuordnung ins Leben traten und warum die in sie gesetzten Erwartungen größtenteils enttäuscht wurden, diesen Fragen geht *Andreas Keller* in seiner Dissertation zu *Hochschulreform und Hochschulrevolte* auf mehr als 500 Seiten Text, etwa 2000 Anmerkungen sowie ca. 1000 Titeln im Literaturverzeichnis konzentriert und überzeugend nach. Sein thematischer Leitfaden durch die Zeiläufe ist die »Selbstverwaltung und Mitbestimmung an den Hochschulen«, ein Sujet, das in der Literatur häufig unter dem Konzept »wissenschaftliche Selbstorganisation« zusammengefaßt und verallgemeinert wird.² *Keller* gliedert seinen Stoff – Sachliches wie Zeitgeschichtliches – in drei große Problembereiche:

Hochschule im »kulturstaatlichen« Verständnis – die Gegebenheiten wissenschaftlicher Selbstorganisation in der Ordinarienuniversität (S. 29-154),

Hochschule im »steuerungsstaatlichen« Verständnis – wissenschaftliche Selbstorganisation unterm Hochschulrahmengesetz und in der Gruppenuniversität (S. 155-302),

»Strukturreform« und aktuelle Konzepte wissenschaftlicher Selbstorganisation (S. 303-476).

Mit dieser Strukturierung von Analyse und Darstellung gelingt es dem Autor, zum Wesen eines eigentümlichen Umwandlungsprozesses vorzudringen: statt die kulturstaatliche Dimension des Phänomens Hochschule zu vertiefen, wird der Blick auf das Phänomen »wissenschaftlich-technische Revolution« geöffnet. Mit der wachsenden Bedeutung technisch-ökonomischer Effizienz des großen Kapitals bildet sich nämlich ein spezifischer Anpassungszwang heraus: der Druck auf die kommerzielle Verwertung von Wissenschaft. Dies ist einer der »Leitfäden« von *Keller*. Ein anderer ergibt sich aus dem Verständnis des Autors von wissenschaftlicher Selbstorganisation, ein Begriff, den er selbst nicht benutzt beziehungsweise nicht expliziert, der sich bei ihm darstellt als Hochschulselbstverwaltung und Mitbestimmung der Beschäftigtengruppen.

Als Akteure, die zu den Bestimmungs- und Steuerungsmächten in einem teils kritischen, teils prekären Verhältnis stehen, treten in Erscheinung: die Professorenschaft, Mittelbau und universitärer Nach-

Hansgünter Meyer –
Jg. 1929; Prof. em. Dr. phil.
et rer. oec. habil., ist seit
1993 Vorsitzender des
Wissenschaftssoziologie
und -statistik e.V. Berlin.

Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte. Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinarienuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts, BdWi-Verlag – Verlag des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Marburg 2000, 559 S. (39.80 DM) (ISBN 3-924684-91-x)
Die in Klammern gesetzten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das rezensierte Buch.

wuchs, die Angestelltenschaft sowie die Studentenschaft – eben jene »Gruppen«, deren Mitsprache und Mitwirkung in der Gruppenuniversität (als Idee und Funktionsplan weit mehr als in der Realität) ihre praktische Umsetzung gefunden hatten. Die Professorenschaft als *Subjekt demokratisch verstandener wissenschaftlicher Selbstorganisation* und als Dynamisierungsfaktor der Hochschulentwicklung kommt bei Keller allerdings problematisch nicht vor. Er sieht in ihr eher eines der autoritären Hindernisse, die sich der demokratischen Verfaßtheit der Universitäten und Hochschulen entgegenstellen.

Aus diesen Grundlinien seines Konzeptes ergibt sich ein weiterer Gliederungsaspekt, den schon der Titel ankündigt: Reform und/oder Revolte. Der Leser wird hier zunächst eingehend darüber aufgeklärt, daß vieles in der »Revolte« steckengeblieben sei, was sich als »Reform« in Bewegung zu setzen schien. Die Gruppenuniversität ist, bei allen neuen Prozeduren, die per Revolte in die Universitäten und Hochschulen Einzug hielten, nie verwirklicht, schon gar nicht vollendet worden. Sie scheiterte an der demokratisch kaum gestaltbaren wissenschaftsimmanenten Dualität von professoralen Führungsansprüchen und beschränkten Mitbestimmungsrechten eines mehr als das Zehnfache der Professorenschaft zählenden Mitarbeiterstamms, ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten, eine wachsende Studentenzahl in hochschuldemokratische Willensakte zu integrieren. In der Realität scheiterten Demokratisierungsbestrebungen allerdings weniger am grundsätzlichen Problem, sondern an jenen konservativen Kräften und staatlichen Bürokratien, die ihre vornehmste Aufgabe darin sahen, Reformen zu blockieren.

Keller versucht nicht, diese wissenschaftstypische Antinomie – Wissenschaft als nicht mehrheitsfähige Genieleistung – aufzulösen. Er stellt sich auch nicht die Frage, ob sie überhaupt auflösbar ist. Er ist voll und ganz damit beschäftigt, die Kämpfe und Rechtsentwicklungen nachzuzeichnen, die im Laufe der Jahrzehnte die Hochschulen auf unterschiedliche Weise verändert haben.

Sein Hauptinteresse gilt zunächst den studentischen »Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsrechten« (S. 20) sowie der studentischen Bewegung, diese durchzusetzen beziehungsweise zu ertrotzen. Eine andere Kraft, die Hochschulzustände in Bewegung zu bringen, als die studentische Revolte war ursprünglich nicht vorhanden. »Sedimente aus fast allen Epochen der jahrhundertealten Institution haben sich insbesondere im Hochschulrecht abgelagert« (S. 19). Ohne eine kräftige Bewegung, die politischen Strategien folgt, seien solche Ablagerungen nicht abzubauen. Es sei nun zu klären, inwieweit die Studentenbewegungen »den spezifischen Herausforderungen der inneren und äußeren Verfassung des Hochschulwesens ... gerecht« wurden (S. 27). Das aber sei nicht zu leisten ohne auf die gesellschaftsstrategischen Vorstellungen der Studentenbewegung einzugehen, die den Rahmen bloß inneruniversitärer Verhältnisse weit überschritten – und dies wiederum sei nicht ausführbar ohne Rückgriff auf »Grundzüge« der Universitätsgeschichte (vgl. S. 29).

Als Ausgangspunkt wählt er die Krise der landesherrschaftlichen Universitäten im späten 18. Jahrhundert und ihre Überwindung durch die Idee ihrer kulturstaatlichen Mission als Kern des Hum-

1 Bereits 1981 stieß man auf die Behauptung, daß Humboldt nicht mehr aktuell sei – vgl. u. a. Wolfgang Wild (1981): Einführungsvortrag in: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.), »Mittelmaß im Übermaß«, Villa Hügel Gespräch am 19. September 1981, Essen 1982.

Die erstaunliche Kontinuität dieser Sichtweise, trotz vieler kompetenter Einwände, belegt das viel zitierte Wort des seinerzeitigen Vorsitzenden der Hochschulrektorenkonferenz Erichsen, »Humboldt ist in der Masse erstickt« – vgl. seinen gleichlautenden Beitrag im Tagesspiegel vom 1. August 1993.

2 »Wissenschaftliche Selbstorganisation« erscheint dem Rezensenten angemessener, weil Begriffe wie Mitbestimmung, Mitsprache, Selbstverwaltung und ähnliche unterkritisch agieren. Wissenschaftliche Selbstorganisation meint eine umfassende autonome Gestaltung aller Wissenschaftsstrukturen und -potentiale, alle Hervorbringung exzellenter Leistungen, progressives Fortschreiten menschlichen Wissens usw. durch die wissenschaftlich Tätigen selbst, die sich dabei dichter sozialer und gesellschaftlicher Netzwerke bedienen. Sie setzen dabei einen irreversiblen Prozeß der Evolution aller innerwissenschaftlichen Verhältnisse und ihrer gesellschaftlichen Verflechtung in Gang. Vgl. Krohn, Wolfgang, Küppers, Günter (1989): Die Selbstorganisation der Wissenschaft, Frankfurt/M.; Meyer, Hansgünter (2001): Hochschulen im Wandel, in: Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.) (2001), Neue Modelle, S. 43 ff.

boldtschen Reformwerkes. *Humboldt* unterstellt bekanntlich eine innere Gleichsinnigkeit von Kulturträgerschaft des Staates und freier wissenschaftlicher Forschung und Lehre. Die Universitäten erfüllen nicht staatliche Weisungen, sondern durch ihr – den kulturstaatlichen Zielen vorauseilendes – Wirken treffen und vereinigen sie sich auf einer höheren Stufe mit den Staatszielen. *Keller* beschreibt nun, warum diese Humboldtsche Idee sich nur in Bruchstücken verwirklichen konnte. Die widerspruchsvolle Ausdifferenzierung von Staat und Gesellschaft im Deutschland der Metternichschen Restauration und die spätere stürmische Industrialisierung, die nach umfassender staatlicher Regulierung verlangten, konstituierten eine übermächtige Bürokratie, in die sich die Universitäten mit ihren über Restaura-tionsphasen hinübergeretteten Freiheiten und Selbstverwaltungsrechten einpaßten. *Keller* spricht mit Bezug auf die Ordinarien-universitäten bis 1918 vom »eigentümlichen Doppelcharakter einer Selbstverwaltungskörperschaft mit staatsanstaatlichen Elementen« (S. 36). Allerdings bleiben diese wissenschaftlichen Freiheiten be-schränkt auf die Professorenschaft, deren Vormachtstellung zu kei-ner Zeit durchbrochen wurde. Im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entsteht schließlich die charakteristische Gestalt der deutschen Ordinarienuniversität. Soweit die Humboldtschen Reformen griffen, das heißt Autonomieverhältnisse Einzug hielten, mutierten sie in Struktur und Funktionsweise zur »Autonomie einer Gelehrtenkorporation, in denen nachgeordnet Lehrende oder gar Studenten keinen Aktivstatus besaßen« (S. 43) – was den Hum-boldtschen Ideen genau entgegengesetzt war.

Damit hat der Autor die Fronten abgesteckt, die nunmehr ein Jahr-hundert lang das Verhältnis von Hochschulen und Öffentlichkeit prägten. Auf der einen Seite die Staats- und Universitätsbürokratie sowie die Ordinarienkorporation, auf der anderen die Nicht-Ordinarien sowie eine wachsende Zahl von Mitarbeitern und Studenten. Bereits 1848 äußert sich dieser Konflikt in der Eisenacher »All-gemeinen deutschen Studentenversammlung«, wo auch die Nichtordi-narien Mitspracherechte anmeldeten, aber nur wenig auszurichten vermochten. Einen neuen Anlauf nahmen Reformbegehren erst wie-der in der Weimarer Republik. Die Ursachen für eine solch lange Stagnation liegen in der autoritären Verfassung der von Fürsten ge-lenkten deutschen Staaten, vor allem aber im äußerst reformfeindli-chen Wilhelminischen Regime. Eine große Rolle spielte nicht zuletzt aber auch der internationale Erfolg der deutschen Wissenschaft, die in vielen Disziplinen immer neue Spitzenleistungen von Weltgeltung hervorbrachte; ein lang dauernder Leistungsanstieg, der wenig Mo-tivation für strukturelle Veränderungen lieferte. Zudem verlagerten sich wissenschaftsorganisatorische Innovationen in den außeruni-versitären Raum. Mit den Technischen Hochschulen, industriellen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, der Physikalischen Reichsanstalt, sowie, nach 1900, den Instituten der Kaiser Wilhelm Gesellschaft entstand eine völlig neue und hocheffektive institu-tionelle Basis der Grundlagenforschung. Die geringen Reformfort-schritte, die in der Weimarer Zeit gemacht wurden, beseitigten die Nazis umgehend. Auch den Hochschulen wurde das faschistische Führerprinzip verordnet.

Keller läßt diesen Betrachtungen einige kurze Anmerkungen zu den wenigen Veränderungen in Westdeutschland nach 1945 folgen, die abgesehen von der völligen Aufhebung des Führerprinzips bloß marginal und zudem noch auf das Eingreifen der Besatzungsmächte zurückzuführen waren. Trotz einer gewissen Anerkennung studentischer Mitspracherechte überdauerte die herkömmliche Ordinarienverfassung. Der Reformdruck wuchs daher in den fünfziger und sechziger Jahren stark an und brachte schließlich jene Studentenbewegung hervor, die weit über die Hochschulerneuerung hinaus griff und die ganze politische Landschaft der Bundesrepublik veränderte.

Mit großem Detailwissen werden Vorgeschichte und Verlauf der Konstituierung der »Verfaßten Studentenschaft« in der Bundesrepublik nach 1950 ausgebreitet (vgl. S. 79 ff.). Das ist verdienstvoll, weil die Befunde aus einem reichen, aber verstreuten und oft schwerzugänglichen Material zusammengetragen wurden. Faktisch präsentiert *Keller* eine (geraffte) Geschichte der bundesdeutschen Studenten- und Assistentenbewegung, einsetzend mit der Gründung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) im Januar 1949 in Marburg und dann fortschreitend zur Studentischen Selbstverwaltung und zur Verfaßten Studentenschaft.

Auch der Einfluß der zunächst von den Besatzungsmächten verbotenen reaktionären studentischen Korporationen wuchs in den fünfziger Jahren wieder rapide an. Diese gelangten schließlich sogar zu einer führenden Rolle im VDS. Dazu trug nicht zuletzt die elitäre Rekrutierung der Studentenschaft bei – zum Beispiel erreichte der Arbeiterkinderanteil noch 1961 nur sechs Prozent und der der Frauen lag bei 22 Prozent (vgl. S. 85).

Daß sich in den späten sechziger Jahren die dahinkriechende Hochschulreform zur Hochschulrevolte entwickelte, wie *Keller* formuliert, wird von ihm auf zwei Umstände zurückgeführt. Zum einen auf die Verfaßtheit der Hochschulen als »Herrschaftssystem Ordinarienuniversität«, die vom Mittelbau wie von Studenten mehr und mehr als einer der Hauptgründe für Restauration und Stagnation ausgemacht wurde. Zugleich entwickelte sich der SDS, 1946 in Hamburg gegründet, zur einflußreichsten, zeitweise mitgliederstärksten Studentenorganisation. Seine Stärke bestand, insbesondere in einer ausgeprägten programmatischen Tätigkeit (Grundsatzprogramm »Hochschule in der Demokratie«, 1961), die in ihren Grundanliegen auch heute noch aktuell sei (vgl. S. 88). Die Geschichte des SDS bis zu seiner Spaltung und Auflösung 1970 ist zugleich die Geschichte von Idee und Praxis der Gruppenuniversität. *Keller* zeichnet die Friktionen und Stadien dieser Entwicklung instruktiv nach.

Mitte der sechziger Jahre, so zeigt er, verflucht sich dieser Prozeß mit der Politik- und Führungskrise der Bundesrepublik – dem zweiten Auslöser der Revolte. Jene Kräfte, die bislang die restaurative Politik getragen hatten und die von der Jugend verantwortlich gemacht wurden für die unterbliebene Auseinandersetzung mit den Naziverbrechen, für eine allgemeine Restauration des Alten, für die Wiederbewaffnung und den Einbau der BRD in die Fronten des Kalten Krieges, wurden zu einem Symbol der Stagnation. Synchron mit der Anpassung der SPD an den status quo (Notstandsgesetze, große Koalition) radikalisierte sich ihre studentische Fraktion. Maße-

gelung von Studenten, die Hetzkampagne der Springerpresse, polizeiliche Knüppelattacken, der Tod von *Benno Ohnesorg*, die Schüsse auf *Rudi Dutschke* ließen schließlich die offene Revolte der Studenten ausbrechen und eskalieren. *Keller* beschäftigt der Verlauf der offenen Konfrontation kaum, er betätigt sich vor allem als Chronist der komplizierten inneren Kämpfe des SDS und seiner Verquickung mit Tätigkeit und Wirkung der Verfaßten Studentenschaft und anderer Studentenverbände.

Mit diesen Untersuchungen hat der Autor den Raum abgesteckt, der ihm nötig schien, sich seinem Hauptanliegen zuzuwenden: der fraktalen Biographie von Gruppenuniversität und Hochschulrahmengesetz (HRG) – Entwicklungen, die mehr als 40 Jahre deutsche Nachkriegswissenschaftsgeschichte bestimmt haben. Ihm geht es darum zu ergründen, was »die überkommene Struktur der kulturstaatlich verfaßten Ordinarienuiversität ins Wanken« (S. 155) gebracht hat. Dies geschieht nicht *direkt* funktionskritisch beziehungsweise wissenschaftssoziologisch, sondern immanent durch die Analyse der Entwürfe zur Gruppenuniversität, deren demokratische Grundidee ihn am stärksten beschäftigt.

Durch die Gruppenuniversität sollten vor allem die der Ordinarienuiversität anhaftenden Defizite überwunden werden. Es geht um einen grundsätzlich demokratischen Prozeß der Willensbildung, um »innere Demokratisierung«, aber auch um mehr Autonomie in Forschung und Lehre, um die Zurücknahme staatlicher Präsenz, ihre Beschränkung auf Clearingfunktionen durch staatlich-universitäre Kuratorien. Anstelle der sich selbst genügenden Ordinarienuigarchie sollten in der Gruppenuniversität zunächst drei, dann vier Funktions- beziehungsweise Statusgruppen den notwendigen Konsens herstellen – Professoren, Mittelbau, Studenten und wissenschaftlich-technisches Personal.

Bereits die Idee der Gruppenuniversität konnte die der Wissenschaft innewohnende Antinomie von individuell-generativer Kognition in Spitzenbereichen und demokratischem Funktionskonsens nicht ausräumen. Bei *Keller* wird die Gefahr dysfunktionaler Mehrheitsentscheidungen zwar erwähnt, die Eigenheiten und Widersprüche des genuin wissenschaftlich-schöpferischen Prozesses werden aber nicht weiter diskutiert. Vielmehr geht es ihm zunächst um die Kritik der Gruppenuniversität »von links«. Aus dieser Warte erscheint die Gruppenuniversität als eine »quasiständische Repräsentationsform« (S. 62), da das demokratische Prinzip »ein Mann, eine Stimme« scheindemokratisch ausgehebelt wird. Ferner wird als Defizit geltend gemacht, daß das Gruppenprinzip noch keinen ausreichenden Einfluß demokratisch legitimierter gesellschaftlicher Notwendigkeiten garantiert. Dagegen opponierten nun wieder andere Kräfte des Reformlagers, die die Wissenschaft von allen außerwissenschaftlichen Einflüssen abschirmen wollten. Es wurde im Verlauf des Diskurses ziemlich schnell deutlich, daß die Gruppenuniversität einen grundlegenden Widerspruch in sich birgt. Sie ermöglicht ein bestimmtes Maß an demokratischer Mitsprache, dies aber vermittelt durch die Repräsentanten der Gruppen, was endlose Vorentscheidungen in Basisformationen erfordert und dennoch den universitären Gremien entscheidende Vorrechte beläßt. Sie vermag auch

nicht, die durch befähigte Eliten erbrachten Wissenschaftsleistungen mittels genuiner kollektiv-kreativer Leistungsorganisation zu substituieren, was letztlich darauf hinausläuft, den kognitiven Grundprozeß von Forschung und Lehre und seine personale Reproduktion weitestgehend in der Verantwortung der führenden Professoren (Ordinarien zumeist) zu belassen. Schließlich ist der demokratische Einfluß der Gesellschaft inhaltlich nur durch Ideenkonsens und praktisch nur durch staatliche Vermittlung zu realisieren, was den Steuerungsmöglichkeiten der Bürokratie einen weiten Spielraum beläßt.

Obleich vom Autor keine praktikablen Lösungen für diese Defizite der Gruppenuniversität beziehungsweise des Gruppenprinzips angeboten werden, ist es ein Vorzug der von *Keller* gewählten Darstellungsweise, daß vereinfachte und idealisierte Sichtweisen in Frage gestellt und der konzeptionelle Dissens, der tief in die Hochschulstrukturen und die Studentenschaft hineinreicht, ausgebreitet wird. Daß er hier nicht weitergeht und ein eigenes Konzept des Gruppenprinzips entwickelt, welches die sichtbar gewordenen Antinomien ausräumt, ergibt sich vor allem aus dem gewählten Problemquerschnitt.

Dieser ist politologischer und rechtsphilosophischer Art. Sein Thema sind nicht die endogenen Zusammenhänge des voranschreitenden wissenschaftlichen Denkens. *Keller* treibt vielmehr die Frage um, wie sich Verfassungsgericht und Gesetzgeber zum Inhalt von Wissenschaftsfreiheit verhalten: nämlich so, »daß ... neben der individualgrundrechtlichen Garantie, eine objektive, das Verhältnis von Wissenschaft, Forschung und Lehre zum Staat regelnde wertentscheidende ›Grundsatznorm« (S. 172) gesichert werden müsse. Indem die Frage nach der Exzellenz und Effizienz von Forschung und Lehre von den konservativen Kräften umgedeutet wird in eine Frage der Freiheit der Wissenschaft sichernden *Werteordnung*, liegt eine verfassungsrechtliche Rabulistik vor – die *Keller* leider nicht schonungslos genug kritisiert. Denn soweit, daß sich die Gruppenuniversität in ihren eigenen Widersprüchen ›festläuft«, kommt es realiter gar nicht erst, weil einflußreiche Kräfte zur Abwehr antreten. Trotz qualifizierter Gegenwehr mündete schließlich der konservativ geprägte politische Konsens, den die Kultusministerkonferenz (KMK) vermittelt und das Bundesverfassungsgericht legitimiert, im Hochschulrahmengesetz. Es beschränkt die Mitsprache der Gruppen der Mitarbeiter auf »Anhörung«, schreibt zugleich ein vorgreifendes Mehrheitsvotum der Professoren in allen wissenschaftlichen beziehungsweise künstlerischen Belangen fest (vgl. S. 176).

Damit schuf das HRG – und die nachfolgenden Novellierungen verschärfen diesen Trend – die Gruppenhochschule unter Bedingungen, die ihre Prinzipien zugleich wirksam unterliefen. Mehr noch, die den Hochschulen zugleich mit ihren Selbstverwaltungsrechten überlassene Auftragsnahme für staatliche Interessen wurde immer mehr umfunktioniert zur »Fachaufsicht« des Staates über die Hochschulen und damit in Eingriffsrechte der Bürokratie.

Besonders aufschlußreich sind hier die Darstellungen *Kellers* zur Funktionsweise des HRG in bezug auf die innere Verfassung der Gruppenhochschule. Er listet die akribisch recherchierten Modifikationen auf, die in die Länderhochschulgesetzen (im Rahmen des

HRG) eingebaut wurden, um in immer neuen Spielarten Hochschulbeziehungsweise Gruppendemokratie durch die Festschreibung von konstitutiven Professorenmehrheiten sowie durch Sonderrechte der Bürokratie und Standesgremien zu unterlaufen.

Schließlich gelangt *Keller* zu der auch für den aktuellen Diskurs äußerst wichtigen Feststellung, daß die den Hochschulen nach allen HRG-Novellen verbliebenen »echten Selbstverwaltungsrechte« dennoch nicht gering sind. Sie betreffen den »unmittelbaren wissenschaftlichen Prozeß der Forschung, der Lehre und des Studiums ... die Planung des Lehrangebotes und die Koordination der Forschung ... (die) Weiterbildung des Personals ... (die) Vermögensverwaltung in marginalen Bereichen ... (die) Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschulen« (S. 185). Das alles kann vorteilhaft genutzt werden. Strukturell wichtiger jedoch ist, was ihnen vorenthalten bleibt: »Die für die Hochschulentwicklung maßgeblichen Steuerungs- und Entscheidungskompetenzen liegen ... beim Staat« (S. 185).

Nach diesen Untersuchungen läßt *Keller* fast 100 Seiten Chronik der Verfaßten Studentenschaft in der Gruppenhochschule folgen. Unter Berücksichtigung der Unterschiede in den einzelnen Bundesländern beschreibt und analysiert er kenntnisreich die verfassungsrechtliche Stellung der einzelnen studentischen Organisationen sowie relevante hochschulrechtliche Aspekte. Den roten Faden durch den anspruchsvollen Text bildet der Nachweis, daß mit dem formal juristischen Gebot, daß sich die Studentenschaft unpolitisch zu verhalten habe, deren demokratische Rechte unterlaufen werden, womit insbesondere das Zurückdrängen linker politischer Haltungen beachtlich werde. Mit der sich anschließenden Studie zum Studentenbund »Spartakus« und zur gewerkschaftlichen Orientierung in der Studentebewegung entwickelt *Keller* eine Art Doppelstrategie der Darstellung. Einerseits gelingt es ihm, den realgeschichtlichen Prozeß in den siebziger und achtziger Jahren mit großer Vollständigkeit nachzuvollziehen, zum anderen exemplifiziert er eindrucksvoll den konservativen Inhalt und die restriktive Anwendung der Bestimmungen des HRG an vielen Vorgängen. Dem Leser mutet er dabei jedoch beträchtliches Stehvermögen zu. Bei aller Weitläufigkeit und seinen umfänglichen rechtskundlichen Exkursen bietet das Buch jedoch einen präzisen Abriss des Verlaufs der bundesdeutschen Studentebewegung.

Im dritten Kapitel – »Hochschulselbstverwaltung und Mitbestimmung als Gegenstand der gegenwärtigen Hochschulstrukturreform« – entwickelt *Keller*, mit dem Gespür für große historisch-kritische Szenarien des Hochschulwesens, die aktuelle Problematik. Ihr Kern bestehe darin, daß die »verkrusteten Strukturen« der Gruppenuniversität, ihre Reformabstinenz, und die staatlich-bürokratischen Durchdringung die allseits beklagten Friktionen und Antinomien produzieren. Hier aber liegt genau ein zentrales Problem: Demokratie als Prinzip von Mehrheitsentscheidungen und exzellente Wissensproduktion lassen sich nicht komplementär herstellen, sondern bilden einen konfliktreichen, ambivalenten Zusammenhang.

Auch aus der Sicht des Rezensenten liegt es auf der Hand, daß Wissenschaft auf exzellenten Niveaus intellektuelle Eliten erfordert,

die nicht demokratisch-mehrheitlichen, sondern selbstreproduktiven, selektiven Ursprungs sind. Sind sie aber erst einmal entstanden, haben sie die Tendenz, sich abzuheben, exklusive, konkurrierende Sondergruppen zu bilden, die, indem sie sich von gesellschaftlichen Funktionszusammenhängen abwenden, gefährliche Fehlentwicklungen in Forschung und Lehre auslösen (können). Zuletzt, dafür gibt es ausreichend historische Beispiele, betreiben sie Wissenschaft und Forschung zum Zwecke der Sicherung ihrer Sonderrevenue und besitzstandsichernder Privilegien. Das wiederum führt nicht nur zu sozialen Ausgrenzungen, sondern oft auch zu ernststen Defiziten im Niveau von Forschung und Lehre – wobei letzteres nicht so leicht auszumachen ist, da es weniger um skandalöse Fehlleistungen als zumeist um ausgebliebenes Spitzenniveau geht.

Faktisch bilden die Leistung und Effizienz bestimmenden Funktionsgruppen an den Hochschulen ein *antinomisches Kräfterdreieck*: (a) intellektuelle Eliten, die nicht demokratisch-mehrheitlichen, sondern selbstreproduktiven, selektiven Ursprungs sind, (b) die staatlichen und universitären Bürokratien, die entscheidende Managementfunktionen ausüben und (c) die demokratischen Strukturen und Prozeduren der Autonomie und Mitbestimmung der verschiedenen Beschäftigtengruppen, welche die Eliten und Bürokratien kontrollieren, teils auch opponieren und Einfluß darauf ausüben, daß sich Wissenschaft und Hochschulen im gesamtgesellschaftlichen Interesse betätigen. Diese Funktionszusammenhänge sind antinomisch insofern, als sie sich einerseits bedingen, komplementär sind, andererseits aber auch konträre und sich wechselseitig blockierende Dysfunktionen hervorbringen können.³ Daraus leiten sich die Gründe für die notwendige Reform der Gruppenuniversität ab.

Kellers Kritik an den Reformansätzen der neunziger Jahre beginnt mit der Feststellung, daß die konservativen Kräfte einen Positionswechsel vollzogen haben. War es zuvor ihr Bemühen, einen weitgehenden staatlichen Kontroll- und Regulierungseinfluß auf die Universitäten und Hochschulen zu sichern, so verlangen sie nunmehr Deregulierung und Rückzug des Staates. Unter Strukturreform wird nun eine Entwicklung verstanden, bei der die Hochschulen aus der staatlichen in andere Trägerschaften übergehen sowie privatwirtschaftlich verfaßt werden (sollen) (vgl. S. 314 ff.) Mehrere Wellen von Novellierungen des HRG, zumeist auf Länderebene, begleiteten diesen Prozeß. Dieser Wandel verflucht sich mit einer »Krise der öffentlichen Haushalte«, die systematisch durch eine Einkommensumichtung zugunsten der großen Unternehmen und Kapitaleigentümer herbeigeführt wurde. Dahinter steht, eine politologisch-systemtheoretische – »postmoderne« – Umdeutung makrosozialer Zusammenhänge. Aus konservativer Sicht wird nun unterstellt, daß die innovativen und Effizienz steigernden Wirkungen durch »ausdifferenzierte« gesellschaftliche Subsysteme geleistet werden, von denen der Staat nur eines darstellt, und keineswegs das zu präferierende. *Keller* widerspricht dem entschieden und sieht darin eine Verkürzung des demokratischen Prinzips, da die gesellschaftliche Willensbildung über die staatliche Sphäre vermittelt sei und nicht über beliebige separate Subsysteme. Dabei kann er sich auch auf eine aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes berufen, daß

3 Diese zusammenfassende Passage entstand im Disput des Rezenten mit der Hochschulforscherin Anke Burkhard aus Wittenberg.

das Demokratieprinzip des Grundgesetzes »eine ununterbrochene Legitimationskette vom Volk ... dem Parlament ... über die Regierung ... bis zur einzelnen Verwaltungsentscheidung« verlangt (S. 337). Aber gerade dieses Prinzip soll »modern-theoretisch« und marktwirtschaftlich-praktisch ausgehebelt werden.

Das konservativ-neoliberale Konzept steht für ein neues Verständnis von Bildung, Hochschulbildung und Wissenschaft. Diese Bereiche seien zu einem eigenständigen, nicht staatlich vermittelten Funktionieren fähig und verpflichtet. Sie unterlägen weitestgehend privatwirtschaftlichen Maßstäben, und folglich obliege es ihnen, die benötigten Mittel selbst zu beschaffen. Darauf baut das neue Verständnis von Hochschulautonomie auf, das von Deregulierung und Flexibilisierung bis zur Bewirtschaftung der Globalhaushalte reicht. Letzteren Komplex betrachtet *Keller* als besonders charakteristisch für das konservative Konzept.

Am Ende seiner Analyse kommt er zu dem Ergebnis, daß die Proteste gegen die staatlichen Mittelkürzungen bald durch die Verteilungskämpfe innerhalb der Hochschulen selbst verdrängt würden. Zugleich aber, so *Keller*, wird der staatliche Zugriff auf die Hochschulen verlagert und auf strategische wie Strukturrentscheidungen konzentriert, die durchaus geeignet sind, die Prinzipien innovativer wissenschaftlicher Selbstorganisation zu unterlaufen, falls dies im politischen Interesse bestimmter Kräfte liegt.

Als einen weiteren Schwerpunkt des Reformdiskurses und seiner Umsetzung macht *Keller* die Auseinandersetzungen um Leistungsstimulanzen aus. Die zentralen Streitpunkte bildeten das Dreieck ›Wettbewerb – Evaluation – leistungsabhängige Mittelvergabe‹. Seine Kritik geht hier in zweierlei Richtung. Zum einen seien derartige »Hebel« schon seit jeher Bestandteil akademischen Lebens. Es ginge also nicht um ihre originäre Einführung, sondern um einen Wandel in bestimmte Richtungen. Was jetzt, zum anderen, hinzukommen soll – und dies sei kritisch zu sehen –, das ist die Dominanz formaler Kriterien, bei denen es sich um das Messen von Leistungen oder Qualitätsparametern dreht. Nicht selten würde betriebswirtschaftlichen Aspekten Priorität eingeräumt. Hier wäre hinzuzufügen, was *Keller* nicht weiter ausbaut, daß nach dem vor allem bei der Drittmittelvergabe angewandten Prinzip ›wer da hat, dem wird gegeben‹⁴ dysfunktionale Leistungsminderungen fortgeschrieben werden.⁵ Die ›Elitenproduktion‹, die mit betriebswirtschaftlicher Effizienz betrieben werden soll, ist also insofern undemokratisch und Standort schädigend, als sie regionale und strukturelle wissenschaftliche Ungleichgewichte festschreibt und vertieft.

An der Binnenverfassung der Hochschulen moniert *Keller*, daß unter dem Diktum wachsender Selbstbestimmung und -verwaltung eine höchst problematische Stärkung der Leitungsorgane betrieben wird. Voten von hochgestellten Unternehmensorganen (Vorstände, Aufsichtsräte) und neuartige Managementzentren »lenken« den Wissenschaftsbetrieb. Es setzt sich eine Hierarchisierung und neuartige Bürokratisierung durch, deren perfektes »Controlling« für eine Disziplinierung wissenschaftlicher Selbstbestimmung bei allen Mitarbeitern Sorge trägt. Dies sind die Konsequenzen, wenn im Sinne marktwirtschaftlicher Präferenzen die Hochschulen als Dienstlei-

4 Vgl. Neues Testament, Ev. des Matthäus, 25.30.

5 Bekanntlich fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) von 315 deutschen Hochschulen nur 28 Prozent, wobei 14 Prozent aller Hochschulen ca. 90 Prozent aller DFG-Mittel erhalten.

stungsbetriebe umgebaut werden. Für einen der gesellschaftlichen Moderne entsprechenden Begriff von Wissenschaft ist die Verbetriebswirtschaftlichung von Hochschulen äußerst hinderlich.

Keller beläßt es nicht bei der Kritik, sondern unterbreitet selbst anregende Überlegungen für Alternativen. Dies geschieht vornehmlich in den Abschnitten über das »Beispiel der Frauenförderung« (vgl. S. 371), über das »Berliner Wahlmodell« (vgl. S. 402) und über *Harro Planders* Begriff »einer mehrdimensionalen Mitbestimmungsstruktur« (vgl. S. 408).

So anregend und kenntnisreich *Keller* argumentiert, es kann nicht übersehen werden, daß die Kritik der konservativ-neoliberalen Grundströmung des Reformprozesses bei aller Treffsicherheit im einzelnen, über die Länge des Buches und die Vielfalt der Themen hin bruchstückhaft bleibt – ein mehr oder weniger geschlossenes ›linkspolitisches‹ Gesamtkonzept wird dabei nicht systematisch entwickelt. Die Frage, wer auch sollte eine bislang ausstehende hochschulgerechte, zeithistorische Gesamtperspektive formulieren, kann leicht beantwortet werden: *Andreas Keller* selbst. Soweit ein Autor allein dies überhaupt zur Ausführung bringen kann, sind bei ihm alle Voraussetzungen gegeben. Dies aber, das ist dem Rezensenten bewußt, würde bedeuten, daß er hätte ein anderes Buch schreiben müssen; beziehungsweise – positiv gewendet: er möge, in Fortsetzung seiner Untersuchungen eine solche Aufgabe in Angriff nehmen.

Als Einstieg dazu erweist sich eine kritische Weiterführung des relativ kurzen Abschnitts »Schlußbilanz und Ausblick« (vgl. S. 477 ff.) als gut geeignet. Wenn man das Buch als Ganzes nimmt, so eröffnet es eine bis in letzte verfassungsrechtliche Feinheiten ausgearbeitete Binnensicht, das gesellschaftliche Umfeld bleibt dagegen – trotz zahlreicher treffender Einzeleinschätzungen merkwürdig unstrukturiert. Soweit der Staat in Betracht kommt, werden hauptsächlich Fragen des Hochschulrechts, weniger die Hochschul- und Bildungspolitik der Parteien, beziehungsweise maßgeblicher Gremien behandelt. Die Wirtschaft als ein entscheidendes Verwertungsfeld fehlt fast ganz. Der Betrachtungsstil ist weniger politisch als politologisch. Der Rezensent meint nicht, daß sich das nicht rechtfertigen ließe. Dann aber, in einer knapp 20seitigen »Schlußbilanz« faßt der Autor sein (linkes) hochschulpolitisches Konzept zusammen und unterbreitet, wenn auch immer dezidiert unter dem Blickwinkel studentischer Mitbestimmung und Mitverantwortung, ein alternatives Handlungsszenarium und führt systematisch vor, wie sich Demokratie an den Hochschulen denken und real praktizieren – wie sich »der sukzessiven Ökonomisierung des Hochschulsystems eine Repolitisierung entgegensetzen« ließe (S. 486). Die politische Szene, in der studentische und andere Reformakteure handeln müssen, wird Seite für Seite ausgeleuchtet. *Keller* schließt sein bedeutendes und letztlich auch erstaunliches Werk mit der Perspektive »eines dritten Weg(es) zwischen der Verteidigung des status quo, der staatlich regulierten und professorendominierten Gruppenhochschule (einerseits) und der am Modell Dienstleistungsunternehmen orientierten Hochschulstrukturreform (andererseits) (S. 491).

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau



Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg.
1937, Journalist und Autor,
Berlin.

Woran merkt man, daß ein Politiker prominent ist? Da es dafür sehr viele Indizien geben kann, ist die Frage vielleicht müßig und unterbliebe besser. Sei's drum: Ich glaube – falls es interessiert –, daß jemand dann für prominent gehalten werden kann, wenn ihm seine Türaufhalter und Bleistiftanspitzer (als da sein können: Pressesprecher, Persönliche Referenten, Sekretärinnen, Berater und so weiter) nicht mehr korrigieren und sich zum Beispiel nicht mehr trauen, ihn vor Peinlichkeiten zu warnen. Nehmen wir Gregor Gysi. Der erheitert und nervt uns nun schon seit etlichen Jahren in seinen Reden mit dem großen I. Selbst seine Schriftsätze befrachtet er mit dieser Feminalie. Kurzum: ein Frauenverstehrer, wie er im Buche steht. Denkt er. Und merkt nicht, daß er damit nicht nur nervt, sondern sich auch in Maßen lächerlich macht.

Das muß ihn oder uns nicht sehr betrüben, wer weiß denn schon über sich selber so gut Bescheid, daß er immer zu sagen wüßte, wann oder wie oft er sich schon lächerlich gemacht hat. Wir haben ja fast alle nur unsere Ehefrauen oder unsere Kinder, und die haben meistens anderes zu tun, als sich ständig für uns zu genieren. Aber so einer wie der Berliner Wirtschafts- und Frauensenator hat doch besoldetes Personal, das ihm – wenn es wieder mal not tut – ein dezentes Signal geben könnte. Gewiß, Gysi und auch seine Zuhörer werden mit der Marotte leben können; aber als G. G. neulich gar einem der Mitdisputanten bei *Sabine Christiansen* – ich glaube, es war Laurenz Meyer von der CDU – vorwarf, nur von »Wählern« gesprochen zu haben und nicht auch von »Wählerinnen«, war das nicht etwa besonders pfißig, sondern peinlich. So ist das, wenn man prominent ist.

Die einstige Berliner Senatorin Hanna-Renate Laurien, CDU, habe, erzählte sie dem *Tagesspiegel*, lauthals gelacht, als sie vernahm, wer der neue Senator sei, der nun auch für das Frauenwesen in Berlin zuständig sei. Und Sibyll Klotz von den Grünen reagierte kaum anders. Und ich glaube, es irrite, wer annähme, der milde Hohn beider sei gespielt und nur ihrem jeweiligen Parteibuch geschuldet gewesen. Aber nichts Neues weiß man natürlich nicht. Wie immer.

Es hat seine Tücken, in einem Journal wie diesem hier, Entwicklungen vorherzusagen. Heute schreibe ich vielleicht, Angela Merkel sei von den CSU-Kerlen um ihre Kanzlerkandidatur gebracht worden, und morgen verschluckt sich Stoiber an einer Laugenbrez'n, fällt vom Sofa, tut sich was – und wieder muß die Merkel aushelfen. Sicher, das Szenario ist einigermaßen unrealistisch (schließlich hatte sich Präsident Bush, als er neulich wegen eines zu großen Brezel-happens ohnmächtig vom Sofa gepurzelt war, auch nichts getan); aber ausschließen kann ich solche Entwicklungen nie. Doch um noch einmal – und dann machen für heute Schluß mit dem Prominentenstadl! – auf die sogenannte K-Frage einzugehen, die die deutschen Medien wochenlang beschäftigt hatte: Das Wettrennen Stoiber – Merkel wurde verschiedentlich in Zeitungen von Politikern als ein Ost-Westproblem gehandelt. (Da fehlt selbstredend auch unser Oberster Frauenversther nicht.) Ich glaube, daß es sich bei der K-Frage nicht um eine Ost-Westfrage gehandelt hat. Jene, die das behaupten, hätten sich wahrscheinlich sehr gewundert, zu welchen Anpassungsverrenkungen und Selbstverleugnungen diese Angela Merkel (»Angie«) noch fähig gewesen wäre.

Übrigens: Falls Stoiber Bundeskanzler wird, würde Lothar Matthäus Sportminister werden wollen. Einem Bericht der *Netzeitung.de* zufolge, hatte ein Redakteur des Radio-Senders *Bayern 1* Matthäus angerufen und sich als Mitarbeiter der Bayerischen Staatskanzlei ausgegeben. Ob er sich denn vorstellen könnte, unter einem Kanzler Stoiber Sportminister zu werden, lautete die Frage des Schelms.

Der Franke, derzeit Trainer bei Rapid Wien, überlegte nicht lange – und sagte zu. Matthäus: »Erstens ist das natürlich eine große Ehre für mich, zweitens bin ich ja sowieso ein ganz großer Fan vom Ministerpräsidenten – nicht nur auf Grund seiner Politik, sondern auch auf Grund seiner Menschlichkeit, seiner Art und Weise, wie er mit den Menschen umgeht. Wir haben uns immer gut verstanden. Es ist eine große Sache und Ehre, meinen Beitrag dazu zu leisten.«

Matthäus sagt uns zwar nicht, um welche Sache es sich hier handelt; aber wir ahnen es, und wir verstehen ihn auch so. Obwohl wir nicht aus Bayern stammen und außerdem zutiefst sportfremde Elemente sind. Sagen wir es einmal so: Vom Unterhaltungswert wäre eine Regierung Stoiber nicht zu verachten.

Ach, ja, fast wäre es hier übergangen worden: Wir haben ja nun neues Geld. Das war natürlich eine bemerkenswerte finanztechnische Leistung, doch die emotionale Bindung vieler Menschen vermochte ich nicht nachzuvollziehen. Das könnte unter Umständen daran gelegen haben, daß ich erst eine historisch kurze Zeit über dieses Zahlungsmittel verfüge und noch keine innige Beziehung zu ihm aufbauen konnte. Aber näher kommen wir der Wahrheit mit der Feststellung, daß es mir ziemlich wurscht ist, wie das Geld heißt, von dem ich immer zu wenig habe.

Franz J. Hinkelammert:
Der Schrei des Subjekts.
Vom Welttheater des Johannes-
evangeliums zu den Hundejahren
der Globalisierung,
Edition Exodus Luzern 2001,
414 S. (34 €)

War *Jesus* Opfer eines Justizverbrechens? Hat *Pilatus* aus bloßer Machtgier gehandelt? Waren die Hohenpriester des Tempels zu Jerusalem nur kleinliche mordlüsterne Gesellen, die *Jesus* seine Anhängerschaft neideten? Oder aber haben *Pilatus* und die Priester in Erfüllung ihrer Gesetze gehandelt, pflichtbewußt und eifrig? Wieso wirft *Jesus* seinen eigenen Anhängern vor, sie würden ihn töten wollen, wenn sie doch nur auf ein neues Gesetz hören wollen? Welches sind die Werke Gottes, die *Jesus* meinte zu tun? Warum war er der Auffassung, daß in ihm Göttlichkeit sei, wie sie in allen Menschen sein könne?

Man kann solche Fragen als bedeutungslos abtun oder den Theologen überlassen. Man kann in ihnen nur einen neuen Ausdruck eines verkehrten religiösen Bewußtseins zu entdecken glauben. Aber man kann natürlich auch neugierig genug sein, um auf den Spuren der Theologie der Befreiung nach neuen Sprach-, Denk- und Praxisformen der Emanzipation suchen. Genau jenen sei *Franz Hinkelammerts* neues Buch dringend anempfohlen.

Die Tragik vieler emanzipatorischer Bewegungen ist, daß sie nur dann erfolgreich schienen, wenn sie sich in ein neues Herrschaftsprojekt verwandelten. Der Preis der Macht war die Unterdrückung ihres eigenen ursprünglichen Anspruchs. Hellsichtig sagte *Friedrich Nietzsche* den Sozialisten das gleiche Schicksal voraus wie dem frühen Christentum: »Sollte es dazu kommen, daß diese einmal *Gesetze* geben, so kann man darauf rechnen, daß sie sich an eine eiserne Kette legen und furchtbare Disziplin üben werden: *sie kennen sich!* Und sie werden diese Gesetze aushalten, im Bewußtsein, daß sie selber dieselben gegeben haben, – und das Gefühl der Macht, und *dieser* Macht, ist zu jung und entzückend für sie, als daß sie nicht alles um seinetwillen litten.«¹

Franz Hinkelammert entwickelt Elemente einer praktischen Theologie und Philosophie der Befreiung, die der Tragik und dem Verbrechen der Verwandlung der Mittel der Emanzipation in Instrumente der Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung, der Werkzeuge des Lebens ins Waffen des Mordens zu enttrinnen sucht. Ausgangspunkt ist das Johannesevangelium, das – so *Hinkelammert* – wie kein anderes Evangelium die eigentliche Botschaft *Jesus* zur Sprache bringt. Der Tod *Jesus* sei ein Skandal: »Es ist nicht der Skandal der Hohenpriester, sondern der Skandal des Gesetzes und der Skandal des Kreuzes. Es wird etwas enthüllt. Es wird enthüllt, daß das Gesetz in seiner Logik *Jesus*, der für Johannes das Wort ist, welches das Leben ist, zu Recht zum Tod verurteilt. Schlimmer noch: das von Gott gegebene Gesetz tut dies. Daraus folgt, daß jedes Gesetz, wenn es um seiner selbst willen erfüllt wird, diesen Skandal in sich trägt« (S. 58 f.). Gottes Gesetz hätte sich erfüllt durch den Mord am ›Menschensohn‹! Eine radikalere Kritik gegen jede Theologie der Entfremdung ist unvorstellbar.

Jede Zivilisation – so auch die nach dem 11. September 2001 immer wieder angerufene Zivilisation – beruht auf dem Monopol zur Gewaltanwendung und damit zum Töten. Im Unterschied zur Barbarei ist Zivilisation letztlich geregelter Mord, der sich dadurch legitimiert, daß er geregeltes Leben ermöglicht. *Franz Hinkelammert* wendet sich gegen diese Legitimation und macht ihre Problematik deutlich. Auch er weiß, daß Töten unvermeidlich sein kann, nur geben es dafür »keine guten Gründe«. »Ist die Gewalt unvermeidlich, so bleibt sie dennoch illegitim. Sie hat nie die Gerechtigkeit auf ihrer Seite. So verstanden ist die Gewalt, auch wenn sie unvermeidlich ist, immer ein Scheitern, das nie einseitig Schuldige und Unschuldige kennt. Das Scheitern ist immer die Verantwortung beider. Die Gewalt kann damit niemals eine ›eindringliche Anerkennung der Unantastbarkeit höchster menschlicher Güter‹ sein (Höffner), sondern sie bedeutet einen Verlust höchster menschlicher Güter. Sie zeigt an, daß das menschliche Zusammenleben von allen Seiten her gescheitert ist – und nicht deswegen, weil es einen Bösen gibt, den die Guten eliminieren müssen« (S. 99).

Die Bedeutung von *Franz Hinkelammerts* Werk geht weit über die emanzipative Rückgewinnung christlicher Befreiungstheologie aus dem herrschaftlichen und imperialen Christentum hinaus, wie es sich seit den Zeiten von Augustinus durchsetzte. *Hinkelammert* entwickelt aus seiner Interpretation des Johannesevangeliums eine radikale Kritik aller entfremdeten Denkformen, durch die Töten legitimiert wird. Von *Platon* über *Nietzsche* bis zum modernen Neoliberalismus spannt sich der Bogen, von der Inquisition bis zum Totalitarismus des universalen Wettbewerbs. Es ist ein Buch, daß anmahnt, die Freiheit nicht in den Institutionen zu suchen, denn jede Institution, für sich genommen und um ihrer selbst willen erhalten, ist mörderisch.

Die Institution des modernen universellen Wettbewerbs werde durch eine Ideologie der Sachzwänge zum Gesetz erhoben. Ethisches Handeln werde in der Erfüllung dieser Gesetze gesehen. Es wäre eine »funktionale Ethik« entstanden, die keinerlei Trennung zwischen System und Werten mehr kenne und damit die Möglichkeit freien sittlichen Handelns in der Wurzel beseitigen würde. Zugleich würden vom Standpunkt eines totalen Marktes die Bedingungen menschlichen Lebens als bloß äußerliche Störfaktoren auftauchen, deren Beseitigung nichtintendierte Folge sachzwangorientierten Handelns sei.

Jede Institution habe ihre Todesfalle, wenn der Erhalt der Institution zum Selbstzweck gemacht werde. Die Ablösung des Totalitarismus des Staates durch den Totalitarismus der Märkte würde mit der Vernichtung der Menschheit drohen. Die »Todesfalle der Warenbeziehungen« liege gleichzeitig in der Unvermeidlichkeit wie in der Gefahr der Totalisierung der Warenbeziehungen. »Man könnte ohne sie das menschliche Leben und die Bedingungen seiner Möglichkeit nicht sichern. Sobald man sie aber totalisiert, zerstören sie in ihrer Logik dieses selbe menschliche Leben, das ohne sie nicht möglich wäre« (S. 383).

Franz Hinkelammert gelingt es immer wieder, dem Pathos einer bloßen Kritik, der Verführung der Denunziation, alle Institutionen seien »des Teufels«, zu entgehen. Er weiß, daß anti-institutionelle Utopien Einfallstore ungezähmter Gewalt sein können. Im Kontrast dazu entwickelt er eine »Ethik des Gemein-

wohls«, die auf dem Widerspruch zwischen den unverzichtbaren Institutionen einerseits und dem Widerstand und der Intervention der Menschen als selbstbewußter Subjekte ihres eigenen Lebens gegenüber diesen Institutionen andererseits beruht. Ohne Institutionen gibt es kein geregeltes menschliches Zusammenleben. Ohne Widerstand dagegen, daß sich die Institutionen in einen sich totalisierenden Selbstzweck verwandeln, gibt es kein menschliches Leben. Beide Pole müßten immer wieder neu auf das menschliche Leben ausgerichtet werden. »Dabei ist klar, daß der Pol der Institutionalität notwendig subsidiär zum anderen Pol sein muß, welcher der Institutionalität gegenüber die Bedingungen der Möglichkeit menschlichen Lebens gegenwärtig macht« (S. 386). Die Ethik des Gemeinwohls entstehe so aus der Realität selbst und weise über sie hinaus.

Hinkelammert entwickelt so, ausgehend von theologischen und philosophischen Argumentationen sowie in Auseinandersetzung mit den historischen ideologischen Formen des Kapitalismus in der Neuzeit, eine eigenständige Begründungsweise einer emanzipativen Praxis und humanen Ethik. Diese Begründung ist – so spürt man beim Lesen – in vielen Diskussionen nicht zuletzt mit jenen Pfarrern gewonnen, die selbst verankert im Leben ihrer Gemeinde, am Ökumenischen Forschungszentrum in San José, Costa Rica, Erkenntnisse suchen, die ihnen Leitfaden konkreten Handelns sind. Das ganze Buch atmet einen Geist lebendiger diskursiver Unmittelbarkeit, der vielen deutschen Werken so fremd ist. *Hinkelammert* ist es gelungen, einen Halt gegenüber dem moralischen Relativismus neoliberaler Sachzwangideologie wie auch gegenüber jeder Fetischisierung einer institutionellen Rechtfertigung guten Handelns zu finden.

Hinkelammerts Werk gehört zu den bedeutenden Büchern der Gegenwart. Es bringt in uns den »Schrei des Subjekts« zur Sprache, ohne den wir nicht Menschen bleiben, sondern immer wieder zu Funktionsträgern eines Systems degenerieren. Es ist ein mutiges Buch; ein Buch, das die Grundfesten unseres zivilisatorischen Selbstverständnisses beunruhigt; das keine billigen Ausflüchte kennt, durch die man sich aus der Verantwortung nehmen könnte, indem man höhere Mächte wie die

eines Gottes oder Weltmarkts anruft. Es ist ein Buch, daß unbedingt gelesen, diskutiert, weitergedacht werden sollte und das dazu beitragen kann, Not zu wenden und Hoffnung zu spenden.

MICHAEL BRIE

1 Friedrich Nietzsche: Morgenröte. Gedanke über die moralischen Vorurteile. In: Ders.: Das Hauptwerk. Bd. 2. München 1990, S. 153 f.

Josef Morgenthal:
Staat und digitale Revolution,
Libri books on demand,
o. J. 181 S.

Olaf Klenke:
Ist die DDR an der Globalisierung
gescheitert? Autarke Wirtschafts-
politik versus internationale
Weltwirtschaft – Das Beispiel
Mikroelektronik,
Peter Lang Verlag, Frankfurt/M.
2001, 154 S.

Günter Heismann:
Überholen ohne einzuholen.
Neue Hochtechnologien zwischen
Ostsee und Thüringer Wald,
Aufbau Verlag Berlin 2000,
268 S. (16 €)

Aufschlußreich und deshalb lesenswert für den Interessierten sind die hier zu besprechenden Bücher auch deshalb, weil in ihnen sehr verschiedene Autoren mit sehr verschiedenen Lebenssichten denselben Gegenstand behandeln – die Anstrengungen der DDR, das industrielle Weltniveau zu erreichen; und zwar auf dem Gebiete, das für technologische und wirtschaftliche Entwicklung seit den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts ausschlaggebend geworden war: bei der Mikroelektronik und ihren Anwendungen.

Josef Morgenthal kennt den Gegenstand aus der Nähe, nicht nur als Beobachter oder einer der vielen Beteiligten; er trug in der DDR direkt Verantwortung für die Mikroelektronik, denn er war sechzehn Jahre stellvertretender

Minister für Elektrotechnik/Elektronik. Es ist der Lebensbericht eines Mannes mit bemerkenswerter Geschichte. Nach der Wende war er zum Beispiel sieben Jahre einer der Direktoren in der Deutschen Bank. Sein Buch hat essayistische Fassung, ist von literarischem Wert; der Autor ist nicht nur in Politik und Elektronik, sondern auch in philosophischer und schöngestiger Literatur bewandert.

Das Buch von *Olaf Klenke* ist aus einer Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin hervorgegangen. Es beruht auf Recherchen über vergangene Vorgänge. Vor allem (möglicherweise) deshalb wird hier der Gegenstand systematischer behandelt, die thematisch relevante Literatur vollständiger ausgewertet, wird alles in allem ein genaueres, detaillierteres Bild der Entwicklung der DDR-Mikroelektronik gezeichnet. Und es werden umfassendere Verallgemeinerungen versucht.

Das Buch von *Günter Heismann*, in dem der Slogan *Walter Ulbrichts* »Aufzuholen ohne einzuholen« keineswegs ins Lächerliche gezogen wird, sondern durchaus ernst meint ist (allerdings zutreffend nicht für die DDR-Entwicklung, sondern für Entwicklungen in Ostdeutschland nach der Wende), gehört deshalb zum Thema »Mikroelektronik«, weil hier in der DDR geschaffene Voraussetzungen, Grundlagen beleuchtet werden, die solche Hochtechnologien nach der Wende möglich machten; leider nur als mehr oder weniger einsame industrielle Leuchttürme in einer weitgehend entindustrialisierten Landschaft.

Die Autoren wenden sich zu Recht gegen den »Mythos vom völlig maroden Zustand« der DDR-Wirtschaft; diese Erfindung sollte vielmehr die katastrophalen Ergebnisse der Privatisierungspolitik rechtfertigen. Die Geschichte der Planwirtschaft sei »keineswegs die Geschichte eines dauerhaften Niedergangs« (Klenke: 29) gewesen, wie dies zum Beispiel ein anhaltender Aufholprozeß vor allem der sowjetischen Wirtschaft im Vergleich zu den westlichen Wirtschaften belege. *Elmar Altvater* hebt im Vorwort zur Schrift von *Olaf Klenke* hervor: »Die einfache Erklärung des Zusammenbruchs des Realsozialismus mit der Überlegenheit des Marktes und der Unterlegenheit der Planwirtschaft kann nach der Lektüre dieser Arbeit so nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die wirkliche Geschichte hat

sich nicht zwischen den beiden Polen mit einer im Nachhinein unterstellten Neigung zur Marktwirtschaft hin entwickelt« (S. 10).

Im übrigen sei die Entwicklung der Mikroelektronik im Westen, in den USA vornehmlich, durchaus nicht ohne aktive staatliche, durch militärische Beweggründe getragene Aktivität möglich gewesen. »Normale marktwirtschaftliche Verhältnisse ... hätten diese Entwicklung der Mikroelektronik nicht erlaubt« (Klenke: 37). Faktisch habe es kein Land gegeben, in welchem die Mikroelektronik ohne staatliche Förderung sich habe entwickeln können. Allerdings – und dies ist ein gravierender Unterschied zur Entwicklung in der Sowjetunion, in der technologische Errungenschaften im militärischen Bereich gegen Anwendungen im zivilen Bereich rigide abgeschottet wurden – reduzierte sich der Anteil militärischer Nutzung der Mikroelektronik in den USA von 55 Prozent 1965 auf zehn Prozent 1978 und zwei bis drei Prozent 1990.

Erdrückend sind die von *Klenke* und *Morgenthal* angeführten Belege dafür, daß Mikroelektronik durch Eigenentwicklung in Ländern mit relativ geringem Wirtschaftspotential nicht möglich ist; und zwar in zunehmendem Maße. Vom »Ende des Kapitalismus in einem Land« ist seitdem die Rede. Die Vorlaufaufwendungen in Forschung, Entwicklung, Investitionen in der Produktion haben steigende Tendenz. Sie sind nur über hohe Stückzahlen in Produktion und Absatz wieder hereinzuholen. Entscheidend aber ist der Zeitpunkt der Markteinführung. Mikroelektronische Bauelemente unterliegen einem bislang nicht gekannten schnellen Preisverfall. Wer zwei, drei Jahre später auf dem Markt erscheint, erzielt vielleicht nur ein Fünftel oder ein Zehntel des Preises der Erstanbieter. Dies ist offenbar ein neuer, durch die Eigenart dieser Technologieentwicklung bedingter Ausleseprozeß: die Erstanbieter können die mit staatlichen Beihilfen aufgebrauchten Vorlaufaufwendungen nicht nur refinanzieren, sondern Extragewinne erzielen; die Nachzügler können selbst die geringeren Nachentwicklungskosten nicht mehr erwirtschaften.

Morgenthal wie auch *Klenke* wenden sich mit überzeugenden Belegen gegen die heute übliche hämische Deutung der Mikroelektronik-Entwicklung in der DDR als »großindu-

strielle Nostalgie«, schlichten Größenwahn und ähnliches. Der DDR wäre gar nichts anderes möglich gewesen, als ein kräftiges Engagement für Mikroelektronik; zum Beispiel wäre der Export von Werkzeugmaschinen, Büromaschinen usw., ein Standbein des Exports, ohne Einsatz von Mikroelektronik völlig eingebrochen. Diese Bereiche der DDR-Wirtschaft verloren an Exportchancen, weil sie auf dem Gebiete mikroelektronischer Steuerungen international nicht mithalten konnten, »Beistellungen« aus westlichen Ländern nötig wurden, die natürlich den üblichen marktwirtschaftlichen Gepflogenheiten drastischer Nötigung und der Benachteiligung im Preiskrieg ausgesetzt waren.

Bedrückend das Bild der Autoren von der von vornherein hoffnungslosen Position der DDR-Mikroelektronik. Einerseits wurden außerordentliche Anstrengungen unternommen. »Für sich genommen, d. h. auf die Nationalwirtschaft bezogen, waren die erzielten Fortschritte enorm« (Klenke: 85). Andererseits war das anvisierte Ziel, auf diesem Gebiete Weltniveau zu erreichen, illusorisch. Als *Erich Honecker* 1989 den 1-Magabit-Speicherchip mit demonstrativer Geste dem damaligen Partei- und Staatschef der Sowjetunion, *Michael Gorbatschow*, überreichte, wurde belegt: Erstens, daß die »Sozialistische Ökonomische Integration« auf dem Gebiet der Hochtechnologie versagt hatte, zweitens daß die Illusion, die DDR könnte dies im Alleingang schaffen, immer noch lebte, drittens aber auch der berechtigte Stolz auf das durch eigene Anstrengungen doch noch Erreichte.

Morgenthal und *Klenke* belegen ausführlich, daß der DDR gar nichts übrig blieb als der Alleingang auch auf dem Gebiet der Mikroelektronik. »Dieses Modell, das auf eine Abschottung vom Weltmarkt ... setzte« (Klenke: 15) war auch in dieser Hinsicht kein selbst gewähltes. Die westliche Embargopolitik, die auf die Abschottung der sozialistischen Länder von der internationalen Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Hochtechnologien zielte, war erfolgreich, wurde beständig verschärft und perfektioniert. »Höhere Zäune um weniger Produkte« war der vom Bundeswirtschaftsministerium noch 1986 geäußerte Kommentar solcher Politik. Zugleich wirkte die westliche Embargopolitik der Kooperation zwischen

den sozialistischen Staaten raffiniert entgegen. Erreichte die DDR zum Beispiel bei einem bestimmten Erzeugnis tatsächlich technisch das Weltniveau, wurde es von der Embargoliste gestrichen; damit aber kauften die anderen RGW-Länder dieses Erzeugnis jetzt auf dem Weltmarkt, wo sie es viel billiger bekamen, als die DDR es sich leisten konnte, so daß die auch im RGW-Bereich ihre Vorlaufaufwendungen über einen höheren Preis nicht realisieren konnte.

Das wichtigste Phänomen im technologischen Wettbewerb zwischen Ost und West war, daß der Rückstand des Ostens in der Forschungsphase geringer war als in der Phase technologischer Realisierung; der Großteil des Rückstands entstand nach der Produktionseinführung. Die Ausbreitungsgeschwindigkeit technologischer Neuerungen in der Wirtschaft war geringer. Die wichtigste Ursache hierfür waren die ›Hartleibigkeit‹ des wirtschaftlichen Organismus, die Verspannungen, hervorgerufen durch unrealistisch hohe Zielstellungen für quantitatives Wirtschaftswachstum, durch ein anhaltendes allgemeines Zurückbleiben des Güter- und Leistungsangebots hinter der zahlungsfähigen Nachfrage. Dies erzeugte unter anderem die Tendenz zur Selbstversorgung. Das galt auch für internationale Arbeitsteilung im RGW: Wie konnten die einzelnen Länder ihre Lieferverpflichtungen an andere erfüllen wollen, wenn sie aus eigener Produktion den Eigenbedarf zum Beispiel an elektronischen Bauelementen nicht befriedigen konnten!?

Dies bedeutete auch, daß das reale technologische Niveau der erzeugten Güter die durch Forschung und Qualifikation gegebenen Möglichkeiten keineswegs adäquat widerspiegeln. Was Forscher, Konstrukteure und Facharbeiter der DDR-Autoindustrie wirklich gekonnt hätten, ist nicht ohne weiteres am Lieblingskind westdeutscher Ost-Verunglimpfung, dem *Trabant* abzulesen.

Das gilt durchaus auch für die Mikroelektronik. In Ostdeutschland werden mittlerweile, so *Heismann*, die schnellsten Mikroprozessoren der Welt hergestellt. Ohne westliches technologisches know how und ohne entsprechende Investitionen wäre das nicht möglich gewesen. Aber auch nicht ohne in der DDR geschaffene Voraussetzungen. Es sei dies die »Wiederentdeckung eines Technologiestand-

ortes«. »Das Milliarden-Projekt der SED brachte zwar nie den gewünschten industriellen Erfolg, doch es hinterließ ein Erbe, mit dem der High-Tech-Standort Dresden heute wuchern kann: Forschung und Lehre der sächsischen Hochschulen befinden sich in der Mikroelektronik auf hohem Niveau.« In der Grundlagenforschung sei die DDR nicht sehr weit hinter dem Westen zurück gewesen (*Heismann*: 105). Über Ausbildung, Erfahrung und Qualifikationsbewußtsein »verfügen und verfügen die Facharbeiter, Konstrukteure und Wissenschaftler Ostdeutschlands in eben solchem Maße wie ihre Kollegen in Westdeutschland« (*Heismann*: 95). Die Kalte-Kriegs-Propaganda von der ›maroden DDR-Wirtschaft‹ und die entsprechende Kahl-schlagspolitik haben immensen wirtschaftlichen Schaden verursacht. »Nach 1989 konnte ich sehen, daß wir in der DDR durchaus bessere Beispiele einer Wissenschafts- und Industrie-kooperation hatten. Anfänglich wurden wir von den aus dem Westen zum Zwecke der ›Evaluierung‹ – ein Wort, das heute noch vielen ›Bewerteten‹ die Zornesröte ins Gesicht treibt – angereisten Forschungs- und Entwicklungshelfern dafür belächelt. (...) Die Akademieforschung schmolz auf Spurenelemente zusammen. Heute beklagen es viele in ganz Deutschland« (*Morgenthal*: 97).

So anregend, aufschlußreich die hier vorgestellten Bücher auch sind – es bleiben Fragen zu den Ursachen des wirtschaftlichen Versagens der DDR, der sozialistischen Staaten Europas, die wesentlich auf Unterlegenheit im technologischen Wettbewerb zurückzuführen sind, und die die Autoren nicht oder nur am Rande berühren: Welche Rolle spielte die ›Hartleibigkeit‹ des Wirtschaftsorganismus und wodurch wurde sie verursacht? Hängt das nicht doch mit dem Planungs- und Lenkungssystem zusammen; mit zentralstaatlichem Subjektivismus und vor allem mit dem alles dominierenden Interesse der Betriebe an hohen Zuteilungen von Ressourcen (Arbeitskräfte, Investitionen) und ihrem geringen Interesse an deren effektivem Einsatz? Und schließlich: Kann eine sozialistische Wirtschaft überhaupt soziale Triebkräfte im Wettbewerb um Effektivität, technologische Entwicklung hervorbringen, die kräftiger wirken als das Zusammenwirken von innerem Profitmotiv im

Kapitalismus? Davon war ich früher überzeugt. Für *Klenke* stellt sich diese Frage natürlich nicht, weil er »zur Überwindung des Irrglaubens beitragen (möchte), daß in den Systemen in Ost und West grundsätzlich andere Triebkräfte wirkten« (S. 19). Er meint, sich auf *Marx* und *Engels* berufen zu können, wenn er die sozialökonomischen Verhältnisse in der DDR als »eine spezifische Form des Kapitalismus« (S. 23) ansieht.

Hieraus folgen weiterführende Fragen, die über den Gegenstand der vorgestellten Bücher hinaus reichen, für deren Diskussion die Autoren aber manche Anregung bieten: Ist die Produktivkraftentwicklung wirklich »höchstes Kriterium des Fortschritts«, erwachsen Beweggründe, Notwendigkeit sozialistischer Orientierung nicht viel mehr aus den Notwendigkeiten kontrollierter Produktivkraftentwicklung? Gerät die nicht in zunehmenden Gegensatz zu Marktradikalität und exzessiver Kapitalverwertung?

HARRY NICK

**Klaus Rainer Röhl:
Linke Lebenslügen
oder Der lange Marsch
durch die Illusionen,
Universitas Verlag München 2001,
206 S. (20,41 €/39,92 DM)**

Klaus Rainer Röhl ist der ehemalige Herausgeber von *Konkret*. Heute schreibt er unter anderem für die *Junge Freiheit*, in der er 1997 den damaligen Bundespräsidenten *von Weizsäcker* beschimpfte, weil dieser den 8. Mai 1945 als »Tag der Befreiung« bezeichnet hatte und nicht als Tag der »Niederlage«. *Röhls* Buch ist ein persönlicher Rachezug gegen alle, die er nach seiner Wende von links nach rechts, als Linke einstuft.

Er zeigt sich in seinem Buch besonders glücklich darüber, daß es ihm nach 30 Jahren »linker Illusionen« gelungen sei, bei dem Historiker *Ernst Nolte* – der die Vernichtung der Juden als taktischen Fehler bewertet, der von der Hauptaufgabe, der Vernichtung des Bolschewismus, nur abgelenkt habe – promoviert zu haben.

Es gibt unbestritten viele linke Lebenslügen. Das ist aber kein Grund, bei rechten Lebenslügen Zuflucht zu nehmen. Sicher ist die Verbitterung des Autors über die RAF und deren Sympathisanten verständlich. Die Entführung seiner zwei Töchter, seine Suche nach ihnen, die schließlich in Italien durch die entschlossene Tat von *Stefan Aust* zum Erfolg führte, waren begleitet von materiellen Verlusten. »Die Vernichtung meines bescheidenen Lebenswerkes, der Verlust zweier Zeitungen, ihrer Verlage und meines Hauses, die Zerstörung meiner Familie und meiner persönlichen Existenz«, brachten *Röhl* zu der tragenden Erkenntnis seines schmalen Büchleins: »Das System (Sozialismus) macht keine Fehler, das System ist der Fehler.«

Ganz im Sinne seines Doktorvaters, wiederholt *Röhl* in immer neuen Varianten, der Hauptfeind stehe links. Der von *Dutschke* gepredigte Marsch durch die Institutionen habe dazu geführt, daß »heute eine gutbezahlte Generation von C4-Professoren an Deutschlands Universitäten unkündbar etabliert« ist. Doch nicht nur dort spürt *Röhl* seinem Hauptfeind nach. Er hat ihn auch in den »höheren und mittleren Rängen der Parteihierarchien, in einflußreichen Positionen bei Funk- und Fernsehanstalten, Tageszeitungen, Werbefirmen und Filmproduktionen« ausfindig gemacht. »Statt Liebe zu Deutschland«, kämpfe diese »linke Elite« nur noch aus »Liebe zur Pasta«. Auch den Bundeskanzler und den Außenminister sortiert der Autor in diese »linke Elite« ein. Beide würden sich von *Baader* und *Ensslin* nur dadurch unterscheiden, das letztere »keine Neigung« verspürt hätten, »einen langen Marsch irgendwohin anzutreten«.

Diese Plattitüden bilden den roten Faden *Röhls*, mit dem er vier »linke Lebenslügen« zu analysieren versucht – Sex, Hasch, noch mal Hasch und Feminismus. Letzterer sei im Grunde eine »rassistische Apartheidslehre«, eigentlich sogar »Femi-Faschismus«, denn er fordere »Männerhaß«. Die Frauenrevolte sei eine »Stellvertreterrevolte« gewesen. Die Frauen hätten ein Objekt für diese Revolte gesucht und im Mann gefunden. Sie seien mit diesem Objekt brutal zur Sache gegangen. Mehrfach wiederholt *Röhl* den, sicherlich blöden, aber polemisch gemeinten, Spruch: »Befreit die sozialistischen Eminenzen von

ihren autoritären Schwänzen!«, um zu beweisen, daß die Frauen, die den »Mythos vom kitoralen Orgasmus« propagiert hätten, die Kastration der Männer betreiben wollten. Diese Frauen seien heute längst zu »Neuen Frauen« mutiert. Ihr Marsch durch die Institutionen habe gutbezahlte Vorzeigefrauen in allen Parteien und Interessengruppen produziert, die ihren »gutverdienenden Ehemann im Freundeskreis kokett einen Chauvi nennen«. Sicher gibt es das! Der Widerspruch weilt bekanntlich in jedem Ding und jeder Bewegung.

So auch in dem Bedürfnis der 68er nach »Freier Liebe«. Sicher eine Illusion mit falschen Vorzeichen, aber eine Illusion, die einer Erziehung der sexuellen Negation entsprang. Die Ursprungsfamilien der 68er beherrschten sexuelle Tabus. Onanie wurde als Schande beschimpft, der ein Verlust des Rückenmarks folge. *Röhl* analysiert die Sehnsucht nach »Freier Liebe« nicht, er hält sie für eine Schandtat des roten Teufels, der die »eheliche Treue und Dauerhaftigkeit der Beziehung zu einer Kann-Frage« herunterstuft.

Besonders intensiv zieht *Röhl* gegen den Haschkonsum der 68er zu Felde. »Es nützt nichts, dass ich selber keine Drogen nehme, nie in meinem Leben auch nur welche probiert habe, höchstens mal abends ein Bier trinke. Aber in meiner Zeitung hat ja gestanden: Haschisch ist weniger gefährlich als Alkohol.« *Röhls Konkret* hatte die flotten Sprüche zum Haschkonsum als erstes deutsches Magazin verbreitet. Darunter leidet der gewendete Autor besonders heftig. Er streut sich auf vielen Buchseiten reichlich Asche auf das eigene Haupt, um vor seinen neuen Freunden von der *Jungen Welt* als aufrechter deutscher Kämpfer, ohne jede Spur von sinnlichen Ausschweifungen, bestehen zu können.

Besonderen Groll hegt *Röhl* gegen Außenminister *Josef Fischer*, dem er das Schlußkapitel widmet. *Fischer* sei durch die Institutionen an die Spitze des Staates gekommen, den er als 68er noch stürzen wollte. Also könne es ihm mit der Erhaltung dieses Staates nicht ernst sein. Deshalb überlasse *Fischer*, wie *Cohn-Bendit* und *Trittin*, heute die »Drecksarbeit« den »Autonomen« oder »Anti-Deutschen«, die ihren Slogan »Deutschland verrecke!« mit »Prügeln und Treten auf bereits am Boden liegende Gegner« dokumentieren

würden. Aber die »klammheimliche Sympathie« mit diesen Prügelknaben bleibe bei den 68er Staatsmännern.

Auch dieser Groll des Autors ist psychisch verständlich. *Röhls* Tochter hat ein Buch mit vielen unhaltbaren Unterstellungen gegen *Fischer* geschrieben, das trotz Vertragsunterzeichnung bei einem Kölner Verlag nicht erschien.

Bleibt zu hoffen, daß *Röhls* Buch viele lesen, um zu erkennen, wie dünn und phantasieelos die Argumente der »neuen Rechten« sind.

JÜRGEN MEIER

Kemal Bozay:
Exil Türkei – Ein Forschungsbeitrag zur deutschsprachigen Emigration in die Türkei (1933-1945), Band 15 in der Reihe »Fremde Nähe – Beiträge zur interkulturellen Diskussion«, LIT Verlag Münster – Hamburg – London 2001, 136 S. (15,90 €)

Die Tatsache, daß die Türkei nach 1933 zahlreichen deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern nicht nur Asyl und Zuflucht, sondern auch ein Betätigungsfeld geboten hat, ist wenig bekannt und aufgearbeitet. Insofern ist erfreulich, daß *Kemal Bozay* sich diesem Thema gewidmet hat. Es steht im doppelten Schatten der deutsch-türkischen militärischen Kooperation bis zum Ersten Weltkrieg einerseits und der türkischen Migration nach Deutschland in den sechziger Jahren andererseits.

Dem Autor geht es offensichtlich nicht um eine Analyse der Ereignisse von 1933 bis 1945, die durch anschauliche Beispiele dokumentiert sind, vielmehr stellt er sie in den Kontext der Migrationsforschung. Die deutsch-türkischen Beziehungen werden hinsichtlich der Migration aufgearbeitet. Folgende Fragen werden beleuchtet: Welche historische Entwicklung hat das Exil in der Türkei hervorgeufen? In welchem Kontext stehen die Reformbestrebungen der kemalistischen Regierung? Welche Qualität haben die deutsch-

türkischen Beziehungen nach der kemalistischen Revolution und nach der Machtergreifung Hitlers angenommen?

Die Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel. Im historischen Abschnitt wird die politische und soziale Entwicklung der Türkei nach dem Niedergang des Osmanischen Reiches dargestellt. Als politischer Grundpfeiler gelten die kemalistischen Reformen mit ihrer westlichen Orientierung, die eine Wende in der Innenpolitik einleiten. Dabei wird dieser Themenkomplex mit den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Deutschland besonders nach 1933 verknüpft. Breiten Raum nimmt das Kapitel über den Aufbau eines kemalistischen Hochschulwesens und der Wissenschaft ein. Keine einzige Fakultät an türkischen Hochschulen wurde von 1933 bis 1950 ohne deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgebaut. Gleichzeitig analysiert der Autor Bestrebungen einer Gruppe türkischer Wissenschaftler gegen die kemalistische Bildungsreform.

Als Quellengrundlage dienten in erster Linie Bestände der Bibliothek der Universität Istanbul.

Die Veröffentlichungen der Türkei-Emigranten selbst nehmen einen wichtigen Platz ein. Eine Reihe von Aufzeichnungen und Briefen von deutschsprachigen Emigranten, wie *Cornelius Bischoff*, *Edzard Reuter*, *Kurt Heilbronn*, beschließen den Band.

Der Aufenthalt der Deutschen, bei denen es sich um jüdische Emigrantinnen und Emigranten, wissenschaftliche und kulturelle Dissidenten und nicht zuletzt um politische Gegnerinnen und Gegner des Hitlerfaschismus handelte, wird im Zusammenhang mit der allgemeinen deutschen Migrationsgeschichte verstanden. So können durchaus Parallelen zur Gegenwart gezogen werden. Probleme und Konflikte, mit denen angeworbene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Flüchtlinge im Alltag der Bundesrepublik konfrontiert werden, sind in mancherlei Hinsicht ähnlich wie sie in den Jahren der Flucht vor dem NS-Regime für deutsche Emigrantinnen und Emigranten in der Türkei waren.

Gerade angesichts dieser Tatbestände ist es *Bozay* wichtig, positive Beispiele aus der Geschichte zu reflektieren. Damit wir Fremden näher kommen, ist die Lektüre dieses Bandes wärmstens zu empfehlen.

SIGRID PFEIFFER

**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**



12. Jahrgang, Nr. 48, Dez. 2001, 274 Seiten

Barak: Der Afghanistan-Konflikt und die Taliban

Globalisierung: Krise und Theorie
Krüger/Helfen - Die Krise am neuen Markt / Boris/Malcher - Die Argentinienkrise / Fuchs/Hufschneider - Globalisierungstheorien

Globalisierungskritik
Gill - Auf dem Weg zum postmodernen Fürsten / Seibert - „Politikarbeiter“ und Spießgesellschaft / Dräger - Netzwerke in Europa / Löwenhufschmid - Die Bundestage-Enquete-Kommission Globalisierung / Mosebach - Der ATTAC-Kongress im Herbst 2001

Beiträge
Hehn - Lukács' Ontologie / Tjeden - Vom wissenschaftlichen Wert des Materialismus / Bock - Die russische Revolution im Rückblick / Müller - Arbeitsproduktivität und DDR-Geschichte

Sonstige:
Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo. 60,- DM; Auslandzabo 70,- 44 Hefte/Jahr incl. Vers.; Probeheft 10,- incl. Vers.

Bezug: ob. Buchhandel (ISSN 0240-0843) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 836, 60597 Frankfurt / M., Tel./Fax 069 / 53 05 44 016

INGOMAR KLEIN AND WOLFGANG TRIEBEL: International Terrorism in the 21th Century

The paper disputes the widespread assertion that the September 11, attacks in New York and Washington marked the beginnings of »a new era of terrorism«, and questions whether this allegation has no other purpose than to heighten fears, justify warfare, and pursue a range of economic and political objectives. These acts of international terrorism must be condemned, as any other terrorist act elsewhere in the world. The new international situation in the aftermath of 11 September is a challenge for humanity as a whole and requires adequate political solutions from all UN member states in order to eliminate the causes of terrorism. Bombing alleged »terrorist or rogue states« is nothing more than government-controlled terror inflicted upon innocent people which could ignite the cruel flame of a world war. Terrorists must be brought before a peoples' court. We must strengthen International Law, promote equal rights of all peoples, overcome political and economic dependence in inter-government politics, to eliminate the social suffering of people in underdeveloped regions of the world, and to protect nature and environment. In one word: Peace is the main requirement for enforcing human rights and the rights of peoples.

WOLFRAM ADOLPHI: November 16 2001

Continuing his reflections on the consequences of the September 11th terrorist attacks in New York and Washington (see »UTOPIE kreativ« No. 133 November 2001), the author this time analyses the Parliamentary debates that took place November 16th and December 22nd in the Federal German Bundestag centering on German troops participation in the US war on terrorism and in the UN-mandated security forces for the provisional Afghan government in Kabul. He discusses the general political climate in Germany following Chancellor Schröder's declaration of »unlimited solidarity«, and how the PDS and critical Members of other parties in the Parliament sought ways to fight terrorism without war.

NORBERT REUTER: The Myth of Growth between Economy and Ecology

Economy and ecology stand traditionally in antagonistic contrasts to one another, explainable by their respective political-economic implications: Whereas economists generally consider higher growth-rates of the gross domestic product (GDP) to be the top-priority solution to economic problems, ecologists see exactly this increasing growth-rate as the main problem. The essay offers an empirical summary of long-term growth tendencies in developed industrial nations. It makes a diagnosis of a general trend of falling growth rates and gives an imperative theoretical explanation. Today's low growth rates are interpreted as an immanent consequence of a long-term, intensive process of economic growth so that ecological reforms and a policy of distribution (of income as well as of working hours) can no longer be made dependent upon the restoration of a high GDP-growth.

JOACHIM H. SPANGENBERG: Sustainability and Economic Growth

Sustainable development requires the integration of economic, social, environmental and institutional objectives and criteria. What does such an integration mean for the debate on the limits to growth that has been going on for 30 years? If operationalizing social sustainability is to be seen as reducing unemployment and the environmental dimension is to be understood as dematerialization, i.e. less physical throughput of our economies, then the question can be formally answered. Economic growth must therefore be higher than the increase in per capita production (workers' labour productivity) in order to increase the number of jobs. On the other hand, it must be lower than the increase of resource productivity to ensure a declining throughput. That such policies are possible has been demonstrated in a recent German research project. Main results of a scenario, the criteria is developed and the core fields of political action are identified and briefly described.

YASH TANDON: Global Governance and Justice

Anyone working in the area of global justice has a challenging task. To begin with, there are so many rival concepts of it. Most of them are influenced by Real World situations with unavoidable biases and prejudices. John Rawls provides us with a useful solution with his concept of justice being fairness derived from the »original condition« by individuals in a »veil of ignorance«. In this paper this concept is simply extended to the community of nations. It is argued that justice being fairness is a better concept than justice being charity or welfare. The welfare oriented notions guiding most contemporary thought in such agencies as the World Bank and UNDP have serious flaws: justice being charity is humiliating. Both avoid the reasons why the poor are getting poorer and the rich, richer. Rawls' concept of what he calls »procedural justice« has much merit. How rules are made is equally – if not more important – as the rules themselves. Fairness, above all, is fairness in the making of rules of global governance. And civil society organisations are the only agencies that can be relied upon to be agents of the Rawlsian concept of justice as fairness.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können sowohl auf Diskette (dann stets zusammen mit einem Ausdruck) als auch per eMail (als Attachment) vorzugsweise im »rtf«-Format eingesandt werden. Sofern in den Text Graphiken eingebunden sind, bitten wir darum, diese als gesonderte Datei beizufügen. Da wir bemüht sind, in den jeweiligen Ausgaben eine Vielzahl von Themen zu berücksichtigen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von 25 000

Zeichen (entspricht zirka 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Am Ende des Beitrages bitten wir folgende Angaben unmittelbar anzufügen:

Informationen zur Autorin, zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung/Tätigkeit, Publikationen etc.), Marginalien (zirka im Verhältnis 5 : 1 zum Umfang des Beitrages; das heißt auf 25 000 Zeichen kommen zirka 5 000 Zeichen Marginalien) sowie eine deutsche und eine englische Zusammenfassung/Summary (zirka 300 bis 500 Zeichen). Autor/innen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen/Annotationen muß folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten: Vorname, Name der Autor/innen oder Herausgeber/innen: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). Der Umfang des Textes sollte zirka 7 000 Zeichen nicht überschreiten.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung von Manuskripten erfolgt nicht. Nach Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN, (V.i.S.d.P.)
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29 39 08 00)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 85/86:	je	1 €
Heft 87 bis 121/122	je	2,50 €

